

2010

Jahresfinanzbericht

Einzelabschlüsse
der Landesbank
Hessen-Thüringen



Inhalt

Lagebericht und Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen

- 3 **Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen**
- 51 **Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen**
- 52 Jahresbilanz der Landesbank Hessen-Thüringen
- 56 Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen
- 58 Anhang der Landesbank Hessen-Thüringen
- 94 Versicherung der gesetzlichen Vertreter
- 101 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Lagebericht und Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

- 103 **Lagebericht der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen**
- 119 **Jahresabschluss der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen**
- 120 Jahresbilanz der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
- 122 Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
- 124 Anhang der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
- 130 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks
- 131 Beirat der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen
- 132 Statistische Angaben zum Bauspargeschäft
- 140 **Adressen der Landesbank Hessen-Thüringen**

Lagebericht der
Landesbank Hessen-Thüringen

Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Geschäftstätigkeit der Helaba

Die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) gehört zu denjenigen deutschen Kreditinstituten, die die Belastungen der Finanz- und Wirtschaftskrise aus eigener Kraft, das heißt ohne Inanspruchnahme staatlicher Stützungsmaßnahmen, bewältigt haben. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind:

- das konzernweit angelegte strategische Geschäftsmodell einer integrierten Universalbank mit starkem regionalen Fokus und ausgewählter internationaler Präsenz,
- ein konservatives Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement und einer soliden Eigenkapitalausstattung,
- eine starke Verankerung im Kundengeschäft,
- der weitgehende Verzicht auf Kreditersatzgeschäfte,
- ein langfristig angelegtes Liquiditätsmanagement sowie
- ein hoher Stellenwert des Sparkassenverbund- und des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäfts.

Das strategische Geschäftsmodell der Helaba beruht auf den drei Säulen „Großkundengeschäft“, „Privatkunden und Mittelstandsgeschäft“ und „Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft“.

In der Unternehmenssparte „Großkundengeschäft“ konzentriert die Helaba ihre Aktivitäten auf die sechs Kerngeschäftsfelder Immobilien, Corporate Finance, Financial Institutions and Public Finance, Global Markets, Asset Management und das Transaktionsgeschäft. Ziel dieser fokussierten Geschäftsfeldstrategien ist national wie international die Erreichung beziehungsweise der Ausbau von angemessenen Marktpositionen in ausgewählten Marktsegmenten. Vertriebsseitig verfolgt die Helaba einen dualen Ansatz: zum einen gegenüber Produktkunden aus den jeweiligen Produktbereichen, zum anderen produktübergreifend durch Ausrichtung des Kundenvertriebs auf Zielkunden. Im Wholesale Banking stellen Großunternehmen und der gehobene Mittelstand („Midcaps“), institutionelle Kunden sowie öffentliche Gebietskörperschaften und kommunalnahe Unternehmen die wesentlichen Zielkunden dar. Parallel zur weiteren Herausbildung des europäischen Binnenmarktes hat die Helaba in den letzten Jahren die Vertriebsaktivitäten in den Ländern der Europäischen Union (EU) selektiv weiter verstärkt. In der EU unterhält die Helaba Standorte in London, Dublin, Paris und Madrid. Hinzu kommen die unmittelbare Marktpräsenz in den USA über die Niederlassung New York, die Auslandsrepräsentanzen in Moskau und Shanghai sowie das Tochterinstitut Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG in Zürich.

In der Unternehmenssparte „Privatkunden und Mittelstandsgeschäft“ ist die Verbundbankfunktion der Helaba als zentraler Produktlieferant und Dienstleistungsplattform für die Verbundsparkassen in Hessen und Thüringen angesiedelt. Die Region Hessen-Thüringen stellt – auch im europäischen Kontext – einen attraktiven Wirtschaftsraum mit hohem Zukunftspotenzial dar. Im Rahmen des Geschäftsmodells der „wirtschaftlichen Einheit“ mit den 50 Verbundsparkassen erfolgt im gemeinsamen Geschäftsgebiet eine produkt- und kundenseitige Gesamtmarktabdeckung. Über die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen hat die Helaba in beiden Bundesländern eine Spitzenposition im Bausparkassengeschäft. Die Frankfurter Sparkasse, ein hundertpro-

zentiges Tochterinstitut der Helaba, ist Marktführer im Retailbanking in der Region Frankfurt/Main. Über die Frankfurter Sparkasse und ihre Vertriebsgesellschaft 1822direkt verfügt der Helaba-Konzern auch über ein signifikantes Standbein im nationalen Direktbankgeschäft mit 500.000 Kunden und einem Kundenvolumen von 6,1 Mrd. € Ende 2010. Die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG in Zürich (bis August 2010 firmierend als LB (Swiss) Privatbank AG) bietet direkt bzw. über ihre deutsche Tochterbank Frankfurter Bankgesellschaft AG in Frankfurt/Main bundesweit für die Sparkassen und deren Kunden Produkte und Dienstleistungen im Private Banking und Wealth Management an.

In der Unternehmenssparte „Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft“ nimmt die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) im Auftrag des Landes Hessen öffentliche Förderaufgaben, insbesondere in den Bereichen Wohnungs- und Städtebau, Infrastruktur, Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt, wahr. Die WIBank verfügt über die unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen, arbeitet nach dem Prinzip der Wettbewerbsneutralität und ist von der Körperschafts- und Gewerbesteuer befreit. Die Helaba unterhält Beteiligungen an zahlreichen anderen Fördereinrichtungen in Hessen und Thüringen sowie an Bürgschaftsbanken und mittelständischen Beteiligungsgesellschaften.

Eigentümer, Kapitalausstattung und Organe der Bank

Eigentümer und Träger der Helaba sind mit einem Anteil von 85 % der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen (SGVHT), dem staatsvertraglich als Mitglieder die Sparkassen in Hessen und Thüringen und ihre kommunalen Träger angehören, das Land Hessen mit einem Anteil von 10 % und der Freistaat Thüringen mit einem Anteil von 5 % am Stammkapital der Bank.

Darüber hinaus haben das Land Hessen zeitlich unbefristete stille Einlagen in Höhe von 1,92 Mrd. €, die Sparkassen in Hessen und Thüringen unbefristete und befristete stille Einlagen in Höhe von 395 Mio. € sowie private und institutionelle Anleger zeitlich unbefristete und befristete Einlagen in Höhe von 658 Mio. € als haftendes Kernkapital in die Helaba eingelegt.

Die Helaba ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main und Erfurt. Die Organe der Bank sind neben dem Vorstand die Trägerversammlung, in der die Eigentümer vertreten sind, und der Verwaltungsrat, der die Aufsichtsfunktion ausübt.

Rating

Seitens der drei führenden Rating-Agenturen Moody's Investors Service (Moody's), FitchRatings (Fitch) und Standard & Poor's Corp. (S&P) verfügt die Helaba über folgende Ratings für nicht der Gewährträgerhaftung unterliegende Verbindlichkeiten (Stand: 24. Februar 2011):

	Moody's	Fitch	S&P
Langfristig (unbesichert)	Aa2	A+*	A*
Kurzfristig (unbesichert)	P-1	F1+*	A-1*
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa	AAA	AAA
Hypothekendarlehen	-	AAA	-
Finanzkraft-/Individual-Rating	C-	B/C*	-

* Gemeinsames Verbund-Rating der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen.

Die für die Helaba und die Sparkassen von Fitch und Standard & Poor's vergebenen Verbund-Ratings basieren auf dem gemeinsamen Geschäftsmodell der wirtschaftlichen Einheit der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen sowie den satzungsrechtlich verankerten institutionellen, haftungsmäßigen und wirtschaftlichen Regelungen des Verbundkonzeptes. Seit Mitte 2005, nach Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung, sind die Ratings der Helaba für unbesicherte erst-rangige Verbindlichkeiten bei allen drei Rating-Agenturen unverändert.

Steuerungsinstrumentarium und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung verfügt die Helaba über integrierte Systeme zur Geschäfts- und Produktivitätssteuerung. Grundlage ist eine mehrstufige Deckungsbeitragsrechnung, mit der sowohl Neugeschäfte barwertig bewertet werden als auch das Ergebnis des Bestands periodengerecht abgebildet wird. Die einzelgeschäftliche Steuerung wird dabei für definierte Kernportfolien angewendet und durch weitere Steuerungskreise komplettiert. In dieser Systematik erfolgt auch die jährliche Planung, aus der eine Bilanz- und GuV-Planung abgeleitet wird. Ausgehend von einer unterjährig regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Ergebnisrechnung im Deckungsbeitrags-schema werden für die verschiedenen Ergebniskomponenten Plan-Ist-Vergleiche erzeugt und Abweichungsanalysen durchgeführt. Zur Überwachung der Budgetkompetenzen werden den Geschäftseinheiten zeitnah detaillierte Berichte zur Budgetauslastung zur Verfügung gestellt. Insbesondere zur risiko- und rentabilitätsorientierten Steuerung der Neugeschäfte wird eine systematische Vorkalkulation der Kreditgeschäfte durchgeführt.

Motivierte und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Helaba. Ein breites Spektrum von Maßnahmen zur Mitarbeiterförderung trägt wesentlich zur Attraktivität der Helaba als Arbeitgeber bei. Aufgrund eines qualifizierten Personalmanagements werden Potenziale der Mitarbeiter erkannt sowie zielgerichtet entwickelt und gefördert. Individuelle Weiterbildungsmaßnahmen stellen sicher, dass die Mitarbeiter den sich wandelnden Herausforderungen gewachsen sind. Auch die Nachwuchsförderung trägt dazu bei, dass ca. die Hälfte der offenen Stellen durch interne Mitarbeiter besetzt werden kann. Diverse Kennzahlen wie beispielsweise eine geringe Fluktuationsrate, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und ein niedriger Krankenstand bestätigen die Zufriedenheit und das hohe Engagement der Mitarbeiter.

Das Vergütungssystem der Helaba erfüllt dem Sinn und Zweck nach schon seit Jahren die Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten. Einzelne im Wesentlichen noch formal zu erfüllende Anforderungen werden nach Beendigung der erforderlichen Einbindung der Gremien zügig umgesetzt. Im Rahmen der Umsetzung des Rundschreibens 22/2009 vom 21. Dezember 2009 der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurden im Rahmen einer Risikoanalyse zeitnah solche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter identifiziert, die aufgrund ihrer Funktion Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil haben. Bei diesen Beschäftigten wurde für die Abschlussvergütung für das Geschäftsjahr 2009 bereits eine Deferral-Komponente eingeführt. Der im Jahr 2010 eingerichtete Vergütungsausschuss hat sich in mehreren Sitzungen mit dem aktuellen Vergütungssystem der Helaba auseinandergesetzt; er hat die im Hinblick auf die Regelungen der Instituts-Vergütungsverordnung vorgesehenen Modifikationen diskutiert und Anregungen eingebracht. Dem Personalausschuss des Verwaltungsrates, auf den seitens des Verwaltungsrates die Überwachungsfunktion für das Vergütungssystem übertragen wurde, wurden die auf der Basis des bisherigen Vergütungssystems beabsichtigten Veränderungen vorgestellt. Der Personalausschuss hat das angestrebte Vergütungssystem zur Kenntnis genommen.

Als regional verankertes Kreditinstitut mit öffentlich-rechtlicher Rechtsform übernimmt die Helaba – über ihre kreditwirtschaftlichen Aufgaben und Zielsetzungen hinaus – gesellschaftliche Verantwortung, insbesondere in den Bundesländern Hessen und Thüringen. Die Bank ist direkt beziehungsweise über ihr Tochterinstitut Frankfurter Sparkasse als Sponsor in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens engagiert und fördert herausragende Projekte in Kultur, Bildung, Umwelt, Sport und Sozialwesen. Die Helaba und die Frankfurter Sparkasse gehören zu den Gründungsmitgliedern des von führenden Finanzunternehmen getragenen Vereins „Frankfurt Main Finance e.V.“, dessen Ziel in der Förderung des internationalen Standortmarketings des Finanzplatzes Frankfurt am Main besteht. Die Rating-Agentur oekom research AG unterzieht die Bank einem Nachhaltigkeits-Rating und überprüft damit das ökologisch und sozial verantwortliche Handeln der Helaba. Im Ergebnis wird die Bank im Investmentstatus „prime“ geführt. Die Frankfurter Sparkasse verfügt über ein validiertes Umweltmanagementsystem gemäß Verordnung (EG) Nr. 76/2001 (EMAS II) und nach DIN EN ISO 14001. Ihr gemeinsames Engagement auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit bringen Helaba und Frankfurter Sparkasse durch den Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien zum Ausdruck. Beide Institute gehören auch zu den Unterzeichnern der „Charta der Vielfalt“, einer Selbstverpflichtungserklärung von Unternehmen im Hinblick auf die Sicherstellung einer vorurteils- und diskriminierungsfreien Unternehmenskultur.

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Entgegen der zu Jahresbeginn bestandenen Erwartungen entwickelte sich die deutsche Konjunktur im Jahresverlauf 2010 sehr dynamisch. Mit einer Zunahme des Bruttoinlandprodukts von 3,7 % konnte ein großer Teil des krisenbedingten Wachstumseinbruchs aus dem Vorjahr wieder aufgeholt werden. Wesentlicher Treiber stellte dabei die Exportnachfrage dar, aber auch die Binnennachfrage entwickelte sich im Jahresverlauf zunehmend positiv. Die Konjunktorentwicklung wurde im Jahr 2010 weiterhin unterstützt durch die anhaltende Niedrigzinspolitik der international führenden Zentralbanken. Innerhalb der Eurozone wirkte sich während des gesamten Jahres die Diskussion um die Schuldenkrise einzelner Mitgliedsstaaten sehr belastend auf die Finanz- und Devisenmärkte aus. Die Vereinbarung eines finanziellen Rettungsschirms für die Mitgliedsländer der Eurozone sowie begleitende Maßnahmen trugen zunächst im zweiten und dritten Quartal zu einer Marktstabilisierung bei. Der sich zuspitzende Finanzierungsbedarf Irlands sowie anhaltende Diskussionen um die Fähigkeit einzelner anderer Euro-Länder zur Beschaffung der erforderlichen Mittel an den Märkten zu angemessenen Konditionen lösten zum Jahresende wieder erhebliche Ausweitungen der Risikoprämien aus.

Im Zuge der Euro-Schuldenkrise wurde erstmals auf europäischer Ebene unter Koordination des Europäischen Ausschusses der Bankenaufsichtsbehörden (CEBS) im zweiten Quartal 2010 europaweit ein Stresstest für insgesamt 91 Banken, darunter auch die Helaba, durchgeführt. Die für die Helaba konzernweit ermittelte Kernkapitalquote betrug im adversen Szenario 7,9 % für Ende 2011. Ein zusätzliches Risikoszenario, das einen Crash am Markt für Staatsanleihen simuliert (Sovereign Risk Scenario), führte zu einer Kernkapitalquote von 7,3 % für den Helaba-Konzern. Der Effekt von 0,6 Prozentpunkten resultierte mit 0,4 Prozentpunkten fast ausschließlich aus dem hohen Exposure gegenüber öffentlichen Gebietskörperschaften in Deutschland. Dies ist Ausdruck des konservativen Risikoprofils der Helaba. Zukünftig sollen unter Leitung der zu Jahresanfang 2011 neu gegründeten European Banking Agency (EBA) regelmäßig Stresstests durchgeführt und deren Ergebnisse publiziert werden. Für das erste Halbjahr 2011 wurde die Durchführung eines solchen Tests bereits angekündigt.

Im Dezember 2010 hat der Baseler Ausschuss der Notenbankgouverneure und Leiter der Aufsichtsbehörden die endgültigen Vorschläge der künftigen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III) veröffentlicht. Neben der Einführung zweier neuer Liquiditätskennziffern für die Steuerung der kurz- und langfristigen Liquidität umfasst Basel III insbesondere verschärfte qualitative und quantitative Anforderungen an die künftige Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten. Diese werden nach Umsetzung in der Europäischen Union und in nationales Recht zum 1. Januar 2013 verbindlich in Kraft treten. Neben einer stufenweisen Einführung der neuen Eigenmittelquoten bis zum Jahr 2019 sieht Basel III für Kreditinstitute in der Rechtsform von „Nicht-Aktiengesellschaften“ eine zehnjährige Übergangsfrist für solche Kapitalinstrumente vor, die bisher als aufsichtsrechtliches Kernkapital anerkannt sind, die zukünftigen Anforderungen an „hartes“ Kernkapital aber nicht mehr erfüllen. Zudem sieht Basel III für Nicht-Aktiengesellschaften bei Erfüllung entsprechender Voraussetzungen auch zukünftig die Nutzung von nicht börsennotierten Kapitalinstrumenten als „hartes“ Kernkapital vor.

Regulatorisch wird auf EU-Ebene seit Mitte 2010 die Einführung europaweit einheitlicher Einlagensicherungssysteme zum Schutz von Kundeneinlagen diskutiert. Zentral wird dabei aus deutscher Sicht sein, dass weiterhin die bewährten Institutssicherungssysteme der Sparkassen- und Landesbankenorganisation sowie des genossenschaftlichen Bankensektors fortgeführt werden können.

Im deutschen Bankenmarkt haben die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise den seit Jahren bestehenden Konsolidierungstrend verstärkt und zu weiteren Zusammenschlüssen von Instituten geführt. Zahlreiche Kreditinstitute, auch im Landesbankensektor, befinden sich in auf mehrere Jahre angelegten Restrukturierungs- und geschäftlichen Abbauprozessen. Bei Instituten, die unter das europäische Beihilferecht fallende staatliche Stabilisierungs- und Stützungsmaßnahmen erhalten haben, sind dabei Genehmigungsaufgaben der Europäischen Kommission umzusetzen. Die vom deutschen Gesetzgeber bis Jahresende 2010 eingeräumte Möglichkeit der Auslagerung von Wertpapieren und sonstigen nicht strategischen Geschäftsbeständen auf Abwicklungsgesellschaften unter dem Dach des staatlichen Sondervermögens Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) wurde von zwei Kreditinstituten genutzt. In Deutschland trat zu Jahresbeginn 2011 das Restrukturierungsfondsgesetz in Kraft. Bestandteil dieses Gesetzes ist die Einführung von Beiträgen der Kreditwirtschaft zur Finanzierung eines Fonds zur Restrukturierung von Kreditinstituten in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die aus den versteuerten Betriebsergebnissen zu leistenden Beiträge sollen sich jährlich auf ein Volumen von ca. 1,3 Mrd. € belaufen. Des Weiteren ermöglicht das Anfang 2011 in Kraft getretene Restrukturierungs- und Abwicklungsgesetz die Sanierung und Reorganisation von in wirtschaftliche Schieflage geratenen Kreditinstituten.

Beurteilung der Geschäftsentwicklung

Die Geschäfts- und Ertragslage der Helaba war im Geschäftsjahr 2010 geprägt von der dynamischen Konjunktur in Deutschland und der hohen Volatilität an den Finanzmärkten im Gefolge der Schuldenkrise einzelner Euroländer. In diesem wirtschaftlichen Umfeld hat sich das operative Geschäft der Helaba weiter positiv entwickelt. Das kundengetriebene Kapitalmarktgeschäft hat in Verbindung mit einer Stabilisierung an den Finanzmärkten zu einem erfreulichen Handelsergebnis beigetragen. Zugleich bestand im Kreditgeschäft aufgrund der verbesserten Kundenbonitäten im Vorjahresvergleich ein deutlich niedrigerer Risikovorsorgebedarf. Infolge dieser Risikolage und der unverändert bestehenden guten Liquiditätsversorgung war die Geschäftssteuerung der Helaba 2010 mit Blick auf die sich mit Basel III abzeichnenden höheren aufsichtsrechtlichen Anforderungen wesentlich an Eigenkapitalzielen ausgerichtet. Dementsprechend beteiligt sich die Helaba

nicht am Wettbewerb um Geschäftsabschlüsse zu nicht kostendeckenden Preisen. Im Kreditgeschäft mit Kunden wurde im mittel- und langfristigen Neugeschäft ein Abschlussvolumen von 10,0 Mrd. € erreicht. Davon entfielen 4,5 Mrd. € auf Immobilienkredite, 3,1 Mrd. € auf das Corporate Finance-Geschäft, 1,0 Mrd. € auf das Sparkassengeschäft und 1,0 Mrd. € auf Kredite an öffentliche Gebietskörperschaften. Diese Fokussierung der Kreditvergabe auf Kerngeschäftsfelder entspricht der realwirtschaftlichen Ausrichtung des strategischen Geschäftsmodells der Helaba. Aufgrund ihres hohen Marktstandings konnte die Helaba zur fristenkongruenten Refinanzierung des Neugeschäftsvolumens an den Geld- und Rentenmärkten problemlos die erforderlichen Mittel beschaffen. Bei mittel- und langfristigen Refinanzierungen sind ungedeckte Bankschuldverschreibungen sowie öffentliche und Hypothekenpfandbriefe die wesentlichen Refinanzierungsinstrumente.

Auch im Geschäftsjahr 2010 erzielt die Helaba ein Ergebnis, das die Bedienung aller Nachrangmittel, Genussrechte sowie stiller Einlagen, die Dotierung der Gewinnrücklagen zur Stärkung des Kernkapitals und den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt. Mit einer Kernkapitalquote zum 31. Dezember 2010 von 10,3 % und einer gesamten Eigenmittelquote von 15,5 % verfügt die Helaba über eine komfortable Eigenmittelausstattung.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Wesentliche Daten zur Entwicklung 2010

	2010	2009	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. € (angepasst)	Mio. €	%
Geschäftsvolumen	180.576	185.230	-4.654	-3
Bilanzsumme	152.563	154.500	-1.937	-1
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	692	807	-115	-14
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	-279	-514	235	46
Jahresüberschuss	253	162	91	56

Die Bank hat in ihrem Jahresabschluss 2010 die durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) geänderten Bilanzierungsvorschriften berücksichtigt. Im Hinblick auf eine bessere Vergleichbarkeit der Zahlen sind im vorliegenden Kapitel des Lageberichts entsprechend angepasste Vorjahreszahlen dargestellt. In der Ertragslage ergeben sich Verschiebungen zwischen den einzelnen Positionen des operativen Ergebnisses sowie dem Verwaltungsaufwand. Auf das Betriebsergebnis und den Jahresüberschuss wirken sich diese Anpassungen nicht aus. In der Bilanz sind als wesentliche neue Posten Handelsaktiva und Handelspassiva aufgeführt. In diesen Posten werden nicht nur aus anderen Posten umgegliederte Aktiva und Passiva ausgewiesen, sondern es treten zum Marktwert angesetzte Derivate-Positionen hinzu. Vor allem aus diesem Grund ist der angegebene Vergleichswert für die Bilanzsumme des Jahres 2009 auf BilMoG-Basis gegenüber dem Wert des Vorjahresabschlusses um 5,6 Mrd. € gestiegen (vgl. Anhang-Angabe 2).

Die Bank berücksichtigt weiterhin nicht den Aufwand in Höhe von 93 Mio. € für die Bedienung ihrer Stillen Einlagen in der Darstellung der Ertragslage.

Ertragslage

Die Helaba konnte im Jahr 2010 trotz eines leichten Rückgangs des operativen Ergebnisses den Jahresüberschuss deutlich steigern. Dabei ist eine erneute Stärkung der Vorsorgereserven nach § 340f HGB bereits berücksichtigt.

Ertragslage

	2010	2009	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. € (angepasst)	Mio. €	%
Zinsüberschuss	997	941	56	6
Provisionsüberschuss	110	114	-4	-4
Nettoertrag des Handelsbestandes	178	306	-128	-42
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-12	23	-35	-151
Operatives Ergebnis	1.273	1.384	-111	-8
Verwaltungsaufwendungen	581	577	-4	0
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	692	807	-115	-14
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	-279	-514	235	46
Zuführung/Auflösung von Vorsorgereserven (§340f)	-70	-70	0	0
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge	343	223	120	54
Außerordentliches Ergebnis	-34	-	-34	-
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-56	-61	5	-8
Jahresüberschuss	253	162	91	56

Der Zinsüberschuss ist unverändert eine wesentliche Ertragssäule für die Helaba. Der Ergebnisbeitrag liegt bei 997 Mio. € nach einem angepassten Wert von 941 Mio. € für das Vorjahr. Die Anpassung stellt darauf ab, dass laufende Ergebnisbeiträge aus Handelsaktiva und -passiva nunmehr nach BilMoG unter dem Nettoertrag des Handelsbestandes ausgewiesen werden. Der Anstieg resultiert zum einen aus Steigerungen der Ausschüttung von Beteiligungen, zum anderen aus verbesserten Beiträgen im Kundengeschäft.

Der Provisionsüberschusses liegt mit 110 Mio. € etwa auf dem Niveau des angepassten Vorjahres (114 Mio. €). Mit der Anpassung wird berücksichtigt, dass Provisionsaufwendungen im Zusammenhang mit Handelsgeschäften nunmehr in der Position Nettoertrag des Handelsbestandes gezeigt werden. Zu der Veränderung gegenüber dem Vorjahr haben gestiegene Aufwendungen für Vertriebsprovisionen beigetragen, denen leichte Zuwächse im Provisionsertrag aus dem Außenhandels-geschäft und aus Avalprovisionen gegenüberstehen.

Der Nettoertrag des Handelsbestandes umfasst neben Beiträgen aus der Bewertung der Handelsgeschäfte auch alle laufenden, bislang im Zins- oder Provisionsüberschuss gezeigten, Ergebnisbeiträge. Der Aufwand für die durch § 340e HGB geforderte Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) beträgt für das Jahr 2010 20 Mio. € und ist im Nettoertrag des Handelsbestandes saldiert. Zum Nettoertrag von 178 Mio. € hat vor allem der Zinshandel beigetragen. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahreswert ist vor dem Hintergrund zu bewerten, dass im Vorjahr aufgrund sukzessive liquider werdender Märkte die Spreads wieder kleiner geworden waren und

dadurch zu einem vergleichsweise hohen Nettoertrag des Handelsbestandes beigetragen haben. Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen liegt bei –12 Mio. € (2009: 23 Mio. €). In dieser Ergebnisposition sind auch die nach BilMoG separat zu ermittelnden Aufwendungen für die Aufzinsung von Rückstellungen enthalten, die maßgeblich aus Pensionsrückstellungen resultieren. Die zur Herstellung der Vergleichbarkeit vorgenommene Anpassung der Vorjahreszahlen führt zu einer entsprechenden Verminderung der Vorjahreszahl für den Verwaltungsaufwand. Der Rückgang im sonstigen betrieblichen Ergebnis ist zum Teil auf im Vorjahresvergleich erhöhte Aufwendungen für die Aufzinsung von Rückstellungen zurückzuführen, weiterhin haben geringere Erträge aus Rückstellungsaufösungen sowie höhere Aufwendungen für Rückstellungsneubildungen zu dem Rückgang beigetragen.

Die Verwaltungsaufwendungen von 581 Mio. € liegen auf Vorjahresniveau (2009: 577 Mio. €) und setzen sich aus Personalaufwendungen (291 Mio. €, 2009: 284 Mio. €) und Sachaufwendungen (277 Mio. €, 2009: 281 Mio. €) sowie Abschreibungen auf Sachanlagen (13 Mio. €, 2009: 12 Mio. €) zusammen. Zum Anstieg des Personalaufwands trug eine erhöhte Zuführung zu den Pensionsrückstellungen bei. Der Aufwand für Löhne und Gehälter stieg um 2 Mio. €. Zum Rückgang bei den Sachaufwendungen haben verringerte Aufwendungen für Geschäftsgebäude und Geschäftsbetrieb beigetragen (–3 Mio. € gegenüber Vorjahr). Der Aufwand für Sicherheitseinrichtungen, an denen die Helaba beteiligt ist, sowie Verbandsumlagen betragen 31 Mio. € (2009: 36 Mio. €).

Am Jahresende waren 3.122 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2009: 3.127) beschäftigt. Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl erhöhte sich von 3.073 auf 3.117.

Das operative Ergebnis von 1.273 Mio. € und Verwaltungsaufwendungen von 581 Mio. € führen zu einem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge von 692 Mio. €. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 115 Mio. € oder 14 %.

Das Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2010	2009	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. € (angepasst)	Mio. €	%
Ergebnis des Kreditgeschäftes	–241	–384	143	37
Ergebnis des Beteiligungsgeschäftes	–33	–62	29	36
Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve, des Anlagevermögens und der Bankbuchderivate	–5	–68	63	92
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	–279	–514	235	46

Der Saldo der Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft beläuft sich auf –241 Mio. € und liegt damit deutlich unter dem Vorjahreswert von –384 Mio. €.

Im Ergebnis des Beteiligungsgeschäftes wirkt sich vor allem eine Abschreibung auf eine börsennotierte Beteiligung aus, deren Anteile dauerhaft zu einem unter den Anschaffungskosten liegenden Kurs notiert wurden.

Das Ergebnis der Wertpapiere der Liquiditätsreserve ist der Saldo aus Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip sowie Veräußerungsgewinnen und -verlusten sowie handelsrechtlich nach § 253 Abs. 5 HGB gebotenen Zuschreibungen. Zusammen mit dem Bewertungsergebnis aus Bankbuchderivaten wurde ein sonstiges Bewertungsergebnis in Höhe von – 5 Mio. € erzielt. Gegenüber dem Vorjahreswert von – 68 Mio. € ist dies wiederum eine deutliche Verbesserung, in der sich Nachwirkungen der Finanzmarktkrise auf die Wertpapierbewertung widerspiegeln.

Im Jahr 2010 wurden die Vorsorgereserven nach § 340f HGB erneut mit 70 Mio. € dotiert. Daraus resultiert ein Betriebsergebnis nach Risikovorsorge von 343 Mio. € (2009: 223 Mio. €). Aus der Umstellung auf BilMoG resultiert ein außerordentlicher Aufwand von 34 Mio. €. In diesem Aufwand enthalten ist der über mehrere Perioden gestreckte Aufwand für die Umstellung der Dotierung der Pensionsrückstellungen auf das durch das BilMoG vorgegebene Bemessungsverfahren. Mit einem Steueraufwand von 56 Mio. € ergibt sich ein Jahresüberschuss von 253 Mio. €, der neben einer Bedienung aller Nachrangmittel sowie der stillen Einlagen auch die Dotierung der Gewinnrücklagen zur Stärkung des Kernkapitals und den Ausweis eines Bilanzgewinns erlaubt.

Entwicklung der Aktiva

	2010	2009	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. € (angepasst)	Mio. €	%
Forderungen an Kreditinstitute	17.327	15.510	+1.817	+12
Forderungen an Kunden	76.997	77.108	-111	0
Wertpapiere und Aktien	11.572	11.007	+565	+5
Handelsbestand (Aktiv)	41.445	45.251	-3.806	-8
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	2.519	2.603	-84	-3
Übrige Aktivbestände	2.703	3.021	-318	-11
Bilanzsumme	152.563	154.500	-1.937	-1
Geschäftsvolumen	180.576	185.230	-4.654	-3

Die Bilanzsumme der Helaba ist im Geschäftsjahr 2010 von 154,5 Mrd. € auf 152,6 Mrd. € gesunken. Maßgeblich hierfür ist der Rückgang des Handelsbestandes (Aktiv) um 3,8 Mrd. €. Zum Rückgang des Geschäftsvolumens um 4,7 Mrd. € auf 180,6 Mrd. € haben außerdem Abnahmen der Eventualverbindlichkeiten um 0,5 Mrd. € sowie der anderen Verpflichtungen um 2,2 Mrd. € beigetragen.

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich um 1,8 Mrd. € auf 17,3 Mrd. €. Von diesem Forderungsvolumen entfällt mehr als die Hälfte bzw. 9,0 Mrd. € (2009: 10,3 Mrd. €) auf Refinanzierungsmittel, die den Sparkassen in Hessen und Thüringen zur Verfügung gestellt wurden.

Mit einem Volumen von 77,0 Mrd. € bilden die Forderungen an Kunden die größte Position auf der Aktivseite der Bilanz und liegen damit nahezu auf Vorjahresniveau. Die Forderungen aus dem Kommunalkreditgeschäft erhöhten sich dabei um 3,0 Mrd. € auf 16,6 Mrd. €. Die hypothekarisch gesicherten Forderungen werden mit 14,9 Mrd. € (2009 angepasst: 14,3 Mrd. €) ausgewiesen. Die Anpassung resultierte aus der Umstellung des Ausweises mit BilMoG von „grundpfandrechtlich gesichert“ auf „Hypothekendarlehen“. Auf Baudarlehen der Bausparkasse entfallen 1,1 Mrd. € (2009: 1,2 Mrd. €).

Die sonstigen Kundenforderungen nahmen um 3,5 Mrd. € auf 44,4 Mrd. € ab.

Das Volumen von Wertpapieren und Aktien, die dem Anlage- und Liquiditätsbestand zugeordnet sind, hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 0,6 Mrd. € auf 11,6 Mrd. € erhöht. Den Schwerpunkt der Anlagen bilden mit 10,2 Mrd. € Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (2009: 9,6 Mrd. €), davon entfallen 1,1 Mrd. € auf Asset Backed Securities (2009: 1,3 Mrd. €). Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden mit 1,4 Mrd. € (2009: 1,4 Mrd. €) ausgewiesen.

Der Handelsbestand (Aktiv) ist in der Berichtsperiode um 3,8 Mrd. € auf 41,4 Mrd. € zurückgegangen. Den Schwerpunkt der Handelsaktiva bilden mit 27,5 Mrd. € Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (2009: 30,9 Mrd. €); Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind lediglich mit 0,1 Mrd. € (2009: 0,2 Mrd. €) enthalten. Forderungen des Handels liegen mit 7,2 Mrd. € unter dem Wert des Vorjahres (8,2 Mrd. €). Die Derivate im Handelsbestand (Aktiv) sind mit 6,7 Mrd. € ausgewiesen (2009: 5,9 Mrd. €).

Die Veränderungen in den Buchwerten der Beteiligungen und verbundenen Unternehmen ist im Wesentlichen auf die Teilveräußerung der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG sowie eine Abschreibung auf eine börsennotierte Beteiligung zurückzuführen.

Das Geschäftsvolumen, das zusätzlich zur Bilanzsumme das außerbilanzielle Geschäft umfasst, sank von 185,2 Mrd. € auf 180,6 Mrd. €. Die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Gewährleistungen und Garantien verringerten sich von 8,6 Mrd. € auf 8,1 Mrd. €. Hier sind mit 2,0 Mrd. € (2009: 2,4 Mrd. €) wie Garantien behandelte Credit Default Swaps, die nicht dem Handelsbestand zuzuordnen sind, enthalten.

Die Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen verminderten sich um 2,2 Mrd. € auf 20,0 Mrd. €.

Entwicklung der Passiva

	2010	2009	Veränderungen	
	Mio. €	Mio. € (angepasst)	Mio. €	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34.556	34.481	+75	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	24.520	25.867	-1.347	-5
Verbriefte Verbindlichkeiten	41.775	39.983	+1.792	+5
Handelsbestand (Passiv)	39.791	42.230	-2.439	-6
Eigene Mittel	8.960	8.866	+103	+1
Übrige Passivbestände	2.961	3.073	-121	-4
Bilanzsumme	152.563	154.500	-1.937	-1

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten liegen gegenüber dem Vorjahr kaum verändert bei 34,6 Mrd. € (2009: 34,5 Mrd. €). Die Verbindlichkeiten gegenüber Sparkassen in Hessen und Thüringen sind auf 5,9 Mrd. € (2009: 6,5 Mrd. €) gesunken.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gingen um 1,3 Mrd. € auf 24,5 Mrd. € zurück. Bauspareinlagen sind in Höhe von 3,3 Mrd. € enthalten (2009: 3,2 Mrd.).

Die verbrieften Verbindlichkeiten stiegen um 1,8 Mrd. € auf 41,8 Mrd. € an. Der Bestand an begebenen Schuldverschreibungen beträgt 40,0 Mrd. € (2009: 38,0 Mrd. €). Die Position „Andere verbrieftete Verbindlichkeiten“, die überwiegend die Emissionsprogramme kurzfristiger Geldmarktpapiere enthält, lag bei 1,8 Mrd. € (2009: 2,0 Mrd. €).

Der Handelsbestand (Passiv) ist um 2,4 Mrd. € auf 39,8 Mrd. € zurückgegangen. Die Verbindlichkeiten des Handels sind mit 32,5 Mrd. € ausgewiesen (2009: 35,8 Mrd. €), Derivate im Handelsbestand (Passiv) mit 7,3 Mrd. € (2009: 6,5 Mrd. €). Die Verbindlichkeiten gegenüber Sparkassen in Hessen und Thüringen im Handelsbestand sind auf 2,1 Mrd. € unverändert zum Vorjahr geblieben.

Eigene Mittel

Die in der Bilanz ausgewiesenen eigenen Mittel (das heißt Eigenkapital ohne Bilanzgewinn einschließlich Fonds für allgemeine Bankrisiken, Genussrechtskapital und nachrangiger Verbindlichkeiten) der Bank betragen zum 31. Dezember 2010 9,0 Mrd. €.

Aufsichtsrechtlich belaufen sich die Eigenmittel der Bank zum 31. Dezember 2010 – das heißt vor Feststellung des Jahresabschlusses und somit vor Berücksichtigung von Zuführungen zu den Gewinnrücklagen und inkl. – 552 Mio. € aus dem Vergleich der Expected Losses zu den Wertberichtigungen vom Jahresende 2009 – auf 8,2 Mrd. €. Darin enthalten ist Kernkapital für Solvenzzwecke in Höhe von 5,5 Mrd. €. Die dem Kernkapital zuzurechnenden stillen Einlagen betragen 3,0 Mrd. €.

Die Eigenkapitalanforderungen der Bank gemäß Solvabilitätsverordnung (SolvV) betragen 4,2 Mrd. € zum 31. Dezember 2010. Daraus ergibt sich für die Helaba eine Gesamtkennziffer von 15,5%; die Kernkapitalquote für Solvenzzwecke beträgt 10,3%.

Die nach der SolvV geforderte Eigenmittelunterlegung der anrechnungspflichtigen Positionen wurde im Geschäftsjahr 2010 jederzeit eingehalten.

Mit der Zuführung zu den Gewinnrücklagen hat die Helaba ihr bilanzielles Eigenkapital sowie ihre aufsichtsrechtlichen Eigenmittel wie in den Vorjahren weiter gestärkt.

Chancen- und Risikobericht

Der Vorstand trägt die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die Festlegung einer mit der Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie zuständig. Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsmäßigen und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken in der Helaba fest. Die Risikostrategie wird nach Verabschiedung dem Verwaltungsrat und der Trägerversammlung zur Kenntnis gegeben und mit diesen erörtert.

Die Risikostrategie der Helaba ist als Teil des Helaba-Konzerns abgeleitet aus der Geschäftsstrategie des Helaba-Konzerns. Die Geschäftsstrategie des Helaba-Konzerns ist wiederum eingebunden in die Geschäfts- und Risikostrategie der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen und bildet gleichzeitig den Rahmen für die Risikostrategie.

Im Mittelpunkt der Risikostrategie steht das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des ökonomischen und des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals bei gleichzeitiger Sicherstellung der Liquidität und eines konservativen Risikoprofils. Deshalb ist das Risikomanagementsystem wesentlicher Bestandteil der Unternehmenssteuerung.

Im Laufe der Jahre wurde der Risikomanagementprozess verfeinert, so dass die Helaba über ausgereifte Instrumentarien und Rahmenbedingungen verfügt. Neben organisatorischen Regelungen wie Kompetenzrichtlinien und Prozess- beziehungsweise Systemdokumentationen wurden auch die Methoden zur Risikoidentifizierung, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung stetig weiterentwickelt.

Prinzipien

Verantwortung der Geschäftsleitung

Im Rahmen der Verantwortung der Geschäftsleitung trägt der Vorstand – unabhängig von der Geschäftsverteilung – die Verantwortung für alle Risiken der Helaba und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Er legt unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba auf der Grundlage einer Analyse der geschäftspolitischen Ausgangssituation sowie der Einschätzung der damit verbundenen Risiken die Risikostrategie fest und trägt für deren Umsetzung Sorge. Gegenstand der Risikostrategie sind alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Helaba. Bei den Tochtergesellschaften werden die Strategien, Prozesse und Verfahren im Rahmen ihrer gesellschaftsrechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten implementiert.

Vermögensschutz

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der Helaba – eingegangen werden. Diesem Zweck dienen bestehende Risikolimitstrukturen sowie Anreizsysteme und die dafür notwendigen Kontrollmechanismen.

Reputationsschutz

Zur Aufrechterhaltung des positiven Images und für die Erzielung eines bestmöglichen Ratings sind ein funktionierendes Risikomanagement sowie die Vermeidung rufschädigender Verstöße gegen gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorschriften (Compliance) von existenzieller Bedeutung.

Klare Kompetenzen

Die Verantwortlichkeit, dass in den jeweiligen Markteinheiten ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und erzielten Erträgen herrscht, obliegt den Führungskräften dieser Einheiten. Die Kontrolleinheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass dies eingehalten wird und bestehende beziehungsweise mögliche Diskrepanzen dem entsprechenden Kompetenzträger aufgezeigt werden.

Funktionstrennung

Um Objektivität und Transparenz zu ermöglichen, ist die Gewährleistung der Unabhängigkeit von Risikocontrolling und -steuerung erforderlich. Unabhängige Kontrollprozesse sind überall dort zu implementieren, wo es die Art und die Höhe der Risiken bedingen.

Transparenz

Eine vollständige und sachliche Berichterstattung sowie Offenlegung der Risiken ist ein weiterer wichtiger Baustein der Risikostrategie der Helaba. Nur auf dieser Grundlage ist eine sachgerechte Unterrichtung der Gremien durch den Vorstand möglich.

Kosteneffizienz

Einen weiteren Aspekt stellt die Kosteneffizienz der Kontrolleinheiten, insbesondere der eingesetzten Systeme, dar. Die getätigten Aufwendungen, die im Rahmen der Risikokontrolle (aber auch des Risikomanagements) anfallen, stehen in einer vernünftigen Relation zu den jeweils betrachteten Risiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass die wesentlichen Risiken jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Die Risikostrategie wird unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Helaba festgelegt.

Erfüllung aufsichtsrechtlicher Normen

Entscheidend für die Gestaltung der Risikostrategie ist nicht zuletzt die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Auflagen, die in einem engen Dialog mit der Bankenaufsicht erfolgt. Die Helaba meldet das regulatorische Kapital seit dem 1. Januar 2007 nach den Regelungen des Foundation-IRB-Ansatzes.

Risikobewusstes Verhalten

Die Erreichung der Ziele sowie die Einhaltung gesetzlicher Normen hängt von der Disziplin aller Beteiligten hinsichtlich Strategie, Prozessen, Kontrollen und Compliance ab.

Prüfung

Die interne Revision prüft grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe. Damit wird die Einhaltung definierter Abläufe gefördert. Die Beurteilung von Wirksamkeit und Angemessenheit des Internen Kontrollsystems unterstützt die Weiterentwicklung und Verbesserung der Risikomanagementprozesse.

Risikoklassifizierung

Risikoarten

Risikoarten, die für die Helaba von Bedeutung sind, resultieren unmittelbar aus der operativen Geschäftstätigkeit der Helaba. Je nach Wahrscheinlichkeit und Bedeutung ihres Eintretens wird hinsichtlich der Steuerung dieser Risiken unterschieden zwischen „wesentlichen Risiken“ und „Sonstigen Risiken“. Die Helaba hat folgende wesentliche Risikoarten identifiziert und definiert:

- Das Adressenausfallrisiko ist das Risiko eines Verlustes oder entgangenen Gewinnes aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners. Das Adressenausfallrisiko umschließt das gesamte Kreditgeschäft gemäß § 19 Abs. 1 KWG inkl. Settlement-Risiken (Kontrahentenrisiko: Risiko aus dem klassischen Kreditgeschäft, Wiedereindeckungsrisiko sowie Vorleistungs- und Abwicklungsrisiko) und das spezifische Länderrisiko.
- Das Marktpreisrisiko besteht in der Möglichkeit der negativen Wertveränderung von bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften aufgrund von unerwarteten Veränderungen der zugrunde liegenden Marktparameter wie Zinssätze, Aktien- und Devisenkurse, Rohstoffpreise sowie deren Volatilitäten.
- Liquiditätsrisiken können bei bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften auftreten. Das Liquiditätsrisiko wird in drei Kategorien unterteilt: Das kurzfristige Liquiditätsrisiko ist das Risiko einer nicht ausreichenden Liquidität für die Erfüllung der täglichen Zahlungsverpflichtungen. Strukturelle Liquiditätsrisiken ergeben sich, wenn aufgrund einer nicht adäquaten Steuerung der Kostenrisiken der Mittelbeschaffung und der Ertragsrisiken der Geldanlage ein unausgewogenes Verhältnis in der mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur entsteht. Marktliquiditätsrisiken ergeben sich aus der unzureichenden Liquidität von Finanzinstrumenten, die dazu führt, dass Positionen nicht oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten geschlossen werden können. Die mit außerbilanziellen Geschäften verbundenen Liquiditätsrisiken führen je nach Ausprägung zu kurzfristigen und/oder strukturellen Liquiditätsrisiken.
- Das operationelle Risiko wird nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) definiert als die Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder in Folge externer Ereignisse eintreten. Hierzu zählen auch rechtliche Risiken.
- Unter das Immobilienprojektierungsrisiko werden Termin-, Qualitäts-, Kosten- beziehungsweise Vermarktungsrisiken im Rahmen des Immobilienprojektentwicklungsgeschäftes zusammengefasst, die sich bei Eintritt negativ auf den kalkulierten Deckungsbeitrag der Projektentwicklung auswirken. Hierzu gehören nicht Risiken aus Immobilienfinanzierungen sowie nicht Risiken aus Bestandsobjekten, bei denen Gesellschaften des Helaba-Konzerns Eigentümer sind oder eine eigentümerähnliche Stellung haben (Risiken aus Mietausfällen, Leerständen usw.).
- Unter das Fonds-Platzierungsrisiko fällt das Risiko der zu platzierenden Eigenkapitalanteile von Fonds-Projekten (geschlossene Fonds) bei der Beteiligung HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG. Hierunter fallen auch Kostenrisiken im Zusammenhang mit erhöhtem Vertriebsaufwand sowie Ertragsrisiken aus nicht erzielten Konzeptionserlösen und weitere Kosten für das Arrangieren einer zusätzlichen Finanzierung bei Nichtplatzierung des noch einzuwerbenden Eigenkapitalanteils. Davon abzugrenzen sind Risiken aus dem Asset Management und Fonds-Geschäft von Kapitalanlagegesellschaften in der Helaba (z. B. Helaba Invest) sowie das Platzierungsrisiko im Rahmen der Weitersyndizierung von Krediten oder sonstigen Vermögensgegenständen.

- Beteiligungsrisiken (als Residualrisikoart) resultieren aus einem möglichen Rückgang des Anteils-werts, aus ausbleibenden oder rückläufigen Ausschüttungen, aus Verlustübernahmen oder aus Einzahlungs-, Nachschuss- und Haftungsverpflichtungen sowie aus Garantien oder Patronatserklärungen.

Über die wesentlichen Risikoarten hinaus werden unter „Sonstige Risiken“ strategische Risiken, Reputationsrisiken, steuerliche Risiken und die Auslagerungsrisiken zusammengefasst.

- Das strategische Risiko stellt das Risiko dar, dass bezüglich des Geschäftsmodells und der wesentlichen Entwicklungen und Trends im Bankensektor unternehmensstrategische Entscheidungen getroffen werden, die sich nachhaltig negativ auf die Ertragskraft und die Zukunftsfähigkeit der Bank auswirken.
- Reputationsrisiko ist das Risiko, dass durch Belastungen und Veränderungen der Reputation Handlungen der Stakeholder ausgelöst werden, die Auswirkung auf die wirtschaftliche Situation der Helaba haben.
- Steuerliche Risiken ergeben sich durch Veränderungen des Steuerrechts durch Gesetzgebung oder geänderte Rechtsprechung.
- Auslagerungsrisiken entstehen, wenn ein anderes Unternehmen mit der Wahrnehmung von Aktivitäten und Prozessen im Zusammenhang mit der Durchführung von Bankgeschäften, Finanzdienstleistungen oder sonstigen institutstypischen Dienstleistungen beauftragt wird, die ansonsten von der Helaba selbst erbracht würden.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement in der Helaba umfasst vier Elemente, die als aufeinander folgende Phasen in einem Prozess zu sehen sind:

1. Risikoidentifikation

Die Identifikation der für die Helaba bestehenden Risiken erfolgt laufend während der täglichen Geschäftstätigkeit. Davon ausgehend wird die Klassifizierung der Risiken durchgeführt. Insbesondere bei der Einführung von neuen Produkten und komplexen Geschäften sind eine umfassende Identifikation sowie die Einbindung in bestehende Risikomesssysteme und die dazugehörigen Risikoüberwachungsprozesse wichtig. Im Rahmen des Neue Produkte-Prozesses für das Kreditgeschäft beziehungsweise das Handelsgeschäft sind die zentralen Überwachungsbereiche in die Autorisierung neuer Produkte einbezogen.

2. Risikoquantifizierung

Eine qualitativ gute Abbildung der Einzelgeschäfte beziehungsweise Risikoparameter in den Risikomesssystemen erlaubt eine fundierte – sowohl quantitative als auch qualitative – Risikomessung beziehungsweise -bewertung der einzelnen Risikoarten. Hierbei kommen verschiedene Modelle, Methoden und Verfahren zum Einsatz.

3. Risikosteuerung

Auf Basis der aus der Risikoidentifikation und -quantifizierung erhaltenen Informationen erfolgt die Risikosteuerung durch die dezentralen Managementeinheiten. Diese umfasst die Gesamtheit der Maßnahmen, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen.

4. Risikoüberwachung/-controlling und -reporting

Im Rahmen eines unabhängigen Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger statt. Des Weiteren werden auch die Methoden der vorherigen Prozessphasen und die Güte der verwendeten Daten kontrolliert sowie die Ergebnisse plausibilisiert.

Risikomanagementstruktur

Gremien

Der Vorstand der Helaba trägt die Verantwortung für alle Risiken der Bank und ist für die konzernweite Umsetzung der Risikopolitik zuständig. Darüber hinaus hat der Vorstand unter Beachtung der bestehenden bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen einen Risikoausschuss etabliert. Die Hauptaufgabe des Risikoausschusses besteht in der Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie der Helaba. Dem Risikoausschuss obliegt die Zusammenführung und Gesamtbeurteilung aller in der Bank eingegangenen Risiken, namentlich der Adressenausfall- und Länderrisiken, der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der Beteiligungs- und Immobilienprojektierungsrisiken, der Rechtsrisiken sowie der operationellen und sonstigen Risiken. Zielsetzung ist die frühestmögliche Erkennung von Risiken, die Konzeptionierung und Überwachung der Risikotragfähigkeitsrechnung sowie die Ableitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung und zur Generierung von Steuerungsimpulsen für das Risikomanagement. Zudem bewilligt der Risikoausschuss die Steuerungs- und Quantifizierungsmethoden der jeweiligen Bereiche und beurteilt unter Berücksichtigung des Risikoausmaßes die Zweckmäßigkeit der eingesetzten Instrumentarien.

Unterhalb des Risikoausschusses operieren der Dispositionsausschuss, der Kreditmanagementausschuss (KMA) und der Vorstands-Kreditausschuss (VS-KA). Dem Dispositionsausschuss obliegt innerhalb des Bankbuches die Steuerung des strategischen Marktrisikoportfolios und des Portfolios der unverzinslichen Passiva. Dem KMA obliegen die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Gesamtportfolios sowie die zentrale Koordinierungsfunktion im Syndizierungs-, Strukturierungs- und Platzierungsgeschäft. Der VS-KA ist zuständig für kontrahentenbezogene Kredit- und Settlement-Risiken sowie für Länderrisiken und die Fonds-Platzierungsrisiken.

Die Besetzung sowie die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse sind in separaten Geschäftsordnungen geregelt.

Für Entscheidungen von besonderer Bedeutung, wie z. B. Erwerb, Veränderung und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditentscheidungen ab einer bestimmten Größenordnung oder die Festlegung des Gesamtlimits für Marktpreisrisiken, sehen die Organisationsrichtlinien vor, dass die Zustimmung des Gesamtvorstandes beziehungsweise des Verwaltungsrates oder eines seiner Ausschüsse notwendig ist. Das Eingehen oder die Veränderung von strategischen Beteiligungen mit Anteilen größer 25 % bedarf zudem gemäß der Satzung der Bank der Zustimmung der Trägerversammlung.

Risikocontrolling der Konzern-Unternehmen der Helaba-Gruppe

Die Risiken der Beteiligungen werden unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und gesellschaftsrechtlicher Möglichkeiten in das Risikocontrolling der Helaba einbezogen. Hierzu erfolgt eine Klassifikation der Beteiligungen in vier Kategorien.

- Klasse 1: Vollständige Einbindung in die Risikoquantifizierungs- und -steuerungsprozesse; Bereitstellung transaktionaler oder hinreichend granularer Daten für die interne Risikoquantifizierung nach eigenen Methoden;
- Klasse 2: Bereitstellung von Risikogrößen oder aggregierten Kennzahlen auf Basis von einheitlichen Konzernvorgaben zur Einbindung in die risikoartenspezifischen Steuerungsprozesse;
- Klasse 3: Übernahme von Darstellungen und Analysen im Rahmen bestehender Risikoberichterstattungen der Konzerngesellschaft;
- Klasse 4: Keine wesentlichen risikoartenspezifischen Risiken. Risiken werden im Rahmen des residualen Beteiligungsrisikos abgebildet

Die Einstufung wird für jede Konzerngesellschaft und Risikoart separat vorgenommen.

Wesentliche Risikoüberwachungsbereiche

Während die Aufgabe der Risikosteuerung durch dezentrale Markteinheiten wahrgenommen wird, obliegen den zentralen Überwachungseinheiten die Identifikations-, Quantifizierungs- und Überwachungs-/Controllingfunktion, die die Reportingpflicht einschließen, sowie die jeweilige Methodenkompetenz. Die aufbauorganisatorische Trennung von Risikocontrolling und -steuerung einschließlich Marktfolge Kredit ist bis in die Vorstandsebene klar vollzogen.

Durch diese klare Aufgabenteilung und das enge Zusammenspiel zwischen den beteiligten Bereichen wird eine effiziente Umsetzung von risikopolitischen Steuerungsimpulsen erreicht.

Für die wesentlichen Risikoarten sind die in folgender Tabelle genannten Bereiche zentral für die Risikoüberwachung beziehungsweise das Risikocontrolling verantwortlich:

Risikoarten	Risikosteuernde Bereiche	Risikoüberwachende Bereiche
Adressenausfallrisiken	Marktbereiche Kredit Kapitalmärkte Aktiv-/Passivsteuerung	Kreditrisiko- und Konzerncontrolling (Portfolioebene), Marktfolge Kredit (Einzelengagementebene)
Marktpreisrisiken	Kapitalmärkte Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling Handel
Liquiditätsrisiken	Kapitalmärkte (Geldhandel) Aktiv-/Passivsteuerung	Risikocontrolling Handel
Operationelle Risiken	Alle Bereiche	Kreditrisiko- und Konzerncontrolling, Recht (rechtliche Risiken)
Beteiligungsrisiken	Marktbereiche	Kreditrisiko- und Konzerncontrolling, Vorstandsstab und Konzernstrategie
Immobilienprojektierungsrisiken	Immobilienmanagement/ Tochtergesellschaften	Kreditrisiko- und Konzerncontrolling
Fonds-Platzierungsrisiken	Marktbereiche	Kreditrisiko- und Konzerncontrolling

Die wesentlichen Risikoarten aus dem Bankgeschäft, das heißt Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, werden für den engen Konzernkreis des Einzelinstituts und der Tochtergesellschaften Helaba Dublin, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG zentral überwacht. Zentral überwacht werden auch Immobilienprojektierungsrisiken, die vorwiegend bei der Tochter OFB, aber auch bei anderen immobilienwirtschaftlichen Beteiligungen und im Einzelinstitut auftreten. Ebenso sind neben dem Einzelinstitut die wesentlichen Tochtergesellschaften in das zentrale Risikomanagementsystem für operationelle Risiken integriert. Über die Einbeziehung der wesentlichen Risiken relevanter Beteiligungen in das risikoartenspezifische Risikocontrolling hinaus erfolgen eine Berichterstattung der Beteiligungsrisiken und eine separate Quantifizierung für Beteiligungen, die nicht in die zentrale Überwachung der einzelnen Risikoarten einbezogen sind. Dadurch ist die konzernweite Risikoüberwachung gewährleistet.

Neben den in oben dargestellter Tabelle genannten Bereichen tragen weitere Einheiten zum Risikomanagement im Konzern bei:

Interne Revision

Die Interne Revision prüft und beurteilt die Aktivitäten der Bank. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung erfolgen risikoorientiert. Die Prüfungstätigkeit der Internen Revision erstreckt sich grundsätzlich auf alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, wobei Umfang und Risikogehalt der jeweiligen Betriebs- beziehungsweise Geschäftstätigkeit berücksichtigt werden. Die Beurteilung der Risikolage, die Ordnungsmäßigkeit der Bearbeitung sowie die Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems sind besondere Prüfungskriterien.

Umfang und Ergebnis der Prüfung sind in Prüfungsdokumentationen festgehalten. Die zuständigen Vorstände sowie die Verantwortlichen für die geprüften Bereiche erhalten eine ausführliche Berichtsausfertigung. Sämtliche Vorstandsmitglieder werden grundsätzlich über das Gesamtergebnis einschließlich wesentlicher Feststellungen von Prüfungen durch einen Kurzbericht informiert. Der Vorstand berichtet dem Verwaltungsrat halbjährlich über wesentliche Feststellungen der Internen Revision.

Compliance, Geldwäsche und Datenschutz

Die Bank hat die unabhängigen Funktionen der Compliance-Stelle, des Datenschutz- und des Konzerngeldwäschebeauftragten eingerichtet. Die Compliance-Stelle überwacht Insiderinformationen und Wohlverhaltensregeln. Sie identifiziert und regelt konzernweit Interessenkonflikte mit wertpapierhandelsrechtlichen Risikopotenzialen. Die Konzerngeldwäschebeauftragte, die auch für die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung und als Koordinationsstelle für die Betrugsbekämpfung zuständig ist, ergreift mit ihrer Group Policy entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben, mit Hilfe aktueller Gefährdungsanalysen des Konzerns (Geldwäsche, Betrugsbekämpfung) und mit dem Einsatz modernster Monitoring- und Research-Software, angemessene Maßnahmen gegen Rechts- und Reputationsrisiken. Die Datenschutzbeauftragte überwacht die Einhaltung und Umsetzung der Datenschutzgesetze.

Diese unabhängigen Funktionen sind fachlich unmittelbar dem Vorstand unterstellt. Daher bestehen, wie aufsichtsrechtlich gefordert, aufbau- und ablauforganisatorisch adäquate sowie wirksame interne Kontrollverfahren zur Steuerung und Überwachung der genannten Risiken, insbesondere auch der Reputationsrisiken.

Risikotragfähigkeit

Über ihre Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken stellt die Helaba sicher, dass diejenigen quantifizierbaren wesentlichen Risiken, bei denen im Eintrittsfall eigenkapitalwirksame Verluste entstehen, jederzeit durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt sind und damit die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Vor dem Hintergrund der am 14. August 2009 von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) veröffentlichten MaRisk-Novellierung ist die Risikotragfähigkeitskonzeption der Helaba weiterentwickelt worden.

In die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsrechnung fließen Risikopotenziale für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken, Immobilienprojektierungs- und Beteiligungsrisiken ein. Dabei werden für die Risikoarten mittlere Verlustrisiken und ein interner Kapitalbedarf im Rahmen einer ökonomischen Betrachtung quantifiziert sowie der regulatorische Expected Loss (EL) und der regulatorische Kapitalbedarf unter Anwendung der regulatorischen Bewertungsvorschriften ermittelt. Ein Kapitalabzug aus dem regulatorischen EL-/Wertberichtigungsabgleich findet bei der Quantifizierung von Kern- und Gesamtkapital Berücksichtigung.

Neben der deckungsmassenbasierten Risikotragfähigkeit wird in Bezug auf die Marktpreisrisiken das Ergebnis des regulatorischen Zinsschocks sowie für die Liquiditätsrisiken der Liquiditätshorizont als Ergebnisgröße ausgewiesen.

Neben einem Basisszenario, das die Risikotragfähigkeit zum Berichtsstichtag abbildet, werden die Auswirkungen dreier verschiedener Stressszenarien auf die Risikotragfähigkeit untersucht. Im Rahmen von quantitativen Stressszenarien wird zwischen einem makroökonomischen Stressszenario und einem Szenario extremer Marktverwerfungen unterschieden, deren Basis beobachtete

Marktverwerfungen im Rahmen einer globalen Finanzkrise bilden. In einer qualitativen Stressbetrachtung werden für die einzelnen Risikoarten hypothetische qualitative Stressszenarien definiert und deren Auswirkungen auf die Risikotragfähigkeit untersucht.

Den Risikopotenzialen der jeweiligen Szenarien werden für die Überprüfung der Risikotragfähigkeit unterschiedliche Bestandteile der Risikodeckungsmassen, die in einem mehrstufigen Schema strukturiert sind, gegenübergestellt. Die Risikodeckungsmasse I geht von einem nachhaltigen Betriebsergebnis bezogen auf einen Zeitraum von einem Jahr aus. Die Risikodeckungsmasse II besteht aus dem Aufwand zur Bedienung der stillen Einlagen sowie aus Reserven mit Vorsorgecharakter. Dabei werden auch unterjährig festgelegte Veränderungen der Risikovorsorge berücksichtigt. Die mittleren Verlustrisiken des Basisszenarios werden dem nachhaltigen Betriebsergebnis (Risikodeckungsmasse I) gegenübergestellt. In den Stressbetrachtungen wird zusätzlich die Risikodeckungsmasse II zur Abdeckung der Risiken herangezogen.

Die Risikopotenziale aus dem internen und dem regulatorischen Kapitalbedarf werden jeweils der Summe der regulatorisch anerkannten Eigenmittel zuzüglich der Buchwerte von Abzugskapitalbeteiligungen gegenübergestellt. Diese Deckungsmasse gibt die maximale Höhe der Risikoposition vor, die bei gegebenen Eigenmitteln im Helaba-Konzern eingegangen werden kann, um die Mindestanforderungen nach SolvV zu erfüllen.

Die risikoartenübergreifende Risikotragfähigkeitsbetrachtung für den Konzern weist zum Ende des Jahres 2010 weiterhin eine deutliche Überdeckung der quantifizierten Risikopotenziale durch die bestehenden Risikodeckungsmassen aus und dokumentiert die konservative Risikoeinstellung der Helaba.

Im Basisszenario kann die Abdeckung der mittleren Verlustrisiken komplett durch das nachhaltige Betriebsergebnis erfolgen, es besteht ein zusätzlicher Kapitalpuffer in Höhe von 0,2 Mrd. €. Der Kapitalpuffer gegenüber dem regulatorischen Kapitalbedarf beträgt 3,7 Mrd. €. Gegenüber den ökonomischen Risikopotenzialen im internen Kapitalbedarf besteht ein Kapitalpuffer in Höhe von 4,9 Mrd. €.

Zum Stichtag 31. Dezember 2010 beträgt für die Helaba die regulatorische Gesamtkapitalquote 15,5 % (31. Dezember 2009: 14,9 %) und die Kernkapitalquote liegt bei 10,3 % (31. Dezember 2009: 9,9 %). Auch bei einem simuliertem Eintritt der Stressszenarien befinden sich die von der Helaba erreichten Kapitalquoten deutlich oberhalb der regulatorischen Mindestanforderungen.

Zusätzlich zur Risikodeckungsmasse bestehen weitere Sicherungsmechanismen. Die Helaba ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und ist somit einbezogen in den auf dem Prinzip der Institutssicherung basierenden bundesweiten Haftungsverbund zwischen der Sicherungsreserve, den regionalen Sparkassenstützungsfonds und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen. Wesentliche Merkmale dieses Sicherungssystems sind die institutsichernde Wirkung, das heißt der Schutz der angeschlossenen Institute in ihrem Bestand, insbesondere von deren Liquidität und Solvenz, ein Risikomonitoringsystem zur Früherkennung von besonderen Risikolagen und die risikoorientierte Bemessung der vom jeweiligen Institut an die Sicherungseinrichtung zu leistenden Beiträge. Auch die rechtlich unselbstständige Landesbausparkasse Hessen-Thüringen und die Tochtergesellschaft Frankfurter Sparkasse sind direkt an diesem Sicherungssystem beteiligt.

Darüber hinaus gehören satzungsrechtlich die Helaba und die Frankfurter Sparkasse dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen als Mitglieder an. Der Reservefonds gewährleistet im Haftungsfall eine weitere, neben dem bundesweiten Haftungsverbund bestehende Sicherung und räumt Gläubigern der angeschlossenen Institute ein unmittelbares, betragsmäßig unbegrenztes Forderungsrecht ein. Das Gesamtvolumen des Fonds beläuft sich auf 5 ‰ der gemäß SolvV gewichteten aufsichtsrechtlichen Risikoaktiva der angeschlossenen Institute. Er ist Ende 2010 mit ca. 530 Mio. € dotiert. Bis zur vollständigen Einzahlung des Gesamtvolumens hat der SGVHT die Haftung für die Zahlung des Differenzbetrags zwischen tatsächlicher Dotierung und Gesamtvolumen übernommen.

Für das Förderinstitut Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank), das im Jahr 2009 aus der Verschmelzung der Investitionsbank Hessen auf die LTH – Bank für Infrastruktur entstanden und rechtlich als unselbstständige Anstalt in der Helaba organisiert ist, besteht zudem unmittelbare Gewährträgerhaftung des Landes Hessen.

Adressenausfallrisiken

Das Kreditgeschäft stellt ein wesentliches Kerngeschäft der Helaba dar. Entsprechend sind das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie die Kontrolle und Steuerung dieser Risiken Kernkompetenzen der Helaba. Sowohl durch die Weiterentwicklung des Marktumfeldes als auch durch neue Entwicklungen im regulatorischen Umfeld der Kreditinstitute ergeben sich permanent neue Herausforderungen für die interne Steuerung der Adressenausfallrisiken, die eine konsequente Überprüfung der bestehenden Verfahren erfordern.

Als Basis hierfür dient eine umfassende, aus der Geschäftsstrategie abgeleitete einheitliche Risikostrategie, die in Anlehnung an die MaRisk verbindlich festgelegt wurde. In der Kreditrisikostategie wird für alle Geschäftssegmente die Risikoneigung differenziert nach Produkten, Kundensegmenten und Risikoklassen definiert. Die Kreditrisikostategie wird jährlich überprüft und mit dem weiteren Ausbau der aktiven Kredit-Portfolio-Steuerung sukzessive weiterentwickelt. Darüber hinaus wird der Umgang mit Adressenausfallrisiken durch detaillierte portfoliospezifische Lending Policies und unterjährige Risikobegrenzungsstrategien geregelt.

Basel II

Mit der Regelung der angemessenen Eigenkapitalausstattung (Basel II/EU-Capital Requirements Directive) wurden im Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht und parallel in der EU weitreichende Bankregulierungsvorschriften eingeführt, die mit der SolvV in Deutschland umgesetzt worden sind. Im Rahmen der Umsetzung von Basel III (CRD II–IV) sind neue regulatorische Anforderungen umzusetzen. Die Helaba wendet den Basisansatz für interne Ratings gemäß Basel II/SolvV an. Es ist beabsichtigt, mittelfristig auf den fortgeschrittenen Ansatz für interne Ratings zu wechseln.

Mit den internen Rating-Verfahren (Ausfall-Rating) für das Kreditportfolio, dem Sicherheitenverwaltungssystem, der Credit Loss Database, die zur Erfassung und Analyse des Ausfallportfolios und der Einzelwertberichtigungen dient, sowie einem zentralen Risiko-Datenpool sind die Regelungen nach Basel II/SolvV Bestandteil der Verfahren und Systeme in der Helaba. Zudem sind die Regelungen in den Prozessen der Helaba umgesetzt.

Risikoüberwachung mit dem Global-Limit-System

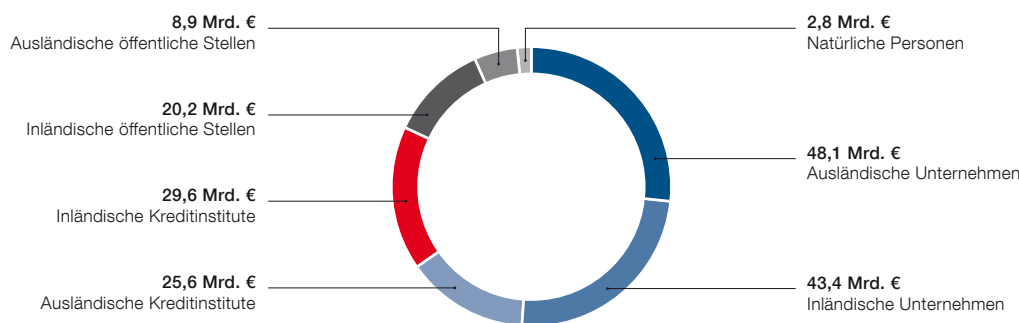
Die Helaba verfügt über ein Global-Limit-System, in dem zeitnah sämtliche kontrahentenbezogenen Adressenausfallrisiken strukturiert und transparent aufbereitet werden. Die Überwachung obliegt dem Bereich Kreditrisiko- und Konzerncontrolling. Die Kontrahentenlimite orientieren sich sowohl an der Bonität (Rating) der Kontrahenten als auch an der Risikotragfähigkeit der Bank.

Zur Überwachung, Begrenzung und Steuerung von Adressenausfallrisiken werden im Global-Limit-System kreditnehmerbezogene Gesamtlime auf Konzern-Ebene erfasst. Auf diese Gesamtlime werden alle Arten von Krediten gemäß § 19 Abs. 1 KWG, sowohl aus Handels- als auch aus Bankbuchaktivitäten, gegenüber den Kreditnehmern angerechnet. Separat zu bewilligende Vorleistungs- und Abwicklungsrisiken aus Devisen- und Wertpapiergeschäften werden unabhängig von ihrer Zuordnung zum Handels- oder Bankbuch in voller Höhe auf Limite für Settlement-Risiken angerechnet.

Die bewilligten Gesamtlime werden entsprechend der Beschlussvorlage auf Einzelkreditnehmer, Produktarten und die betroffenen operativen Unternehmensbereiche allokiert. Die Ausnutzung der einzelnen Limite wird täglich überwacht; bei etwaigen Limitüberschreitungen werden umgehend die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

In Grafik 1 ist das Gesamtkreditvolumen per 31. Dezember 2010, das sich aus Kreditinanspruchnahmen und nicht genutzten zugesagten Kreditlinien zusammensetzt, des Helaba-Einzelinstituts in Höhe von 178,5 Mrd. €, aufgeteilt nach Kundengruppen, dargestellt.

Gesamtkreditvolumen nach Kundengruppen
(Grafik 1)



Die Anrechnung von Swaps, Termingeschäften und Optionen auf das Gesamtlimit erfolgt mit den – gemäß der Groß- und Millionenkreditverordnung (GroMiKV) ermittelten – Kreditäquivalenzbeträgen. Alle weiteren Handelsbuchpositionen (z. B. Geldhandel, Wertpapiere) werden mit Marktpreisen bewertet.

Ergänzend werden unter „Sonstigen wirtschaftlichen Risiken“ Sekundärrisiken, z. B. aus Leasing-engagements (Leasingnehmer), erhaltene Bürgschaften und Garantien oder Exporteurrisiken beim jeweiligen Risikoträger erfasst.

Bonitäts-/Risikobeurteilung

Die Helaba verfügt über gemeinsam mit dem DSGV (nationale Immobilienfinanzierungen und Firmenkunden) beziehungsweise anderen Landesbanken (internationale Immobilienfinanzierungen, Projekt-, Schiffs- und Flugzeugfinanzierungen, Leveraged Finance-Transaktionen, Leasingfinanzierungen, Banken, Versicherungen, Corporates, Länder- und Transferrisiken sowie internationale Gebietskörperschaften) entwickelte interne Rating-Systeme. Daneben wurde für Verbriefungen von Darlehens- und Handelsforderungen sowie für Commodity Trade-Transaktionen ein eigenes Einstufungsverfahren entwickelt. In diesen Rating-Verfahren werden die Kreditnehmer beziehungsweise Transaktionen einer Rating-Klasse zugeordnet, der über eine einheitliche 25-stufige Skala eine Einjahres-Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) zugewiesen wird (Ausfall-Rating).

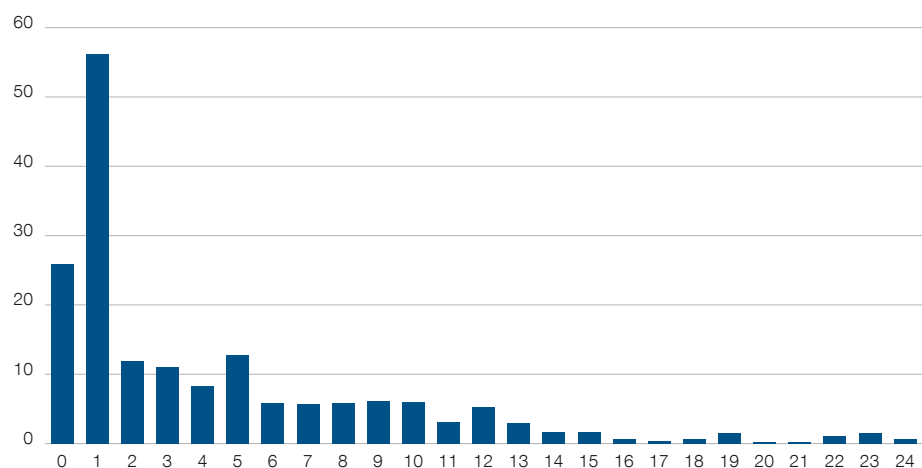
Da die Ermittlung der kunden- beziehungsweise transaktionsspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) allein noch keine Einschätzung der Verlustrisikopotenziale eines Geschäftes ermöglicht, werden danach weitere relevante risikomindernde beziehungsweise -erhöhende Faktoren des jeweiligen Kreditgeschäftes (insbesondere Restlaufzeit, Besicherung, Rangigkeit der Finanzierung) betrachtet. Die Bank hat dafür ergänzend zum Ausfall-Rating ein Risiko-Rating entwickelt, mit dem segmentübergreifend ein Vergleich des Risikogehalts von Geschäften ermöglicht wird. Das Risiko-Rating bildet näherungsweise den erwarteten Verlust (Expected Loss, EL) ab. Dazu werden ausgehend vom Ausfall-Rating die EL-relevanten Anpassungen zur Bestimmung des Risiko-Ratings vorgenommen.

In Grafik 2 ist das Gesamtkreditvolumen des Helaba-Einzelinstituts in Höhe von 178,5 Mrd. € nach dem Risiko-Rating aufgeteilt.

Gesamtkreditvolumen nach Risiko-Rating-Klassen

(Grafik 2)

in Mrd. €



Sicherheiten

Neben der Bonität der Kreditnehmer beziehungsweise der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (beziehungsweise allgemeine Risikominderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Sicherheiten werden nach den Beleihungsgrundsätzen der Bank bewertet. Im Rahmen des Überwachungsverfahrens wird die Bewertung angepasst, wenn sich bewertungsrelevante Faktoren ändern.

Das Sicherheitenverwaltungssystem der Helaba bietet die Voraussetzungen, um die umfassenden Möglichkeiten zur Berücksichtigung eigenkapitalentlastender Kreditrisikominderungstechniken nach Basel II/SolvV ausschöpfen zu können. Es genügt den umfangreichen und komplexen Anforderungen an die Nutzung, Abbildung und Anerkennung von „klassischen“ Kreditsicherheiten (insbesondere Grundpfandrechte auf Immobilien, Garantien und Bürgschaften, Verpfändungen und Abtretungen von Forderungen und Wertpapierpositionen, Registerpfandrechte auf Schiffe und Flugzeuge), die im Basisansatz für interne Ratings gestellt werden. Das Sicherheitenverwaltungssystem stellt seinen Datenbestand dem zentralen Risiko-Datenpool bereit, der wiederum die Prüfung und Verteilung der anrechenbaren Sicherheitenwerte auf die besicherten Risikopositionen durchführt.

Länderrisiken

Das Länderrisiko besteht aus Transfer-, Konvertierungs- und Eventrisiken (z. B. Lieferrisiken). Die Helaba verfügt über eine am wirtschaftlichen Risikoträger orientierte Methodik zur internen Länderrisikobemessung und -zuordnung. Das Länderrisikosystem dient als zentrales Instrument zur vollständigen, zeitnahen, risikogerechten und transparenten Erfassung, Überwachung und Steuerung der Länderrisiken. In die Steuerung der Länderrisiken sind sämtliche Kredit- und Handelsbereiche der Helaba einschließlich der Tochtergesellschaften Helaba Dublin, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG einbezogen. Das gesamte Länderrisiko – ohne Länder der Eurozone – darf das Sechsfache des haftenden Eigenkapitals der Helaba-Institutsguppe nicht überschreiten. Die Ausnutzung zum 31. Dezember 2010 belief sich auf weniger als das Dreifache der haftenden Eigenmittel.

Länderlimite werden für alle Länder mit Ausnahme der Länder der Eurozone (bis auf Griechenland, Malta, Portugal, Irland, Zypern, Slowenien und Slowakei) und weiterer insbesondere unter Transfer- risikogesichtspunkten erstklassiger Länder (zurzeit Schweiz, Großbritannien, USA, Dänemark, Schweden, Norwegen, Kanada) festgelegt. Das einem Land zugestandene Gesamtlimit wird unterteilt in ein Kredit- und ein Handelslimit. Zusätzlich werden die Länderrisiken für langfristige Geschäfte durch Unterlimite begrenzt.

Das interne Rating-Verfahren für Länder- und Transferrisiken unterscheidet 25 mögliche Länder-Rating-Klassen nach der bankweit einheitlichen Masterskala. Alle Einstufungen werden mindestens jährlich von der Abteilung Volkswirtschaft/Research im Bereich Vorstandsstab und Konzernstrategie überprüft (Erstvotum). Veränderungen der politischen oder wirtschaftlichen Lage eines Landes aufgrund aktueller Ereignisse führen auch unterjährig zu einer außerplanmäßigen Überprüfung der Einstufung. Auf der Basis dieser Länder-Ratings werden dem Länderlimit-Ausschuss, dem mit dem Auslandsgeschäft befasste Leitungsfunktionsträger angehören, Vorschläge für Länderlimite unterbreitet. Der Länderlimit-Ausschuss führt diese vorwiegend volkswirtschaftlich fundierten Vorschläge mit bankspezifischen, geschäftspolitischen und risikomethodischen Überlegungen zu einem Gesamturteil zusammen, auf dessen Basis der Bereich Marktfolge Kredit das Zweitvotum als

abschließenden Limitvorschlag für den Vorstand abgibt. Der Vorstand setzt – unter Berücksichtigung der Voten und der Risikogruppierung – Limite für die einzelnen Länder fest.

Die in den Länderrisikogruppen jeweils zulässigen Geschäftsarten sind in einer Matrix festgelegt. In Abhängigkeit von der jeweiligen Risikogruppe umfasst diese Matrix neben den Kredit- und Wertpapiergeschäften auch die verschiedenen Formen der Kapitalmarktfinanzierungen, Geld- und Devisenhandelsgeschäfte sowie den Handel mit Derivaten. Abgestuft nach der Risikogruppe nehmen die Geschäftsmöglichkeiten ab. Für Länder mit den schlechtesten Rating-Klassen hat die Bank keine Länderlimite vorgesehen.

Das Länderrisiko des Helaba-Einzelinstituts in Höhe von 50,8 Mrd. € konzentriert sich regional vorwiegend auf Europa (81,6 %) und Nordamerika (7,8 %). Es ist per 31. Dezember 2010 zu 91,6 % der Länder-Rating-Klasse 0 zugeordnet. Weitere 7,3 % werden in den Rating-Klassen 1–9 generiert. Lediglich 0,1 % ist mit Rating-Klasse 14 und schlechter geratet.

Die Zuordnung der einzelnen Länderrisikopositionen erfolgt grundsätzlich nach dem Domizilprinzip. Allerdings wird dieses Prinzip, das auf das Sitzland des Kreditnehmers abstellt, aus wirtschaftlichen Gründen modifiziert. Unter bestimmten Voraussetzungen wird das Risiko auf das Sitzland der Konzernmutter, des Leasingnehmers oder bei Cash-flow-Konstruktionen und bei Berücksichtigung von Sicherheiten auf das Land des wirtschaftlichen Risikoträgers übertragen.

Bewilligungsverfahren

Das Bewilligungsverfahren der Bank garantiert, dass Kreditrisiken nicht ohne vorherige Genehmigung eingegangen werden. Nach der Geschäftsanweisung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Verwaltungsrates beziehungsweise eines seiner Ausschüsse; unter diesen Betragsgrößen liegende Engagements werden abgestuft nach Kompetenzen (Vorstand, Mitarbeiter) genehmigt. Grundlage für Kreditgenehmigungen bilden detaillierte Risiko-beurteilungen. Bestandteil der Kreditvorlagen sind entsprechend der MaRisk im so genannten risikorelevanten Geschäft immer zwei voneinander unabhängige Voten durch den zuständigen Marktbereich sowie den Bereich Marktfolge Kredit.

Ergänzt wird das Verfahren durch aus der Risikotragfähigkeit der Bank abgeleitete Konzentrationslimite, die abgestuft nach Ausfall-Rating-Klassen der wirtschaftlichen Kreditnehmereinheit die Engagements zusätzlich begrenzen. Außerdem sind alle Kredite mindestens einmal innerhalb von zwölf Monaten zu überwachen. Ein tägliches Überziehungsmanagement wird unter anderem durch das Global-Limit-System gewährleistet, das alle Kredite (Linien und Inanspruchnahmen) des engen Konzernkreises pro Kreditnehmereinheit zusammenführt.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

Die Quantifizierung von erwarteten und unerwarteten Adressenausfallrisiken erfolgt über den zentralen Risiko-Datenpool. Erwartete Adressenausfallrisiken werden in Form des erwarteten Verlustes (Expected Loss) einzelgeschäftlich kalkuliert. Die Berechnung erfolgt für regulatorische Zwecke auf der Basis der internen Rating-Verfahren und regulatorischer LGD. Zur Abdeckung unerwarteter Verluste wird das gemäß SolvV vorzuhaltende Eigenkapital einzelgeschäftlich ermittelt und sowohl in der Einzelgeschäftssteuerung als auch in der Risikokapitalsteuerung zum Ansatz gebracht.

Darüber hinaus erfolgt in der internen Steuerung eine verfeinerte Quantifizierung unerwarteter Verluste aus Adressenausfallrisiken durch Berücksichtigung intern geschätzter LGD-Parameter. Die entsprechend quantifizierten erwarteten und unerwarteten Verluste werden verschiedenen Szenariobetrachtungen unterworfen, um Auswirkungen entsprechender Stresssituationen aufzuzeigen.

Kreditrisikoprozesse und Organisation

Die MaRisk enthalten differenzierte Regelungen zur Organisation des Kreditgeschäftes sowie zu den Kreditprozessen und zur Ausgestaltung der Verfahren zur Identifizierung, Überwachung und Steuerung der Risiken im Kreditgeschäft.

Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft hat der Vorstand in gesonderten Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft festgelegt.

Risikovorsorge

Für Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Erfassung und Fortschreibung der Einzelwertberichtigungen erfolgt in der Credit Loss Database, die als zentrale Datei für ausfallgefährdete Engagements dient.

Marktpreisrisiken

Risikosteuerung

Integriert in die Gesamtbanksteuerung erfolgt die Steuerung von Marktpreisrisiken in der Helaba für das Handelsbuch und das Bankbuch. Klar definierte Verantwortlichkeiten und Geschäftsprozesse schaffen die Voraussetzungen für deren effektive Begrenzung und Steuerung. In Abhängigkeit der Geschäftstätigkeit und des Kapitalanteils der Helaba werden die Tochtergesellschaften im Rahmen des gruppenweiten Risikomanagements in abgestufter Weise in den Steuerungsprozess einbezogen.

Die Bank betreibt im Rahmen ihrer Handelstätigkeit als wesentliche Handelsformen Kundenhandel, Eigenhandel und Fristentransformation. Die Steuerung der Positionen des Handelsbuches liegt in der Verantwortung des Bereichs Kapitalmärkte. Dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung obliegt die Steuerung des Bankbuches, das sich in erster Linie aus Positionen der Aktiv-/Passivsteuerung sowie strategischen Positionsnahmen und dem Überhang der unverzinslichen Mittel zusammensetzt. Zusätzlich verantwortet der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung den Rückflussbestand eigener Emissionen.

Limitierung von Marktpreisrisiken

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken verwendet die Helaba eine einheitliche Limitstruktur. In den Prozess zur Allokation der Limite ist neben den internen Gremien der Bank auch der Kreditausschuss des Verwaltungsrates eingebunden. Dieser genehmigt das Gesamtlimit für Marktpreisrisiken, das vom Vorstand auf Basis der Risikotragfähigkeit der Bank vorgeschlagen wird. Die Vorbereitung dieser Entscheidung erfolgt durch den Risikoausschuss.

Im Rahmen des für Marktpreisrisiken festgelegten Gesamtlimits allokiert der Vorstand über den Dispositionsausschuss Limite auf die risikonehmenden Geschäftsbereiche sowie auf die einzelnen Marktpreisrisikoarten. Zusätzlich erfolgt hier eine separate Limitierung für das Handelsbuch und

das Bankbuch. Die Suballokation von Limiten auf untergeordnete Organisationseinheiten sowie die einzelnen Standorte der Helaba liegt in der Verantwortung der mit einem Limit ausgestatteten Geschäftsbereiche. In den Handelsbereichen werden ferner Stop-Loss-Limite sowie Volumenlimite zur Begrenzung von Marktpreisrisiken eingesetzt.

Das Marktpreisrisikogesamtlimit wurde im Berichtsjahr stets eingehalten. Genauso gab es keine Limitüberschreitungen auf den Hauptaggregationsstufen Handels- und Bankbuch sowie für die einzelnen Marktpreisrisikoarten.

Risikoüberwachung

Die Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von Marktpreisrisiken liegt in der Verantwortung des Bereichs Risikocontrolling Handel. Hierzu gehören neben der Risikomessung auch die Überprüfung der Geschäfte auf Marktkonformität und die Ermittlung des betriebswirtschaftlichen Ergebnisses. Zusätzlich wird die Überleitungsrechnung zum externen Rechnungswesen erstellt.

Die kontinuierliche Weiterentwicklung der eingesetzten Verfahren und Systeme trägt wesentlich zur adäquaten Erfassung der Marktpreisrisiken in der Helaba bei. Bei der Einführung neuer Produkte ist ein durch den „Ausschuss Neue Produkte“ verankerter Prozess zu durchlaufen. Die Autorisierung eines neuen Produktes setzt die korrekte Verarbeitung in den benötigten Systemen zur Positionserfassung, Abwicklung, Ergebnisermittlung, Risikomessung sowie für das Rechnungswesen und Meldewesen voraus.

Im Rahmen eines umfassenden Reportings werden die zuständigen Vorstandsmitglieder sowie die positionsführenden Stellen täglich über die ermittelten Risikozahlen und die erzielten betriebswirtschaftlichen Ergebnisse auf Basis aktueller Marktpreise unterrichtet. Zusätzlich erhalten wöchentlich der Gesamtvorstand und der Dispositionsausschuss sowie monatlich der Risikoausschuss Informationen über die aktuelle Risiko- und Ergebnissituation. Etwaige Überschreitungen der festgelegten Limite setzen den Eskalationsprozess zur Begrenzung und Rückführung der Risiken in Gang.

Quantifizierung von Marktpreisrisiken

Die Quantifizierung der Marktpreisrisiken erfolgt mit Hilfe eines Money-at-Risk-Ansatzes, der durch Stresstests und Sensitivitätsanalysen ergänzt wird. Das Money-at-Risk (MaR) gibt die Obergrenze für den potenziellen Verlust eines Portfolios oder einer Position an, die aufgrund von Marktschwankungen innerhalb einer vorgegebenen Haltedauer mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Für jede der Marktpreisrisikoarten (Zinsen, Aktien und Devisen) werden in der Helaba Risikomesssysteme auf Basis gleicher statistischer Parametrisierungen eingesetzt, um eine Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Risikoarten zu gewährleisten. Gleichzeitig wird dadurch die Aggregation der Risikoarten zu einem Gesamtrisiko ermöglicht. Das Gesamtrisiko basiert auf der Annahme des simultanen Eintretens der einzelnen Verluste. Dabei stellt der mit Hilfe der Risikomodelle ermittelte MaR-Betrag ein Maß für den maximalen Verlust dar, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % auf Basis des zugrunde gelegten historischen Beobachtungszeitraums von einem Jahr bei einer Haltedauer der Position von zehn Handelstagen nicht überschritten wird.

Grafik 3 enthält eine Stichtagsbetrachtung der insgesamt eingegangenen Marktpreisrisiken (inklusive Korrelationseffekten zwischen den Portfolien) zum Jahresultimo 2010 sowie eine Aufteilung nach Handels- und Bankbuch. Den größten Anteil an den Marktpreisrisikoarten hat das lineare Zinsänderungsrisiko. Für das Gesamtportfolio des engen Konzernkreises (Helaba-Einzelinstitut inkl. Tochtergesellschaften Helaba Dublin, Frankfurter Sparkasse und Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz AG) entfallen beim linearen Zinsänderungsrisiko 74 % auf Positionen in Euro und 16 % auf Positionen in US-Dollar. Im Aktienbereich des Handels stehen im DAX und DJ Euro Stoxx 50 notierte Werte im Fokus. Den Schwerpunkt im Währungsrisiko bilden Positionen in US-Dollar, Schweizer Franken, Japanischen Yen und Britischen Pfund.

Konzern-MaR nach Risikoarten zum Jahresultimo (31.12.)

(Grafik 3)

in Mio. €

	Gesamtrisiko		Zinsänderungsrisiko		Währungsrisiko		Aktienrisiko	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Gesamt	65,6	71,8	57,3	64,4	0,9	1,5	7,4	5,9
Handelsbuch	16,9	28,2	16,1	25,0	0,4	0,8	0,4	2,4
Bankbuch	60,8	57,6	52,5	51,8	1,0	1,0	7,3	4,8

Allen Risikomesssystemen liegt ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz oder eine Monte-Carlo-Simulation zugrunde. Letztere ist insbesondere für die Abbildung komplexer Produkte und Optionen vorteilhaft. Nichtlineare Risiken im Devisenbereich sind in der Helaba von untergeordneter Bedeutung. Sie werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen überwacht.

Die kontinuierliche fachliche und technische Weiterentwicklung der Risikomesssysteme sowie der zugehörigen Schnittstellen gewährleistet eine permanent hohe Qualität der Risikomessung. Auch eine intensive Marktdatenpflege sowie die regelmäßige Überprüfung der Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen leisten hierzu einen wesentlichen Beitrag.

Internes Modell gemäß Solvabilitätsverordnung

Zur Berechnung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarfs für das allgemeine Zinsänderungsrisiko verfügt die Helaba über ein von der Bankenaufsicht anerkanntes Internes Modell gemäß SolvV, das sich aus den Risikomesssystemen MaRC² (lineares Zinsrisiko) und ELLI (Zinsoptionsrisiko) zusammensetzt. Neben Swap-, Government- und Pfandbriefkurve werden zusätzlich rating-abhängige Zinskurven zur Bewertung innerhalb der linearen Risikomessung eingesetzt.

Marktpreisrisiken im Handelsbuch

Die Berechnung aller Marktpreisrisiken erfolgt täglich auf Basis der Tagesendposition des vorangegangenen Handelstages und der aktuellen Marktparameter. Die Helaba verwendet auch für die interne Risikosteuerung die aufsichtsrechtlich vorgegebene Parametrisierung. In Grafik 4 ist das MaR des Handelsbuches (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Dublin) für das Geschäftsjahr 2010 dargestellt. Im Gesamtjahr 2009 betrug das durchschnittliche MaR 20,0 Mio. €, der maximale Wert 26,5 Mio. € und der minimale Wert 13,1 Mio. €.

Tägliches MaR des Handelsbuches im Geschäftsjahr 2010

(Grafik 4)



Zur Ermittlung konsolidierter MaR-Beträge für den Konzern stellen die ausländischen Niederlassungen der Helaba sowie die Tochtergesellschaft in Dublin, die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG und die Frankfurter Sparkasse der Konzernzentrale in einem Bottom-up-Verfahren die aktuellen Geschäftsdaten aus den positionsführenden Systemen zur Verfügung. In einem Top-down-Verfahren werden umgekehrt die Marktparameter einheitlich bereitgestellt. Dies ermöglicht neben der Risikomessung in der Konzernzentrale auch die dezentrale Risikomessung an den Standorten.

Grafik 5 zeigt die durchschnittlichen täglichen MaR-Beträge für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Dublin).

Durchschnittliches MaR für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2010

Anzahl der Handelstage: 253

(Grafik 5)

o MaR in Mio. €

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Gesamt
Zinsänderungsrisiko	20,3	19,1	16,5	14,8	17,6
Währungsrisiko	0,7	0,6	1,0	1,0	0,9
Aktienrisiko	3,0	1,6	0,9	0,8	1,6
Gesamtrisiko	24,0	21,3	18,4	16,6	20,1

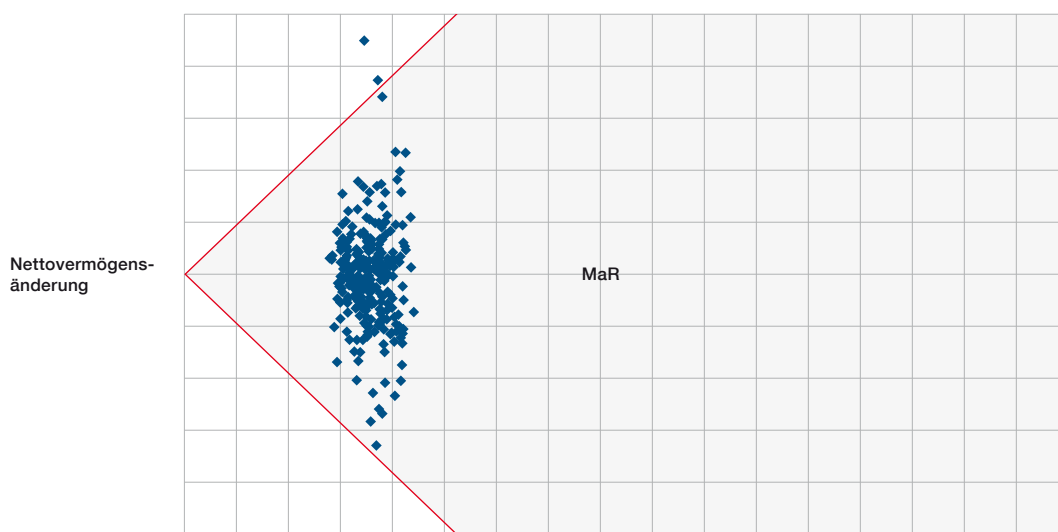
Backtesting

Zur Überprüfung der Prognosequalität der Risikomodelle wird täglich für alle Risikoarten ein Clean Backtesting durchgeführt. Hierbei wird der MaR-Betrag bei einer Haltedauer von einem Handelstag, einem einseitigen 99 %-Konfidenzniveau sowie einem historischen Beobachtungszeitraum von einem Jahr ermittelt. Dieser prognostizierte Risikobetrag wird der hypothetischen Nettovermögensänderung gegenübergestellt. Die hypothetische Nettovermögensänderung stellt die Wertänderung des Portfolios über einen Handelstag bei unveränderter Position und Zugrundelegung neuer Marktpreise dar. Ein Backtesting-Ausreißer liegt vor, wenn die Nettovermögensminderung den potenziellen Risikobetrag übersteigt.

In Grafik 6 ist das Backtesting für das Handelsbuch (Helaba-Einzelinstitut inklusive Tochtergesellschaft Helaba Dublin) über alle Marktpreisrisikoarten im Geschäftsjahr 2010 dargestellt. Es traten keine negativen Ausreißer auf. Positive Überschreitungen wurden zwei beobachtet.

Backtesting für das Handelsbuch im Geschäftsjahr 2010

(Grafik 6)



Im Internen Modell für das allgemeine Zinsänderungsrisiko, das aus den Modellkomponenten MaRC² und ELLI besteht, traten im Jahr 2010 keine negativen Ausreißer auf.

Stresstestprogramm

Die Analyse der Auswirkungen außergewöhnlicher, aber realistischer Marktsituationen erfordert neben der täglichen Risikomessung den Einsatz von Stresstests. Für verschiedene Portfolios erfolgt regelmäßig eine Neubewertung auf Basis extremer Marktsituationen. Die Auswahl der Portfolios orientiert sich, soweit nicht durch aufsichtsrechtliche Vorgaben explizit gefordert, an der Höhe des Exposures (Materialität) und etwaiger Risikokonzentrationen. Für das Optionsbuch der Helaba werden täglich Stresstests durchgeführt. Die Ergebnisse der Stresstests sind in das Reporting über Marktpreisrisiken an den Vorstand integriert und werden im Rahmen des Limitallokationsprozesses berücksichtigt.

Als Instrumentarien stehen die historische Simulation, die Monte-Carlo-Simulation, ein modifizierter Varianz-Kovarianz-Ansatz sowie verschiedene Szenariorechnungen – unter anderem auf Basis der Hauptkomponenten der Korrelationsmatrix – zur Verfügung. Des Weiteren führt die Helaba auch Stresstests zur Simulation extremer Spreadänderungen durch. Wie bereits in den Vorjahren beteiligte sich die Helaba an einer Erhebung der Deutschen Bundesbank zur Analyse von Auswirkungen extremer Marktwertänderungen auf das Handels- und Bankbuch. Diese Stresstests orientieren sich an den Szenarien des FSAP (Financial Sector Assessment Program) des Internationalen Wäh-

rungsfonds (IWF). Risikoartenübergreifende Stresstests im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung der Helaba ergänzen die Stresstests für Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiken im Bankbuch

Zur Quantifizierung der Marktpreisrisiken im Bankbuch setzt die Helaba den für das Handelsbuch verwendeten MaR-Ansatz ein. Die mit Hilfe dieses Ansatzes ermittelten Risikozahlen werden durch täglich erstellte Fristenablaufbilanzen ergänzt, aus denen die Laufzeitstruktur der Positionsnahmen erkennbar ist. Regelmäßige Stresstests mit Haltedauern zwischen zehn Tagen und zwölf Monaten flankieren die tägliche Bankbuch-Risikomessung.

Die Zinsänderungsrisiken im Bankbuch der Helaba setzen sich aus Positionen der Aktiv-/Passivsteuerung sowie den strategischen Positionsnahmen des Dispositionsausschusses und dem Überhang der unverzinslichen Mittel zusammen. Die Quantifizierung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch ist auch Bestandteil der Anforderungen nach Basel II. Dort wird eine Risikoberechnung auf Basis standardisierter Zinsschocks gefordert. Bei der Umsetzung in nationales Recht gibt die deutsche Bankenaufsicht einen Anstieg der Zinskurve um 130 Basispunkte beziehungsweise eine Senkung um 190 Basispunkte vor. Ein derartiger Zinsschock würde für den Helaba-Konzern zum Jahresultimo 2010 zu einer negativen Wertveränderung im Bankbuch von 77,4 Mio. € führen (31. Dezember 2009: 19,4 Mio. €). Die Untersuchungen eines Zinsschocks führt die Helaba mindestens vierteljährlich durch.

Performance-Messung

Zur Beurteilung des Erfolgs einzelner Organisationseinheiten führt die Bank regelmäßig Risk-Return-Vergleiche durch. Dabei wird die erzielte Performance zum durchschnittlichen MaR in Beziehung gesetzt. Da jedoch die kurzfristige Gewinnerzielung nicht das alleinige Ziel der Handelsstellen ist, werden zur Beurteilung weitere, auch qualitative Faktoren herangezogen.

Liquiditätsrisiken

Die Sicherung der Liquidität besitzt für die Helaba erste Priorität. Entsprechend steht für die Erfassung, Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die bestehenden Prozesse, Instrumente und Verantwortlichkeiten für das Management der Liquiditätsrisiken haben sich auch in den vergangenen Jahren im Rahmen der globalen Finanzmarktkrise und den daraus resultierenden Verwerfungen an den Geld- und Kapitalmärkten bewährt. Die Liquidität der Helaba war auch im Jahr 2010 jederzeit vollumfänglich gesichert.

Für 2011 steht die Weiterentwicklung des Liquiditätsmanagements in Bezug auf die Erfüllung der neuen aufsichtsrechtlichen Vorgaben aus Basel III und den neuen MaRisk an. Der Aufbau des für die Erfüllung der kurzfristigen Liquiditätsanforderungen nach Basel III notwendigen, hochliquiden Wertpapierbestandes soll daher sukzessive, bereits beginnend im Jahr 2011, erfolgen.

Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko

Die Bank unterscheidet bei der Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen und dem strukturellen Liquiditätsmanagement. Die Gesamtverantwortung obliegt dem Bereich Aktiv-/Passivsteuerung. Während der Geldhandel die tägliche Zahlungsfähigkeit steuert, ist der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung im Rahmen der strukturellen Liquiditätssteuerung für die Refinanzierung des Kreditneugeschäftes unter Beachtung einer ausgewogenen mittel- und langfristigen Liquiditätsstruktur verantwortlich. Die zentrale Steuerung der liquiden Sicherheiten (Collateral-Management) erfolgt ebenfalls durch die Aktiv-/Passivsteuerung.

Der Bereich Risikocontrolling Handel berichtet täglich über die kurzfristige Liquiditätssituation an die relevanten Leitungsfunktionsträger und monatlich im Risikoausschuss über die insgesamt eingegangenen Liquiditätsrisiken. Die Berichterstattung beinhaltet zudem verschiedene Stressszenarien wie verstärkte Ziehungen aus Liquiditätslinien, keine Verfügbarkeit von Interbankenliquidität an den Finanzmärkten und die Auswirkung einer signifikanten Rating-Herabstufung auf die Helaba. Die Stressszenarien umfassen sowohl institutseigene als auch marktweite Ursachen. Zudem werden inverse Stresstests durchgeführt. Für extreme Marktsituationen sind Ad-hoc-Berichts- und -Entscheidungsprozesse eingerichtet.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität unterhält die Helaba einen hochliquiden Bestand an Wertpapieren, der bei Bedarf zur Liquiditätsgenerierung eingesetzt werden kann. Die aktuelle Liquiditätssituation wird mittels eines kurzfristigen Liquiditätsstatus gesteuert. In ihm werden täglich die zu erwartenden Liquiditätsanforderungen für die nächsten 250 Handelstage der verfügbaren Liquidität aus dem liquiden Wertpapierbestand gegenübergestellt. Die verfügbare Liquidität wird konservativ unter Berücksichtigung von Abschlägen ermittelt, um auch unerwartete Marktentwicklungen einzelner Wertpapiere abdecken zu können. Wertpapiere, die zu Sicherungszwecken im Collateral Management verwendet werden und damit belegt sind, werden dem liquiden Wertpapierbestand nicht zugerechnet. Maßgebliche Währungen im Hinblick auf die kurzfristige Liquidität ist für die Helaba in erster Linie der Euro, gefolgt vom US-Dollar.

Das Konzept des kurzfristigen Liquiditätsstatus ist so gewählt, dass verschiedene Szenarien abgebildet werden. Je nach Szenario erfolgt die Limitierung von 30 Tagen bis hin zu einem Jahr. Die Überwachung der Limite obliegt dem Bereich Risikocontrolling Handel. Die Auslastung des Szenarios mit der größten Relevanz beträgt zum Bilanzstichtag 40 %. Die durchschnittliche Auslastung liegt im Jahr 2010 bei 41 %. Limitüberziehungen liegen im gesamten Berichtszeitraum nicht vor.

Die operative Gelddisposition zur Sicherung der kurzfristigen Liquidität erfolgt im Geldhandel über Mittelaufnahmen/-anlagen im Geldmarkt (Interbanken- und Kundengeschäft, Commercial Paper) und Lombardfazilitäten bei der Europäischen Zentralbank (EZB).

Die zentral in einer Datenbank erfassten außerbilanziellen Kredit- und Liquiditätszusagen werden regelmäßig hinsichtlich ihres Ziehungspotenzials und liquiditätsrelevanter Besonderheiten untersucht und in das Liquiditätsmanagement integriert. Ebenfalls werden Avale (Bürgschaften und Garantien) untersucht. In Abhängigkeit von der internen Risikoklassifikation werden Liquiditätskosten berechnet und den verantwortlichen Fachbereichen zugewiesen. Die zu bevorratende Liquidität wird seit dem Jahr 2002 mittels einer Szenariorechnung, die insbesondere auch eine

Marktstörung unterstellt, kalkuliert und vorab disponiert. Backtesting-Untersuchungen haben gezeigt, dass während der letzten Jahre der Finanzmarktkrise jederzeit mehr Liquidität bevorratet als tatsächlich gezogen wurde.

Für die von der Helaba initiierte Verbriefungsplattform waren zum Bilanzstichtag 1,2 Mrd. € an Liquiditätszusagen abgerufen. Das ist ein Anstieg um 0,3 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr, der durch selektiv vergebene neue Liquiditätszusagen begründet ist. Im US-Public-Finance-Geschäft lag zum Jahresende kein Liquiditätsabruf aus Stand-by-Linien vor (2009: 0,02 Mrd. USD).

In Kreditverträgen, insbesondere von konsolidierten Immobilienobjektgesellschaften, können Kreditklauseln enthalten sein, die zu Ausschüttungsbeschränkungen bis hin zur Kündigung führen können. Selbst wenn in Einzelfällen eine solche Kündigung drohen sollte, besteht für die Bank kein nennenswertes Liquiditätsrisiko.

Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich der Liquidität hat die Helaba im Geschäftsjahr 2010 immer voll erfüllt. Die Kennziffer gemäß Liquiditätsverordnung beträgt zum Bilanzstichtag 1,64 (Mindestgröße 1,00).

Seit Februar 2011 verfügt die Bank zudem über die Anerkennung ihrer Liquiditätssteuerungs- und -messverfahren als Internes Modell gemäß §10 Liquiditätsverordnung.

Strukturelles Liquiditätsrisiko

Der Bereich Aktiv-/Passivsteuerung steuert über das Zentrale Dispositionssystem die Liquiditätsrisiken des kommerziellen Bankgeschäftes der Helaba. Dieses umfasst im Wesentlichen die Kreditgeschäfte einschließlich der zinsvariablen Rollover-Geschäfte, die Wertpapiere des Liquiditätsanlagebestandes sowie die mittel- und langfristige Finanzierung. Die Steuerung erfolgt auf Basis Cash-flow-orientierter Liquiditätsablaufbilanzen, deren Liquiditätskongruenzen limitiert sind. Die Überwachung erfolgt durch den Bereich Risikocontrolling Handel. Wesentliches Ziel der Liquiditätsdisposition ist die Sicherung der kalkulierten betriebswirtschaftlichen Erfolge aus dem Aktivgeschäft.

Das Refinanzierungsmanagement (Mittelbeschaffung) verfolgt als wesentliche Zielsetzung die Vermeidung von Kostenrisiken bei der Beschaffung von mittel- und langfristigen Passivmitteln sowie die Begrenzung der Abhängigkeit von kurzfristigen Refinanzierungsmitteln. Strukturelle Liquiditätsengpässe werden durch möglichst fristenkongruente Refinanzierungen sowie eine Diversifikation der Refinanzierungsquellen (Produkte, Märkte, Investoren) vermieden. Schnittstellen zum Geldhandel ergeben sich, wenn Liquiditätsunterdeckungen oder überhänge kurzfristig refinanziert beziehungsweise angelegt werden.

Marktliquiditätsrisiko

Die Messung des Marktliquiditätsrisikos erfolgt innerhalb des MaR-Modells für Marktpreisrisiken. Hier wird bereits modellmäßig das Liquiditätsrisiko durch die Annahme einer Haltedauer von zehn Tagen konservativ berücksichtigt. Zusätzlich werden unter Variation der Haltedauer monatlich Szenariorechnungen für das Risiko unzureichender Marktliquidität durchgeführt. Außerdem wird die Marktliquidität anhand der Spanne zwischen Geld- und Briefkurs beobachtet.

Festlegung der Risikotoleranz

Mindestens jährlich legt der Vorstand die Risikotoleranz für das Liquiditätsrisiko fest. Das umfasst die Limitierung des kurzfristigen und strukturellen Liquiditätsrisikos, die Liquiditätsbevorzugung für außerbilanzielle Liquiditätsrisiken sowie die Festlegung der dazugehörigen Modelle und Annahmen. Für etwaige Liquiditätsengpässe wird für alle Standorte ein umfassender Handlungsplan vorgehalten.

Operationelle Risiken

Steuerungsgrundsätze

Im Einklang mit dem Baseler Ausschuss und den nationalen Eigenkapitalvorschriften wird in der Helaba das operationelle Risiko definiert als die „Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder in Folge von externen Einflüssen eintreten“. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein. Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind nicht Teil des operationellen Risikos. Basierend auf den nationalen Anforderungen der Bankenaufsicht an die regulatorische Eigenkapitalunterlegung und auf den MaRisk verfügt die Helaba über einen integrierten Ansatz für das Management von operationellen Risiken. Mit diesem Ansatz werden operationelle Risiken auf Basis der Komponenten Schadensfälle und Risiken identifiziert, bewertet und gesteuert.

Das Management und das Controlling operationeller Risiken werden im Ansatz der Helaba disziplinarisch und organisatorisch getrennt. Demnach sind die einzelnen Fachbereiche der Helaba dezentral für das Risikomanagement zuständig. Sie werden dabei durch zentrale Steuerungsbereiche unterstützt. Das Controlling operationeller Risiken ist zentral im Bereich Kreditrisiko- und Konzerncontrolling angesiedelt.

Zum Thema operationelle Risiken ist die Helaba in verschiedene Arbeitskreise des Bundesverbandes öffentlicher Banken (VÖB) eingebunden. Zielsetzung der Zusammenarbeit ist die Abstimmung in fachlichen Umsetzungsfragen und der Aufbau einer technischen Standardlösung. So wird das EDV-System zum Management operationeller Risiken regelmäßig mit Vertretern anderer Banken gemeinsam weiterentwickelt und um neue Funktionalitäten ergänzt. In einem weiteren Arbeitskreis wurde mit anderen Banken, im Wesentlichen Landesbanken, ein gemeinsames Datenkonsortium aufgebaut, über das seit 2006 Informationen über Schadensfälle aus operationellen Risiken ausgetauscht werden.

Instrumentarium

Seit 2007 wendet die Helaba den Standardansatz für die Eigenmittelunterlegung und das Risikomanagement von operationellen Risiken an.

Grundlage der Steuerung und der Überwachung von operationellen Risiken ist ein Risikomanagementsystem, in dem Risiken und Schadensfälle strukturiert identifiziert, erfasst und dargestellt werden. Dadurch ist ein systematischer Abgleich zwischen Risiken und Schadensfalldaten möglich.

Die systematische Klassifizierung von operationellen Risiken erfolgt auf Basis des Helaba-Risikomodells. Das Helaba-Risikomodell basiert ausschließlich auf den Baseler Ereigniskategorien, so dass für die interne Risikobetrachtung vollständig auf die aufsichtsrechtliche Risikosicht abgestellt wird.

Technisch unterstützt wird das Management operationeller Risiken durch eine webbasierte Anwendung mit dezentralem Datenzugriff und zentraler Datenbank. Diese Anwendung wird in regelmäßigen Abständen durch fachliche Vorgaben weiterentwickelt.

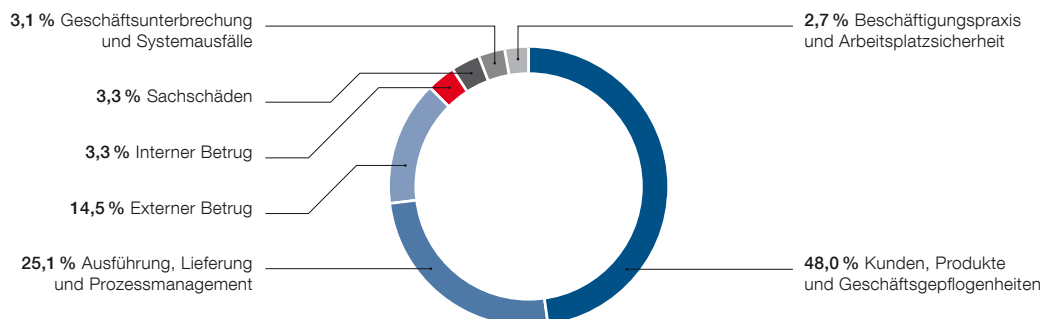
Zur Vermeidung oder Begrenzung operationeller Risiken dienen neben Versicherungen, die bestimmte Schadensfälle bis zu vereinbarten Höchstgrenzen abdecken, etablierte Maßnahmen in internen Prozessen und sonstigen Abläufen.

Risikoüberwachung

In der Risikoberichterstattung werden die zuständigen Gremien, der Risikoausschuss und die dezentral für die Risikosteuerung verantwortlichen Fachbereiche über die Risikosituation und eingetretene Schadensfälle informiert.

Die nachfolgende Grafik 7 enthält das Risikoprofil des engen Konzernkreises zuzüglich weiterer Tochtergesellschaften des Jahres 2010:

Erwarteter Verlust per 31. Dezember 2010 nach Verlustereignissen
(Grafik 7)



Der erwartete Verlust (inkl. von operationellen Risiken induzierten Kreditrisiken) betrug per 31. Dezember 2010 27,0 Mio. € (31. Dezember 2009: 25,6 Mio. €).

Das Gesamtrisikoprofil der Bank wird im Rahmen einer jährlichen Überprüfung aktualisiert. Zur Erstellung des Konzernrisikoprofils werden die Risikoprofile der Tochterunternehmen ergänzt.

Schadensfälle aus schlagend gewordenen operationellen Risiken werden regelmäßig dezentral durch die Fachbereiche in der Helaba gemeldet. Zumeldungen der Tochterunternehmen über aufgetretene Schadensfälle erfolgen grundsätzlich quartalsweise und ermöglichen die Darstellung der Schadenssituation im Konzern. Ferner wird für Zwecke der internen Steuerung die Schadensfalldatensammlung um externe Schadensfälle aus dem VÖB-Datenkonsortium ergänzt.

Quantifizierung

Die Quantifizierung von operationellen Risiken für die aufsichtsrechtliche Eigenmittelunterlegung gemäß der SolvV erfolgt nach dem Standardansatz. Für die interne Steuerung erfolgt eine Quantifizierung auf Basis der erhobenen Schadensfalldaten sowie der quantitativen Risikoeinschätzung der Fachbereiche. Neben der Schätzung erwarteter Verluste wird über die separate Modellierung von Eintrittshäufigkeit und Schadenshöhe eine Quantifizierung für die unerwarteten Verluste vorgenommen.

Dokumentationswesen

Das Dokumentationswesen der Helaba entspricht den nach MaRisk vorgeschriebenen Organisationsrichtlinien. Darin werden die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie die internen Kontrollverfahren und Sicherheitsvorkehrungen für den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung geregelt.

Für die Erstellung und laufende Aktualisierung der einzelnen Bestandteile des Dokumentationswesens sind in der Helaba klare Zuständigkeiten definiert. Die für die Aktivitäten und Prozesse verantwortlichen Fachbereiche werden bei der Erstellung und Veröffentlichung der Regelungen durch die Bankorganisation unterstützt.

IT-Sicherheit und Ausfallplanung

Die in der Helaba definierten Strategien und Regeln der IT-Sicherheit sind die Basis für ein aufsichtsrechtlich angemessenes internes Kontrollverfahren und den sicheren Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Um das Niveau der IT-Sicherheit kontinuierlich zu verbessern, werden durch ein IT-Security-Audit rechtliche und interne Anforderungen zur IT-Sicherheit regelmäßig an ausgewählten Auditobjekten sowie bei Auslagerungsunternehmen überwacht.

Im Rahmen der Anwendungsentwicklung und des IT-Betriebs verbindlich einzuhaltende IT-Sicherheitskonzepte und IT-Standards haben das Ziel, dass Risiken frühzeitig erkannt und angemessene Maßnahmen zur Risikominderung definiert und umgesetzt werden. Diese Konzepte und Standards werden kontinuierlich weiterentwickelt. Damit sind die vier Säulen der IT-Sicherheit – Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit – in der Bank in angemessener Weise berücksichtigt, um eine Beeinträchtigung der Handlungsfähigkeit der Bank zu vermeiden.

Die Bereiche der Helaba haben für ihre kritischen Geschäftsaktivitäten prozessbasierte Ausfallplanungen dokumentiert, die einer kontinuierlichen Weiterentwicklung sowie regelmäßigen Tests unterliegen. Die Aufrechterhaltung des notwendigen und geordneten Geschäftsbetriebes in Ausfallsituationen wird dadurch ermöglicht.

Für den an die Finanz Informatik Technologie Service (vormals IZB Informatik-Zentrum) ausgelagerten Rechenzentrumsbetrieb bestehen – auch dezentrale Systeme betreffende – Vereinbarungen in den Service Level Agreements zu präventiven und risikobegrenzenden Maßnahmen. Die dokumentierten Verfahren zur Sicherstellung des Betriebes beziehungsweise der technischen Wiederherstellung der Datenverarbeitung werden regelmäßig gemeinsam mit Fachbereichen der Helaba und der Finanz Informatik Technologie Service getestet.

Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Helaba hat, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, das Ziel einer ordnungsmäßigen und verlässlichen Finanzberichterstattung. Am Rechnungslegungsprozess der Helaba Beteiligte sind einerseits einzelne Meldestellen, bei denen in sich geschlossene Buchungskreise geführt werden und lokale Teilabschlüsse nach HGB und IFRS erstellt werden. Die Meldestellen der Helaba sind die Bank Inland, die Auslandsniederlassungen, die LBS sowie die WIBank. Im Bereich Bilanzen und Steuern der Helaba wird andererseits aus den Teilabschlüssen der Meldestellen durch Konsolidierung der Abschluss der Bank nach HGB erstellt. Hier werden auch die Abschlussdaten analysiert, aufbereitet und an den Vorstand kommuniziert.

Komponenten des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, sind

- Kontrollumfeld,
- Risikoeinschätzung,
- Kontrollen und Abstimmungen,
- Überwachung der Kontrollen und Abstimmungen,
- Verfahrensdokumentation und
- Ergebniskommunikation.

Das Kontrollumfeld der Helaba im Rechnungslegungsprozess umfasst unter anderem eine sachgerechte Ausstattung der beteiligten Bereiche, insbesondere des Bereichs Bilanzen und Steuern, mit qualifiziertem Personal. Durch eine offene Kommunikation wird sichergestellt, dass den einzelnen Mitarbeitern die für ihre Arbeit notwendigen Informationen zeitnah und vollständig vorliegen. Trotz aller Kontrollen aufgetretene Fehler werden angesprochen und korrigiert. Die im Rechnungslegungsprozess genutzte IT-Systemlandschaft unterliegt Strategien und Regeln der IT-Sicherheit, die eine Einhaltung von GOB/GOBS gewährleisten.

Bei der Einschätzung von Risiken im Rechnungslegungsprozess stellt die Bank primär auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Höhe eines potenziellen Fehlers ab. Daneben spielt auch eine Einschätzung der Auswirkung auf die Abschlusss Aussagen eine Rolle, sollte das Risiko schlagend werden (Vollständigkeit, Richtigkeit, Ausweis etc.).

Die zahlreichen Kontrollen und Abstimmungen im Rechnungslegungsprozess sind darauf ausgelegt, die Risiken im Rechnungslegungsprozess zu minimieren. Neben Kontrollmaßnahmen wie dem Vier-Augen-Prinzip, mit denen die Richtigkeit manueller Tätigkeiten wie Dateneingaben oder Berechnungen sichergestellt wird, sind umfangreiche IT-unterstützte Kontrollen und Abstimmungen im Einsatz. Mit diesen werden u. a. Nebenbuch-/Hauptbuchabstimmungen oder Konsistenzprüfungen HGB/IFRS durchgeführt. Statistische Auswertungen zu den Abstimmungen sowie Reviews einzelner Validierungsmaßnahmen dienen zur Überwachung der Kontroll- und Abstimmverfahren. Der Bereich Revision ist Teil der Kontrollverfahren und führt regelmäßig Prüfungen zur Rechnungslegung durch.

Die Vorgehensweise in der Rechnungslegung ist in mehreren sich ergänzenden Dokumentationsformen geregelt. In Bilanzierungshandbüchern für HGB und IFRS werden Vorgaben zu den anzuwendenden Methoden der Rechnungslegung gemacht. In bereichsübergreifenden und bereichsspezifischen Arbeitsanweisungen werden in abgestuftem Detaillierungsgrad Vorgaben zum Vorgehen in den einzelnen Prozessen und Teilprozessen gemacht. Bilanzierungshandbücher und Arbeitsanweisungen sind für die Mitarbeiter über das Intranet der Bank jederzeit verfügbar.

Die Ergebnisse der Finanzberichterstattung, das heißt die ermittelten Abschlusszahlen, werden im Bereich Bilanzen und Steuern analytischen Prüfungshandlungen unterzogen. Dazu wird die Entwicklung der Zahlen während des Jahres in sich auf Plausibilität geprüft, daneben werden die Abschlusszahlen mit Planungen sowie mit Erwartungen und Hochrechnungen auf Basis des Geschäftsverlaufs abgeglichen. Schließlich werden die Zahlen auf Konsistenz mit anderen, unabhängig im Haus erzeugten Auswertungen geprüft. Nach dieser Voranalyse und Validierung werden die Zahlen regelmäßig mit dem Vorstand diskutiert.

Recht

Die Überwachung des Rechtsrisikos gehört zu den Aufgaben des Bereiches Recht. Im Risikoausschuss der Bank ist er mit beratender Stimme vertreten und berichtet über diejenigen Rechtsrisiken, die als laufende oder drohende Gerichtsverfahren der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften quantifizierbar geworden sind.

Nach dem Grundverständnis der Bank werden wesentliche Vorhaben von rechtlicher Relevanz mit dem Bereich Recht abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt der Rechtsbereich Muster und Erläuterungen für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit, soweit dies möglich und sinnvoll ist. Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen sind die Juristen des Bereichs Recht einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls im Bereich Recht; je nach Fachgebiet existieren auch dazu allgemeine Vorgaben, verbunden mit einer Pflicht zur Abstimmung in zweifelhaften und grundlegenden Fällen.

In seiner begleitenden Rechtsberatung gestaltet der Bereich Recht in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Bank die Verträge, Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie sonstigen rechtlich bedeutsamen Erklärungen. Wo solche Erklärungen von dritter Seite vorgelegt werden, ist der Rechtsbereich in ihre Prüfung und Verhandlung eingebunden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen zum Nachteil der Bank eingetreten oder Fehler unterlaufen sind, wirken die Juristen an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Fehler mit. Sie übernehmen die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuern eine etwaige Prozessführung. Dies gilt auch für die Abwehr von gegen die Bank geltend gemachten Ansprüchen. Die interne Berichterstattung des Bereiches Recht über rechtliche Risiken erfolgt durch die Mitwirkung an Vorstandsvorlagen, Dokumentation der laufenden und drohenden Gerichtsverfahren sowie institutionalisierte Abstimmungen mit anderen Bereichen.

Immobilienprojektierungsrisiken

Unter das Immobilienprojektierungsrisiko werden die Risiken aus Projektentwicklungen von Immobilien gefasst, die sich aus Termin-, Qualitäts-, Kosten- und Vermarktungsrisiken ergeben.

Immobilienprojektierungsrisiken treten vorrangig in den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften der OFB-Gruppe (OFB Projektentwicklung GmbH) und der GWH-Gruppe (GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, im Rahmen des Bauträgergeschäftes) sowie in direkt oder mittelbar von der Helaba gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften auf.

Bei den unternehmerisch selbstständigen Tochtergesellschaften obliegt die unmittelbare Steuerung der jeweiligen Geschäftsführung der Beteiligung. Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt hier auf mehreren Stufen:

- Operative Steuerung
Dezentral in den jeweiligen Beteiligungen durch die Geschäftsführung
- Strategische Steuerung
Zentral durch die Aufsichtsgremien der Beteiligungsgesellschaften und den Bereich Immobilienmanagement

Bei den direkt oder mittelbar gehaltenen Immobilienprojektgesellschaften liegt die operative und strategische Risikosteuerung im Bereich Immobilienmanagement.

Als wesentliches Risikocontrolling-Instrument dient die viermal jährlich erstellte Chancen- und Risikoübersicht zur Identifikation und Verfolgung zukünftiger, nicht budgetierter Projektchancen und -risiken. Darin werden Chancen, Kosten-, Ertrags- und sonstige Vermögensrisiken in einem strukturierten Prozess ermittelt und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Budget im Sinne einer Risikotragfähigkeitsanalyse und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit anhand bestimmter Eintrittsszenarien bewertet. Der Bereich Immobilienmanagement begleitet die Erstellung der Chancen- und Risikoübersicht und plausibilisiert die Angaben.

Der Bereich Kreditrisiko- und Konzerncontrolling analysiert die Entwicklung der Risiken aus dem Immobilienprojektierungsgeschäft und übernimmt die vierteljährliche Risikoberichterstattung an den Risikoausschuss des Vorstandes. Parallel dazu wird die Risikolage im Rahmen der operativen Steuerung in den Sitzungen der Aufsichtsgremien der jeweiligen Beteiligung dargestellt.

Die Risiken sind unverändert vollständig durch die erwarteten Erträge aus diesem Geschäft abgedeckt.

Fonds-Platzierungsrisiken

Unter das Fonds-Platzierungsrisiko fällt das Risiko der zu platzierenden Eigenkapitalanteile von Fonds-Projekten (geschlossene Fonds). Fonds-Platzierungsrisiken werden über die Beteiligung HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG beziehungsweise durch deren Tochtergesellschaften eingegangen.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung wird auf die separate Ermittlung von Risikopotenzialen aus Fonds-Platzierungsrisiken verzichtet. Da die Helaba grundsätzlich die Eigenkapitalzwischenfinanzierung von Fonds während der Platzierungsphase bereitstellt und damit das Risiko einer Nichtplatzierung de facto eingeht, werden die Risikopotenziale bereits im Rahmen des Adressenausfallrisikos der Eigenkapitalzwischenfinanzierung in der Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Für die Risikoberichterstattung nach einzelnen Risikoarten werden die Risiken aus dem Fondsplatzierungsgeschäft der Beteiligung HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG separat dargestellt. Zur Begrenzung der Risiken aus Platzierungsverpflichtungen wurden Limite für das Gesamtportfolio und einzelne Asset-Klassen vorgegeben. Im Berichtszeitraum kam es zu keinen Limitüberschreitungen.

Beteiligungsrisiken

Unter Beteiligungsrisiken werden diejenigen Risiken aus Beteiligungen zusammengefasst, deren Einzelrisikoarten nicht separat im Risikocontrolling für die einzelnen Risikoarten berücksichtigt werden. Werden alle für eine Beteiligung relevanten Risikoarten unter Berücksichtigung der Wesentlichkeit und gesellschaftsrechtlicher Möglichkeiten in das konzernweite Risikomanagement integriert, ist die Betrachtung von Beteiligungsrisiken für diese Beteiligung nicht relevant. Neben den handelsrechtlichen Beteiligungen werden auch solche Finanzinstrumente unter dem Beteiligungsrisiko ausgewiesen, die nach SolvV der Forderungsklasse Beteiligungen zugeordnet werden.

Der Risikogehalt der einzelnen Beteiligung wird im Hinblick auf die Werthaltigkeit anhand eines zweistufigen Kriterienkatalogs (Ampelverfahren) klassifiziert. Daneben erfolgt die Risikobeurteilung auf Basis der Bonitätseinschätzung und -entwicklung des jeweiligen Unternehmens im Rahmen des bankinternen Rating-Verfahrens. Die Beteiligungsrisiken werden vierteljährlich an den Risikoausschuss des Vorstandes und den Verwaltungsrat-Kreditausschuss berichtet.

Die Zusammensetzung des Beteiligungsportfolios hat sich 2010 vor allem durch die Verringerung des Anteils an der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG von 79,8 % auf 44,8 % und die Rückzahlung einer stillen Einlage durch die DekaBank verändert. Die turnusmäßige Werthaltigkeitsprüfung des Beteiligungsportfolios führte in Einzelfällen zur Anpassung des Beteiligungsbuchwerts.

Sonstige Risiken

Strategische Risiken

Die Landesbank Hessen-Thüringen hat aus eigener Kraft die Belastungen der Finanz- und Wirtschaftskrise bewältigt. Auf der Grundlage der erzielten positiven Betriebsergebnisse wurden durchgängig alle nachrangigen Verbindlichkeiten, Genussrechte und stille Einlagen vollumfänglich bedient sowie eine angemessene Dividendenzahlung auf das Stammkapital vorgenommen. Die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Helaba sind zum einen das konservative Risikoprofil in Verbindung mit einem wirksamen Risikomanagement, zum anderen das konzernweite, auf Zukunftsfähigkeit angelegte strategische Geschäftsmodell einer Universalbank mit eigenem Retail- und öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft, einer starken Verankerung in der Region und dem engen Verbund mit den Sparkassen, sowie einer soliden Eigenkapitalausstattung.

Mit Ratings von „Aa2“, „A+“ und „A“ der Rating-Agenturen Moody's Investors Service, FitchRatings und Standard & Poor's für unbesicherte langfristige Verbindlichkeiten sowie mit „P-1“, „F-1+“ sowie „A-1“ für kurzfristige Verbindlichkeiten verfügt die Helaba unverändert über eine gute Bonitätsbeurteilung. Die strategisch wichtigen verbrieften Refinanzierungsinstrumente öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen verfügen über „AAA“-Ratings. Seit Mitte 2005, nach Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung, sind die Ratings der Helaba für unbesicherte Verbindlichkeiten bei allen drei Rating-Agenturen unverändert. Aufgrund ihres hohen Standings bei institutionellen und privaten Investoren stand der Helaba auch während der Finanzmarktkrise der Zugang zu den Refinanzierungsmärkten unmittelbar offen.

In ihrer Eigenkapitalstrategie hat die Helaba ihre Ziele für die Eigenkapitalausstattung an veränderte aufsichtsrechtliche Rahmenbedingungen und Erwartungshaltungen im Markt angepasst. Für die Kernkapitalquote wird, auch mit Blick auf die schrittweise Einführung von Basel III, konzernweit ein Mindestziel von 8,5 % – 9 %, für die gesamte Eigenmittelquote von 13 % angestrebt. Mit einer Kernkapitalquote für die aufsichtsrechtliche Gruppe von 9,6 %, und einer gesamten Eigenmittelquote von 14,4 % werden diese Zielwerte übertroffen.

Im Dezember 2010 hat der Baseler Ausschuss der Notenbankgouverneure und Vorsitzenden der Aufsichtsbehörden die finalen Vorschläge zu den künftigen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III) veröffentlicht. Sie umfassen insbesondere verschärfte qualitative und quantitative Anforderungen an die künftige Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten. Diese werden nach Umsetzung in der Europäischen Union und in nationales Recht zum 1. Januar 2013 verbindlich in Kraft treten. Die Helaba verfügt mit ihrer aktuellen Eigenmittelausstattung über eine gute Ausgangsbasis für die Umsetzung der neuen Eigenmittelstandards. Als Kreditinstitut in der Rechtsform der öffentlich-rechtlichen Anstalt erfüllt die Helaba die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der bis 2023 im Rahmen von Basel III geltenden Übergangsfristen für stille Einlagen als „hartes“ Kernkapital sowie für die dauerhafte Nutzung von Kapitalinstrumenten, die den Basel III-Kriterien für „hartes“ Kernkapital entsprechen. Stille Einlagen, mit zumeist zeitlich unbefristeten Laufzeiten, weisen konzernweit zum Jahresende 2010 einen Anteil am gesamten Kernkapital der Helaba von gut 50 % auf. Drei Viertel des Gesamtvolumens an stillen Einlagen von 2,97 Mrd. € sind aus dem Trägerkreis vom Land Hessen (1,92 Mrd. €) bzw. von Sparkassen in Hessen-Thüringen (0,4 Mrd. €) zur Verfügung gestellt worden. Sobald auf EU- und nationaler Ebene detaillierte Informationen über die gesetzlichen Voraussetzungen bestehen, wird die Helaba mit ihren Trägern Gespräche über die Anpassung der stillen Einlagen an die Basel III-Voraussetzungen für „hartes“ Kernkapital führen.

Im deutschen Bankenmarkt haben die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise den seit Jahren bestehenden Konsolidierungstrend verstärkt und zu weiteren Zusammenschlüssen von Instituten geführt. Zahlreiche Kreditinstitute, auch im Landesbankensektor, befinden sich in auf mehrere Jahre angelegten Restrukturierungs- und geschäftlichen Abbauprozessen. Bei Instituten, die unter das europäische Beihilferecht fallende staatliche Stabilisierungs- und Stützungsmaßnahmen erhalten haben, sind dabei Genehmigungsaufgaben der Europäischen Kommission umzusetzen. Hierdurch ergeben sich strukturelle Veränderungen und Verschiebungen von Marktanteilen in bedeutsamen Geschäftsfeldern, die zugleich auch strategische Chancen eröffnen.

Die Helaba ist für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt und sieht auf Stand-alone-Basis weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des regionalen Privatkunden- und Mittelstandsgeschäftes, des regionalen und überregionalen Verbundgeschäftes, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäftes sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und der Produktpalette im Großkundengeschäft.

Auf Basis ihres erfolgreichen Geschäftsmodells einer integrierten Universalbank mit öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft steht die Helaba grundsätzlich zukunftsgerichteten Konsolidierungsbemühungen im Landesbanken- und Sparkassensektor aufgeschlossen gegenüber. Für ausschließlich im Großkundengeschäft tätige Kreditinstitute, auch im Rahmen funktionaler Holdingstrukturen, wird allerdings auch auf Dauer keine wirtschaftlich erfolgreiche Geschäftsbasis gesehen.

In enger Abstimmung mit ihren drei Trägern ist die Helaba unverändert für strategische Ansätze offen, die betriebswirtschaftlich zu einer weiteren Stärkung der Marktposition in ihren Kerngeschäftsfeldern sowie dem zukunftsfähigen Ausbau als integrierte Universalbank dienen.

Reputationsrisiken

Reputationsrisiken, die sich durch direkte und indirekte Verluste oder entgangene Gewinne infolge einer Verschlechterung der Reputation der Helaba auswirken können, werden von allen Fachbereichen berücksichtigt. Drohende Reputationsrisiken werden bei Identifikation umgehend dem Risikoausschuss berichtet.

Steuern

Aufgaben im Zusammenhang mit der Besteuerung der Bank im Inland und ausgewählter Tochtergesellschaften werden von der dem Bereich Bilanzen und Steuern angehörenden Steuerabteilung wahrgenommen. Soweit Steuern in dezentralen Einheiten betreut werden, finden die wesentlichen steuerlichen Fragen und Entwicklungen Eingang in die Meldungen an die Steuerabteilung. Im Bedarfsfall sowie grundsätzlich für die Steuerdeklaration der ausländischen Einheiten werden externe Steuerberatungsleistungen in Anspruch genommen. Entwicklungen des Steuerrechts im In- und Ausland werden durch die Verantwortlichen laufend beobachtet und in ihrer Wirkung auf die Bank und ihre Tochtergesellschaften analysiert. Erforderliche Maßnahmen werden durch die Steuerabteilung beziehungsweise in Abstimmung mit der Steuerabteilung eingeleitet und steuerliche Risiken dadurch entweder vermieden oder bilanziell versorgt.

Auslagerungsrisiken

Risiken aus wesentlichen Auslagerungen leiten sich aus den für die Geschäftsbereiche geltenden Zielen ab und können in jedem Fachbereich, der eine Auslagerung vorgenommen hat, auftreten. Je nach Wesentlichkeit der Auslagerung ist zur Begrenzung der Auslagerungsrisiken die für die Auslagerung verantwortliche Stelle auf Basis von Reports für eine kontinuierliche Überwachung der Leistungserbringung des Auslagerungsunternehmens und Berichterstattung an den zuständigen Dezernenten verantwortlich. Der Bereich Vorstandsstab und Konzernstrategie hält als zentrale Stelle ein Verzeichnis aller durchgeführten Ein- und Auslagerungen vor und führt im Rahmen einer jährlichen Qualitätssicherung die Veränderungen hinsichtlich bestehender Ein- und Auslagerungen zusammen.

Im Umkehrschluss dazu werden Risiken aus Einlagerungen, die im Rahmen einer Tätigkeitsübernahme durch die Helaba von einem Dritten entstehen, analog behandelt.

Zusammenfassung

Für die Helaba ist das kontrollierte Eingehen von Risiken integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Grundlage hierfür ist ein umfassendes System zur Risikoidentifikation, -quantifizierung, -kontrolle und -steuerung. Die verwendeten Methoden und Systeme, die sich bereits auf hohem Niveau befinden und sämtlichen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen genügen, werden fortlaufend weiterentwickelt. Die organisatorischen Rahmenbedingungen sind so ausgestaltet, dass die Umsetzung der festgelegten Risikostrategie gewährleistet ist. Insgesamt verfügt die Helaba über wirksame und erprobte Methoden und Systeme zur Beherrschung der eingegangenen Risiken.

Nachtragsbericht

Die Helaba ist gemeinsam mit anderen Landesbanken über eine Holding an der DekaBank beteiligt. Die Landesbanken sind grundsätzlich übereingekommen, ihre Anteile an der DekaBank von zusammen 50 %, davon Helaba 5,51 %, an den DSGV ö. K. bzw. die regionalen Sparkassenverbände abzugeben. Die Verhandlungen hierzu werden voraussichtlich im ersten Quartal 2011 zum Abschluss kommen. Aus einem Verkauf würde die Helaba voraussichtlich einen Veräußerungsgewinn erzielen.

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft befindet sich im Aufschwung, der sich aber im laufenden Jahr 2011 verlangsamten wird. In den aufstrebenden Volkswirtschaften normalisiert sich das hohe Wachstum des Vorjahres und in vielen Industrieländern dämpft die zum Abbau der hohen Verschuldung erforderliche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte über mehrere Jahre das Wachstum. Das globale Wachstum wird 2011 preisbereinigt mit etwa 4 % unter der Vorjahresrate von rund 4,5 % liegen.

Für die USA zeichnet sich 2011 ein Wirtschaftswachstum von rund 3 % ab. Dazu trägt maßgeblich das jüngste Konjunkturprogramm bei, das zu Jahresbeginn dem privaten Konsum Schwung verleiht. Die dadurch weiter steigende öffentliche Verschuldung und eine letztlich unvermeidliche Konsolidierung sprechen hier aber gegen einen sich selbst verstärkenden Aufschwung. Im Euroraum bleiben die großen Wachstumsunterschiede zwischen den Mitgliedsländern bestehen. Deutschland steht in diesem Jahr mit einem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um rund 2,5 % erneut an der Spitze. Die von der Finanzkrise stärker beeinträchtigten Mitgliedsstaaten in der Peripherie der Eurozone können dagegen nicht annähernd an die deutschen Wachstumsraten heranreichen. Insgesamt wird die Eurozone daher voraussichtlich nur eine reale Wachstumsrate von etwa 1,5 % erreichen.

Der weltwirtschaftliche Aufschwung hat bisher nur in den Schwellenländern zu deutlichem Inflationsdruck geführt. In den USA dämpft in diesem Jahr noch die hohe Unterauslastung der Produktionskapazitäten die Kernteuerung (ohne Lebensmittel und Energie). In der Eurozone sind zwar zu Jahresbeginn die Preise überraschend gestiegen. Dieser Preisschub ist jedoch vor allem von administrativen Maßnahmen bestimmt und dürfte in der zweiten Jahreshälfte nachlassen. Für die USA wie auch für die Eurozone wird auf Jahressicht ein Anstieg der Verbraucherpreise um 2 % erwartet.

Die US-Notenbank Federal Reserve und die Europäische Zentralbank halten zunächst an der sehr expansiven Geldpolitik fest. In den USA ist angesichts nach wie vor hoher Arbeitslosigkeit und geringen Inflationsdrucks keine Zinswende in diesem Jahr zu erwarten. Dies gilt auch für die Eurozone. Hier steht auch die weiterhin schwierige Lage in den Peripherieländern einer Leitzinserhöhung im Wege.

Die Kapitalmarktentwicklung wird 2011 von einer volatilen Seitwärtsbewegung geprägt sein. Struktur- und Konjunkturthemen werden sich abwechseln und die Finanzmärkte beeinflussen. Da sich die wirtschaftlichen Probleme im Euroraum und in den USA in etwa ausgleichen, wird der Euro-Dollar-Kurs keine starken Trends herausbilden. Allerdings wird die Volatilität sehr hoch sein. Die Rentenmärkte beiderseits des Atlantiks bleiben im laufenden Jahr durch die Niedrigzinspolitik der Notenbanken bestimmt. Demnach sollten sich die Renditen in den Industrieländern weiter auf einem relativ niedrigen Niveau bewegen. Die längst nicht bewältigte Schuldenkrise in einigen Ländern, das zunehmende Gewicht politischer Einflussfaktoren und das Anschwellen internationaler Kapitalströme sprechen jedoch für einen unruhigen Renditeverlauf.

Für das Jahr 2012 zeichnet sich keine Beschleunigung des globalen Wirtschaftswachstums ab. Zu den dämpfenden Effekten der anhaltenden Konsolidierung in vielen Ländern dürfte der Beginn des Zinserhöhungszyklus in den USA und in der Eurozone hinzutreten. Tendenziell ist daher im kommenden Jahr mit einem höheren Zinsniveau zu rechnen.

Weiterentwicklung des strategischen Geschäftsmodells

Im deutschen Bankenmarkt haben die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise den seit Jahren bestehenden Konsolidierungstrend verstärkt und zu weiteren Zusammenschlüssen von Instituten geführt. Zahlreiche Kreditinstitute, auch im Landesbankensektor, befinden sich in auf mehrere Jahre angelegten Restrukturierungs- und geschäftlichen Abbauprozessen. Bei Instituten, die unter das europäische Beihilferecht fallende staatliche Stabilisierungs- und Stützungsmaßnahmen erhalten haben, sind dabei Genehmigungsaufgaben der Europäischen Kommission umzusetzen. Die Europäische Kommission hat angekündigt, bis Mitte 2011 alle laufenden Beihilfeprozesse gegen deutsche Kreditinstitute abzuschließen. Im Zuge dieser Prozesse werden Bilanzsummen, Risikoaktiva und Beschäftigtenzahlen deutlich reduziert, zahlreiche Standorte im In- und Ausland geschlossen, wesentliche Beteiligungen im Banken- und Nichtbankenbereich veräußert sowie Eigentümerverhältnisse verändert. Hierdurch ergeben sich strukturelle Veränderungen und Verschiebungen von Marktanteilen in bedeutsamen Geschäftsfeldern, die zugleich auch strategische Chancen eröffnen.

Im Dezember 2010 hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht die endgültige Version der künftigen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III) veröffentlicht. Sie umfassen insbesondere verschärfte qualitative und quantitative Anforderungen an die künftige Eigenmittelausstattung von Kreditinstituten. Diese werden nach Umsetzung in der Europäischen Union und in nationales Recht zum 1. Januar 2013 verbindlich in Kraft treten. Die Helaba verfügt mit ihrer aktuellen Eigenmittelausstattung über eine gute Ausgangsbasis für die Umsetzung der neuen Eigenmittelstandards. Als Kreditinstitut in der Rechtsform der öffentlich-rechtlichen Anstalt erfüllt die Helaba die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der bis 2023 im Rahmen von Basel III geltenden Übergangsfristen für stille Einlagen als „hartes“ Kernkapital sowie für die dauerhafte Nutzung von nicht börsennotierten Kapitalinstrumenten, die den Basel III-Kriterien für „hartes“ Kernkapital entsprechen. Stille Einlagen, mit zumeist zeitlich unbefristeten Laufzeiten, weisen bei der Helaba zum Jahresende 2010 einen Anteil am gesamten Kernkapital von gut 50 % auf. Drei Viertel des Gesamtvolumens an stillen Einlagen von 2,97 Mrd. € sind im Trägerkreis vom Land Hessen (1,92 Mrd. €) bzw. von Sparkassen in Hessen-Thüringen (0,4 Mrd. €) zur Verfügung gestellt worden. Spätestens zur Jahresmitte 2011 beabsichtigt die EU-Kommission, den Entwurf der „CRD IV“-Richtlinie zur europarechtlichen Umsetzung von Basel III zu veröffentlichen. Im deutschen Kreditwesengesetz (KWG) müssen die entsprechenden Novellierungen bis Jahresende 2012 in Kraft treten. Sobald auf EU- und auf nationaler Ebene weitgehende Klarheit über die gesetzlichen Voraussetzungen besteht, wird die Helaba mit ihren Trägern Gespräche über die Anpassung der stillen Einlagen an die Basel III-Erfordernisse für Kernkapital führen.

Die Helaba ist auch unter Berücksichtigung der sich ändernden aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt. Aufbauend auf der Marktpositionierung in ihren Kerngeschäftsfeldern und ihrer Integration in die deutsche Sparkassenorganisation sieht die Helaba auf Stand-alone-Basis weitere Entwicklungsmöglichkeiten in ihren Kerngeschäftsfeldern. Dies gilt für den Ausbau des Privatkunden- und Mittelstandsgeschäftes, des Verbundgeschäftes mit den Sparkassen in Hessen-Thüringen sowie überregional, für das öffentliche Förder- und Infrastrukturgeschäft sowie, auch international, für die Abrundung der Kundenbasis und Produktpalette im Großkundengeschäft. Dabei wird mit Blick auf die zukünftigen Eigenkapital- und Liquiditätserfordernisse die Steuerung des Neu- und des Bestandsgeschäfts strikt risiko- und ressourcenorientiert erfolgen. Dies schließt den Abbau von einzelnen Portfolios einschließlich der weiteren Optimierung des Beteiligungsportfolios mit ein. Auf Basis ihres erfolgreichen Geschäftsmodells einer integrierten Universalbank mit öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft und der Rechtsform einer

öffentlich-rechtlichen Anstalt steht die Helaba grundsätzlich Konsolidierungsbemühungen im deutschen Landesbanken- und Sparkassensektor aufgeschlossen gegenüber. Für ausschließlich im Wholesale-Geschäft tätige Kreditinstitute, beispielsweise auch im Rahmen funktionaler Holdingstrukturen, wird allerdings auch auf Dauer keine wirtschaftlich erfolgreiche Geschäftsbasis gesehen. In enger Abstimmung mit ihren drei Trägern ist die Helaba deshalb grundsätzlich für strategische Ansätze offen, die zu einer weiteren Stärkung der Marktposition in ihren Kerngeschäftsfeldern sowie dem zukunftsfähigen Ausbau als Universalbank dienen.

Voraussichtliche Entwicklung der Bank

Nach der konjunkturellen Erholung im Jahr 2010 wird sich der Aufschwung im Jahr 2011 verlangsamen. Unter diesen Rahmenbedingungen erwartet die Helaba für 2011 eine Verstetigung der operativen Erträge auf dem Niveau des Vorjahres. Der Zinsüberschuss wird leicht oberhalb des Vorjahres, das heißt bei gut 1 Mrd. €, erwartet. Nachdem bereits 2010 die Risikovorsorge deutlich zurückgegangen ist, wird für 2011 vor dem Hintergrund einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Aufschwungs nicht mit einem nennenswerten weiteren Rückgang des Risikovorsorgeaufwands gerechnet. Für die Planung des Jahres 2011 unterstellt die Bank, dass es nicht zu einer weiteren Verschärfung der Finanz- und Staatsschuldenkrise kommt.

Im Neugeschäft wird die Helaba Marktopportunitäten wie im Vorjahr selektiv nutzen. Im Jahr 2011 wird das mittel- und langfristige Neugeschäft der Helaba (Einzelinstitut) mit rd. 11 Mrd. € leicht oberhalb des Vorjahreswerts geplant. Die wesentlichen Ergebnisbeiträge des Neugeschäftes werden wieder in den Geschäftsfeldern Immobilien und Corporate Finance erwirtschaftet. Für diese Geschäftsfelder wurden leichte Bestandsvolumenzuwächse vorgesehen. Im Geschäftsfeld Financial Institutions and Public Finance wird ein rückläufiges Bestandsvolumen auf Basis einer Portfoliooptimierung geplant. Die Margen werden aufgrund der wieder funktionierenden Kapitalmärkte und der wieder zunehmenden Konkurrenzsituation gegenüber den in 2010 erzielten Margen niedriger erwartet.

Im Kapitalmarktgeschäft werden die Bestände des Handelsbuches reduziert und die Risikoaktiva strikt begrenzt. Wertaufholungseffekte als Folge der Bewertungsabschläge aus der Finanzmarktkrise werden 2011 nur noch in einem untergeordneten Ausmaß erwartet, so dass für 2011 mit einem Ergebnis unter dem des Jahres 2010 gerechnet wird. Im kapitalmarktbezogenen Kundengeschäft wird der Ergebnisanteil kontinuierlich ausgebaut.

Im Asset Management wird eine Steigerung der Erträge über die Ausweitung des volumengetriebenen Fondsmanagement- und Dienstleistungsgeschäftes erwartet.

In der Sparte „Privatkunden und Mittelstandsgeschäft“ wird im Geschäftsfeld Verbundgeschäft die Zusammenarbeit mit den Sparkassen im Kerngeschäftsbereich Hessen und Thüringen im Rahmen des Verbundkonzeptes kontinuierlich fortgesetzt. Die Verbundzusammenarbeit erfolgt weiterhin auf hohem Niveau und wird 2011 über entsprechende Vertriebs- und Marktinitiativen weiter gestärkt. Die gute Marktposition als Verbundpartner im Eigen- und Kundengeschäft der Sparkassen soll 2011 auch mit definierten Zielregionen außerhalb Hessen-Thüringens ausgebaut werden. Die Vertriebsaktivitäten erfolgen unter Einbindung der Tochtergesellschaften Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH und der Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG.

In der Unternehmenssparte „Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft“ nimmt die Helaba über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) im Auftrag des Landes Hessen öffentliche

Förderaufgaben, insbesondere in den Bereichen Wohnungs- und Städtebau, Infrastruktur, Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt, wahr. Die Erträge im Jahr 2011 werden leicht über denen des Vorjahres geplant.

Für den Personalbestand der Helaba ist für 2011 keine wesentliche Veränderung gegenüber 2010 vorgesehen. Tarifbedingt wird sich der Personalaufwand allerdings leicht erhöhen. Der Sachaufwand wird 2011 durch Projekte und Belastungen aus Umlagen leicht oberhalb des Vorjahres erwartet.

Im Saldo rechnet die Bank für das Jahr 2011 trotz der hinzutretenden Belastung durch die Bankabgabe mit einem Ergebnis vor Steuern etwas über dem Vorjahresniveau.

Für 2012 wird eine kontinuierliche Entwicklung in den Geschäftsfeldern erwartet. Dabei steht einer weiteren Reduzierung der Handelsbestände ein selektiver Aufbau im Kredit-, Verbund- und Fördergeschäft sowie im Fondsmanagement gegenüber. Hieraus folgend wird für das Jahr 2012 mit einer leicht steigenden Entwicklung der operativen Erträge gerechnet. Durch die Fortsetzung des Kostenmanagements wird für den Verwaltungsaufwand im Jahr 2012 ein geringer Anstieg erwartet. Unter Einbeziehung einer leicht rückläufigen Entwicklung bei der Risikovorsorge erwartet die Bank 2012 eine positive Tendenz in der Ergebnisentwicklung.

Gesamtaussage

Wie bereits in den Vorjahren hat sich auch im Geschäftsjahr 2010 gezeigt, dass trotz volatiler Märkte das diversifizierte Geschäftsmodell der Helaba als integrierte Universalbank mit den drei Sparten „Großkundengeschäft“, „Privatkunden und Mittelstandsgeschäft“ und „Öffentliches Förder- und Infrastrukturgeschäft“ eine solide Grundlage für stabile Erträge mit Wachstumspotenzial darstellt. Die neuen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen bleiben eine Herausforderung für die Banken und die Gesamtwirtschaft im Hinblick auf Ertragsmöglichkeiten, internationale Konkurrenzfähigkeit und Kreditversorgung.

Die Helaba ist für die Zukunft nachhaltig gut aufgestellt. Aufbauend auf der guten Marktpositionierung sieht die Helaba auf Stand-alone-Basis weitere Entwicklungsmöglichkeiten im Ausbau des Privatkunden- und Mittelstandsgeschäftes, des Verbundgeschäftes mit den Sparkassen in Hessen-Thüringen und in angrenzenden Regionen, des öffentlichen Förder- und Infrastrukturgeschäftes sowie, auch international, in der Abrundung der Kundenbasis und Produktpalette im Großkundengeschäft. Auf Basis ihres erfolgreichen Geschäftsmodells einer integrierten Universalbank mit öffentlichem Förder- und Infrastrukturgeschäft steht die Helaba grundsätzlich Konsolidierungsbemühungen im deutschen Landesbanken- und Sparkassensektor aufgeschlossen gegenüber.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 1. März 2011

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Berger	Gröb	Dr. Hosemann
Krick	Raupach	Dr. Schraad	

Jahresabschluss der
Landesbank Hessen-Thüringen

Jahresbilanz der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt,

zum 31. Dezember 2010

Aktivseite

in Tsd. €

	siehe Anhang Ziffer			2010	2009
Barreserve					
a) Kassenbestand			1.796		3.084
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			47.463		269.295
darunter:				49.259	272.379
bei der Deutschen Bundesbank	47.463				(269.246)
Forderungen an Kreditinstitute	(2), (3), (32), (44)				
a) Hypothekendarlehen			–		–
b) Kommunalkredite			11.514.973		12.144.403
c) andere Forderungen			5.811.653		8.998.774
darunter:				17.326.626	21.143.177
täglich fällig	3.429.870				4.292.167
gegen Beleihung von Wertpapieren	–				
darunter Baudarlehen der Bausparkasse:					
Bauspardarlehen	1				(5)
Forderungen an Kunden	(2), (4), (32), (44)			76.996.783	79.577.127
a) Hypothekendarlehen			14.862.496		14.330.489
b) Kommunalkredite			16.614.530		15.116.686
c) andere Forderungen			44.418.074		48.904.427
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren	–				
d) Baudarlehen der Bausparkasse					
da) aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)		625.032			727.606
db) zur Vor- und Zwischenfinanzierung		469.382			489.922
dc) sonstige		7.269			7.997
darunter:			1.101.683		1.225.525
durch Grundpfandrechte gesichert	798.449				(928.755)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	(2), (5)				
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			–		–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(–)
ab) von anderen Emittenten			–		1.022.064
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(–)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		1.291.430			2.819.277
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.208.773				(2.726.981)
bb) von anderen Emittenten		8.843.402			35.338.369
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	7.567.179		10.134.832		38.157.646
					(31.029.606)
c) eigene Schuldverschreibungen			–		1.144.115
				10.134.832	40.323.825
Nennbetrag	–				(1.128.762)
Übertrag:				104.507.500	141.316.508

Passivseite

in Tsd. €

	siehe Anhang Ziffer			2010	2009
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(2), (16), (19), (44)				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				243.002	581.500
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				1.934.169	2.168.345
c) andere Verbindlichkeiten				32.360.640	44.981.079
darunter:					
täglich fällig	2.681.569				(3.215.844)
ca) zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen					
cb) an den Darlehensgeber ausgehändigte					
cc) Hypotheken-Namenspfandbriefe	–				
cd) öffentliche Namenspfandbriefe	–				
d) Bauspareinlagen				18.284	17.834
darunter:					
auf zugeteilte Verträge	4.774				47.748.758
					(4.679)
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(2), (20), (44)				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				3.190.649	3.400.329
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				5.367.300	5.668.715
c) Einlagen aus dem Bauspargeschäft und Spareinlagen					
ca) Bauspareinlagen		3.306.818			3.216.954
darunter:					
auf gekündigte Verträge	71.543				(43.581)
auf zugeteilte Verträge	89.377				(88.316)
cb) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		–			(393)
cc) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		0			(–)
d) andere Verbindlichkeiten				3.306.818	26.083.160
darunter:					
täglich fällig	2.644.001				38.369.158
da) zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen					(6.611.475)
db) an den Darlehensgeber ausgehändigte					
dc) Hypotheken-Namenspfandbriefe	–				
dd) öffentliche Namenspfandbriefe	–				
Verbriefte Verbindlichkeiten	(2), (21), (32)				
a) begebene Schuldverschreibungen					
aa) Hypothekenpfandbriefe		2.466.338			1.584.961
ab) öffentliche Pfandbriefe		7.685.143			6.123.713
ac) sonstige Schuldverschreibungen		29.852.498			30.298.808
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten				40.003.979	38.007.482
darunter:					
Geldmarktpapiere	1.770.997			1.770.996	11.911.676
					49.919.158
					(11.911.676)
Handelsbestand	(2), (22), (33), (44)				
Übertrag:				140.641.858	136.037.074
				39.790.733	(–)

Aktivseite

in Tsd. €

siehe Anhang Ziffer		2010	2009
Übertrag:		104.507.500	141.316.508
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	(2), (6)	1.437.206	1.677.395
Handelsbestand	(2), (7), (35), (44)	41.444.957	–
Beteiligungen	(2), (8), (18), (44)	520.716	559.965
darunter:			
an Kreditinstituten	55.200		(98.864)
an Finanzdienstleistungsinstituten	33.640		(31)
Anteile an verbundenen Unternehmen	(2), (9), (18), (44)	1.997.680	2.042.951
darunter:			
an Kreditinstituten	998.020		(985.744)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–		(65.945)
Treuhandvermögen	(2), (10)	931.215	967.996
darunter: Treuhandkredite	665.422		(699.587)
Immaterielle Anlagewerte	(2), (11), (18)		
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		–	
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		15.916	18.491
c) Geschäfts- oder Firmenwert		–	
d) geleistete Anzahlungen		–	
		15.916	18.491
Sachanlagen	(2), (12), (18)	48.056	49.576
Sonstige Vermögensgegenstände	(2), (13)	1.438.650	2.053.068
Rechnungsabgrenzungsposten	(2), (14)		
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		185.383	175.641
b) andere		35.284	33.689
		220.667	209.330
Summe der Aktiva		152.562.563	148.895.280

Passivseite

in Tsd. €

	siehe Anhang Ziffer			2010	2009
Übertrag:				140.641.858	136.037.074
Treuhandverbindlichkeiten	(2), (23)			931.215	967.996
darunter:					
Treuhandkredite		665.422			(699.587)
Sonstige Verbindlichkeiten	(2), (24)			837.699	1.475.904
Rechnungsabgrenzungsposten	(2), (25)				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			221.460		234.675
b) andere			59.287		70.636
				280.747	305.311
Rückstellungen	(2), (26)				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			519.176		496.916
b) Steuerrückstellungen			92.048		109.156
c) andere Rückstellungen			252.957		613.560
				864.181	1.219.632
Fonds zur baupartechnischen Absicherung				9.020	9.020
Nachrangige Verbindlichkeiten	(2), (27)			2.302.659	2.338.448
Genussrechtskapital	(2), (29)			728.804	741.591
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig		-			(-)
Fonds für allgemeine Bankrisiken	(2), (29)			445.022	425.256
davon:					
Zuführungen nach § 340e Abs. 4 HGB		19.766			
Eigenkapital	(2), (29)				
a) gezeichnetes Kapital					
aa) Stammkapital			477.000		477.000
ab) Einlagen stiller Gesellschafter			2.973.337		2.973.337
			3.450.337		3.450.337
b) Kapitalrücklage			658.301		658.301
c) Gewinnrücklagen			1.374.560		1.252.100
d) Bilanzgewinn			38.160		14.310
				5.521.358	5.375.048
Summe der Passiva				152.562.563	148.895.280
Eventualverbindlichkeiten	(30)				
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen				8.050.838	8.559.686
Andere Verpflichtungen	(31)				
a) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			2.728.868		3.002.777
b) unwiderrufliche Kreditzusagen			17.233.032		19.167.360
				19.961.900	22.170.137

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt,

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

in Tsd. €

	siehe Anhang Ziffer			2010	2009
Zinserträge aus	(37)				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		3.690.350			4.502.442
darunter Zinserträge der Bausparkasse:					
aa) aus Bauspardarlehen		31.814			(35.205)
ab) aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten		23.457			(26.271)
ac) aus sonstigen Baudarlehen		345			(-)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		204.760			1.020.704
			3.895.110		5.523.146
Zinsaufwendungen			3.162.096		4.410.889
darunter: für Bauspareinlagen		74.537			(74.478)
				733.014	1.112.257
Laufende Erträge aus	(37)				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			43.181		3.623
b) Beteiligungen			18.173		25.610
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			55.937		13.106
				117.291	42.339
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				53.854	52.143
Provisionserträge	(37), (38)		165.369		206.865
darunter Provisionserträge der Bausparkasse:					
a) aus Vertragsabschluss und -vermittlung		23.448			(19.484)
b) aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung		1.707			(2.161)
c) aus der Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten		1			(-)
Provisionsaufwendungen			55.356		106.994
darunter: für Vertragsabschluss und -vermittlung der Bausparkasse		31.958			(23.350)
				110.013	99.871
Nettoertrag des Handelsbestandes	(37)			177.891	-40.531
Sonstige betriebliche Erträge	(37), (39)			63.841	77.873
Übertrag:				1.255.904	1.343.952

in Tsd. €

siehe Anhang Ziffer				2010	2009
Übertrag:				1.255.904	1.343.952
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		241.508			239.684
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		49.848			78.271
darunter:			291.356		317.955
für Altersversorgung	15.508				(43.415)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			276.412		281.101
				567.768	599.056
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				13.199	12.098
Sonstige betriebliche Aufwendungen (39)				74.682	17.271
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft (40)				323.778	525.584
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				-	-
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-	-
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				24.295	58.192
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				-	-
Aufwendungen aus Verlustübernahme				953	196
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				251.231	131.555
Außerordentliche Erträge			35.502		-
Außerordentliche Aufwendungen			69.322		-
Außerordentliches Ergebnis (41)				- 33.820	-
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (42)			55.627		61.120
Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten					
Sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen			1.164		1.125
				56.791	62.245
Jahresüberschuss				160.620	69.310
Einstellung in Gewinnrücklagen				122.460	55.000
Bilanzgewinn				38.160	14.310

Anhang der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, zum 31. Dezember 2010

Der Jahresabschluss der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale wird nach den Vorschriften des HGB in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und dem Pfandbriefgesetz aufgestellt. Dabei wurden die Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) umgesetzt. Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den Vorgaben der RechKredV gegliedert. Sie wurden um die für Pfandbriefbanken und für Bausparkassen vorgeschriebenen Posten ergänzt. Die im Anhang aufzunehmenden Angaben zum Bausparkassengeschäft sind in dem gesondert veröffentlichten Jahresabschluss der LBS enthalten.

(1) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Vermögensgegenstände und Schulden werden nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der besonderen Regelungen für Kreditinstitute (§§ 340 ff. HGB) bewertet. Forderungen sind mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Unterschiedsbeträge mit Zinscharakter zwischen Nennbetrag und Auszahlungsbetrag oder Anschaffungskosten werden als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und über die Laufzeit periodisiert aufgelöst. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten sowie auf abgezinster Basis erworbene Wertpapiere und Forderungen werden zum Barwert angesetzt.

Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen wurde sämtlichen erkennbaren Risiken Rechnung getragen. Für latente (Kredit-)Risiken bestehen – neben dem in der Bilanz ausgewiesenen Fonds für allgemeine Bankrisiken – Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB.

Die in den Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere enthaltenen Bestände sind mit Ausnahme des Anlagebestands nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sie sind folglich mit dem beizulegenden Wert anzusetzen, sofern dieser unterhalb der (fortgeführten) Anschaffungskosten liegt. Der beizulegende Wert entspricht bei aktiven Märkten dem Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag. Bei der Analyse des Wertpapierbestandes zum Bilanzierungsstichtag wurde ein aktiver Markt für alle Wertpapiere festgestellt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Wertaufholungen wurden vorgenommen.

Der Anlagebestand umfasst die 2008 umgewidmeten Wertpapierbestände, diese werden regelmäßig auf dauerhafte Wertminderung überprüft.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen. Sofern die Gründe für eine Wertminderung in früheren Geschäftsjahren entfallen sind, erfolgen Zuschreibungen bis zur Höhe des Zeitwertes, maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Gegenstände des Anlagevermögens und immaterielle Vermögenswerte, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich außerplanmäßiger Abschreibungen auf niedrigere Zeitwerte ausgewiesen. Planmäßige Abschreibungen werden auf die wirtschaftliche Nutzungsdauer verteilt vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem

Wert von 410 € werden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben. Auf die Aktivierung von selbst-erstellten immateriellen Vermögenswerten hat die Bank verzichtet.

Die Pensionsverpflichtungen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen (Richttafeln 2005 von Prof. Dr. Heubeck) künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie der von der Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt werden.

Die angewandten Bewertungsparameter sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	31.12.2010
Zinssatz	5,16 %
Gehaltstrend	1,0 %
Rententrend	2,0 %
Fluktuationsrate	3,0 %

Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögenswerte (Wertpapiere), die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Alters-versorgungsverpflichtungen dienen (Deckungsvermögen). Sie werden gem. § 253 Abs. 1 S. 4 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Der Verpflichtungsumfang ergibt sich durch Maximierung der garantierten Leistungszusage mit dem beizulegenden Wert der zugehörigen Wertpapiere zum Abschlussstichtag. Die Vermögenswerte und die korrespondierenden Pensionsverpflichtungen werden miteinander verrechnet.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen den Vorsorgeaufwand und den Zinsaufwand. Der Vorsorgeaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand stellt die Barwerterhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die sich aus dem Näherrücken des Erfüllungszeitpunktes und somit der Verkürzung der Abzinsungsperiode ergibt. Der Zinsaufwand wird mit den Erträgen aus dem Deckungsvermögen saldiert. Sowohl der Zinsaufwand als auch das Ergebnis aus dem Deckungsvermögen sind im Sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen sind gemäß den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des Erfüllungsbetrages der ungewissen Verbindlichkeiten oder der drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften unter Berücksichtigung erwarteter Preis- und Kostensteigerungen zu bilden. Mittel- und langfristige Rückstellungen (Restlaufzeit > 1 Jahr) werden mit den von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

Vermögensgegenstände und Schulden in fremder Währung sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte werden zum Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Bei auf Fremdwährung lautenden Termingeschäften des Handelsbestandes erfolgt, nach einer eventuellen Neutralisierung von Bewertungsgewinnen/-verlusten aus Kassakursveränderungen, eine Abgrenzung der Swapstellen sowie eine Bewertung der Reststellen. Die Bank wendet den Grundsatz der besonderen Deckung

gemäß § 340h HGB an. Alle Währungsergebnisse werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Nettopositionen je Währung werden täglich ermittelt.

Derivate (Termin- und Optionsgeschäfte im Zins-, Aktien-, Währungs-, Kredit- und Rohwarenbereich sowie Swapvereinbarungen) werden bei Abschluss dem Handels- oder dem Nichthandelsbestand zugeordnet. Die Berücksichtigung derivativer Finanzinstrumente im Rahmen der handelsrechtlichen Bilanzierung erfolgt auf Basis der einschlägigen Stellungnahmen und Hinweise zur Rechnungslegung des IDW und nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung. Bei strukturierten Finanzinstrumenten, deren derivative Nebenabreden ein anderes Risikoprofil als das Grundgeschäft aufweisen, werden diese Derivate abgespalten, dem Handelsbestand zugeordnet und getrennt bewertet.

Handelsbestände werden in der Bilanz in den Posten Handelsaktiva und -passiva ausgewiesen. Die Bewertung der Handelsgeschäfte erfolgt einzelgeschäftsbezogen. Finanzinstrumente des Handelsbestandes werden gemäß § 340e Abs. 3 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlages für Handelsaktiva und zuzüglich eines Risikoabschlages für Handelspassiva bewertet. Die Ermittlung der Risikozu- und -abschläge erfolgt unter Beachtung der Vorgaben der Bankaufsicht nach den Vorschriften des KWG für sämtliche Handelsbestände. Der Risikoabschlag wird gemäß den Vorgaben der SolvV ermittelt. Die Risikozu- und -abschläge werden für jede Risikokategorie vorgenommen. Bonitätsrisiken aus der Erfüllung von Swapgeschäften werden durch einen kontrahentenbezogenen Bewertungsabschlag (Credit Valuation Adjustment, CVA) berücksichtigt. Das CVA wird an jedem Bilanzstichtag durch die Bewertung des potenziellen Ausfallrisikos unter Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten und des Effekts von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Wertänderungen, realisierte Gewinne und Verluste, Provisionen und laufende Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestandes sowie Zinsaufwendungen zur Refinanzierung der Handelsaktivitäten werden im Nettoertrag des Handelsbestandes ausgewiesen.

Gemäß § 340e Abs. 4 HGB wird zum Abschlussstichtag ein Betrag, der mindestens zehn vom Hundert der Nettoerträge des Handelsbestandes entspricht, dem gesonderten Bestand im Sonderposten für allgemeine Bankrisiken zugeführt. Die Zuführung erfolgt, bis der entsprechende Bestand 50 % des Durchschnitts der letzten fünf vor dem Berechnungstag erzielten jährlichen Nettoerträge des Handelsbestandes übersteigt oder eine Auflösung zum Ausgleich von Nettoaufwendungen des Handelsbestandes vorgenommen wird. Die Zuführung/Auflösung erfolgt zulasten/zugunsten des Postens Nettoertrag des Handelsbestandes.

Derivate außerhalb des Handelsbestandes und des in Bewertungseinheiten befindlichen Bestandes werden zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Bankbuch eingesetzt. Bei der Bewertung des Bankbuchs wird für das allgemeine Zinsrisiko eine Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen Aktiva und Passiva einschließlich der Zinsderivate durchgeführt. Dabei werden Forderungen, verzinsliche Wertpapiere, Verbindlichkeiten und Derivate des Bankbuchs nicht hinsichtlich Marktpreisrisiken einzeln imparitätlich bewertet, sondern in einem so genannten Refinanzierungsbund gesehen. Die Notwendigkeit zur Bildung einer Drohverlustrückstellung aus dem Refinanzierungsverbund war nicht gegeben.

Laufende Erträge aus Swapgeschäften des Nichthandelsbestandes werden zeitanteilig abgegrenzt und unter den Sonstigen Vermögensgegenständen bzw. Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die Helaba hat im Bankbuch Mikrobewertungseinheiten gemäß § 254 HGB gebildet, die sich aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve und den zugehörigen, zu Sicherungszwecken abgeschlossenen Zinsswaps zusammensetzen (so genannten Asset Swaps). Allen Mikrobewertungseinheiten liegt dabei die Absicherung des Zinsrisikos zugrunde.

Zur Bilanzierung latenter Steuern wurden passive latente Steuern mit aktiven latenten Steuern aus handels- und steuerrechtlich voneinander abweichenden Wertansätzen verrechnet. Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive latente Steuern werden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert. Für die Bewertung der temporären Differenzen wurde der für die in- und ausländischen Berichtseinheiten jeweils maßgebliche Ertragsteuersatz verwendet. Im Inland ergibt sich für die Bank bei einem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 450 % ein kombinierter Ertragsteuersatz von 31,6 %.

(2) Ausweis und Vergleichszahlen des Vorjahres

Die Bank wendet nach der Änderung der Vorschriften zur RechKredV bezüglich des Formblatts 1 die Vorschriften für Pfandbriefbanken an. Es wurden Anpassungen in der Darstellung der Bilanz vorgenommen. Die Untergliederung der folgenden Bilanzposten gegenüber dem Vorjahr ist geändert worden: Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, Verbriefte Verbindlichkeiten sowie Rechnungsabgrenzungsposten.

In der GuV wird die Aufzinsung der mittel- und langfristigen Rückstellungen im Sonstigen betrieblichen Aufwand gezeigt.

Die in der Bilanz, der GuV und im Anhang dargestellten Beträge des Jahres 2010 sind nicht mit denen zum 31. Dezember 2009 vergleichbar. In Übereinstimmung mit Art. 67 Abs. 8 EGHGB hat die Bank die Vorjahreszahlen im Jahr der Erstanwendung des BilMoG grundsätzlich nicht angepasst. Zugunsten einer besseren Verständlichkeit des Abschlusses sind jedoch nachfolgend die Veränderung des bilanziellen Ausweises aufgrund von Umgliederungen, Umbewertungen sowie aufgrund des Ansatzes von Derivaten auf Postenebene erläuternd dargestellt.

in Mio. €

Aktivseite	31.12.2009	Anpassung	Vergleichswert 01.01.2010
Barreserve	272	–	272
Forderungen an Kreditinstitute	21.143	–5.633	15.510
Forderungen an Kunden	79.577	–2.470	77.107
Schuldverschreibungen u. a. festverz. WP	40.324	–30.755	9.569
Aktien u. a. nicht festverz. WP	1.677	–239	1.438
Handelsbestand (Aktiv)	0	45.251	45.251
Beteiligungen	560	–4	556
Anteile an verb. Unternehmen	2.043	4	2.047
Treuhandvermögen	968	–	968
Immaterielle Anlagewerte	19	–	19
Sachanlagen	50	–	50
Sonstige Vermögensgegenstände	2.053	–549	1.504
Rechnungsabgrenzungsposten (Aktiv)	209	0	209
Summe Aktiva	148.895	5.605	154.500

Die Umgliederungen aus den Posten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden betreffen im Wesentlichen Geldhandelsgeschäfte und Schuldscheindarlehen, die nun im Handelsbestand (aktiv) ausgewiesen werden.

Aus den Bilanzposten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden Wertpapiere, die mit Handelsabsicht im Handelsbuch abgeschlossen wurden, in den Handelsbestand umgegliedert. Darüber hinaus wurde das Deckungsvermögen für Altersvorsorgeverpflichtungen mit den zugehörigen Pensionsrückstellungen saldiert.

Fremdwährungseffekte für Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden ab 1. Januar 2010 bei den genannten Bilanzposten selbst gezeigt, was zu einer Umgliederung aus dem Posten sonstige Verbindlichkeiten führte.

Aus den Sonstigen Vermögensgegenständen wurden aktivierte Prämien für Optionsrechte und Marginzahlungen des Handels in den Handelsbestand (Aktiv) umgegliedert.

in Mio. €

Passivseite	31.12.2009	Anpassung	Vergleichswert 01.01.2010
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	47.749	-13.267	34.482
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	38.369	-12.502	25.867
Verbriefte Verbindlichkeiten	49.919	-9.936	39.983
Handelsbestand (Passiv)	0	42.230	42.230
Treuhandverbindlichkeiten	968	0	968
Sonstige Verbindlichkeiten	1.476	-530	946
Rechnungsabgrenzungsposten (Passiv)	305	1	306
Rückstellungen	1.220	-370	850
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.338	0	2.338
Genussrechtskapital	742	0	742
Fonds für allg. Bankrisiken	434	0	434
Eigenkapital inkl. GuV-wirksamen Erstanwendungseffekts	5.375	-21	5.354
Summe Passiva	148.895	5.605	154.500

Aus dem Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden im Wesentlichen Geldhandelsgeschäfte, Repos, Leihegeschäfte und Kontokorrentkonten in den Handelsbestand (Passiv) umgegliedert.

Aus dem Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kunden wurden Geldhandelsgeschäfte und Verbindlichkeiten aus Leerverkäufen in den Handelsbestand (Passiv) umgegliedert.

Die eigenen Emissionen des Handels wurden aus den Verbrieften Verbindlichkeiten in den Handelsbestand (Passiv) umgegliedert.

Die Veränderung der sonstigen Verbindlichkeiten resultiert hauptsächlich aus der Ausweisänderung der passivierten Prämien für Optionsrechte und Marginzahlungen des Handels, die nun im Handelsbestand ausgewiesen werden. Außerdem werden Fremdwährungseffekte der Beteiligungen und der Anteile an verbundenen Unternehmen nicht mehr unter den Sonstigen Verbindlichkeiten respektive Vermögensgegenständen ausgewiesen, sondern direkt bei dem betreffenden Bilanzposten.

Die Rückstellungen haben sich im Wesentlichen aufgrund der Auflösung der Portfoliobewertung für Finanzinstrumente des Handelsbestandes vermindert.

(3) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an angeschlossene Sparkassen	9.004	10.319
Forderungen an verbundene Unternehmen	3.376	2.695
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5	205
Die Unterposition – Andere Forderungen – enthält:		
nachrangige Forderungen	53	50
davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1	0
Restlaufzeiten der Unterposition – Andere Forderungen –:		
bis drei Monate	7.579	3.709
mehr als drei Monate bis ein Jahr	870	2.157
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.230	5.215
mehr als fünf Jahre	3.647	5.770
Als Deckung verwendet	4.424	4.620

(4) Forderungen an Kunden

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
In dieser Position sind enthalten:		
Forderungen an verbundene Unternehmen	2.054	763
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.112	1.949
nachrangige Forderungen	1.085	1.427
davon an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	25	13
Restlaufzeiten:		
bis drei Monate	5.782	4.846
mehr als drei Monate bis ein Jahr	6.846	6.555
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	34.029	34.384
mehr als fünf Jahre	28.985	32.218
mit unbestimmter Laufzeit	1.355	1.574
Als Deckung verwendet	22.675	19.909

(5) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Verbriefte Forderungen		
an verbundene Unternehmen	–	2
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	748	886
Von den börsenfähigen Wertpapieren sind		
börsennotiert	9.749	37.693
nicht börsennotiert	385	2.631
Restlaufzeiten:		
im Folgejahr fällig werdende Beträge	591	11.311
Nachrangige Vermögensgegenstände	366	39
Im Rahmen von Offenmarktgeschäften sind in Pension gegeben	–	1.600
Buchwert der Wertpapiere im Anlagebestand	924	1.178
Beizulegender Wert der Wertpapiere im Anlagebestand	841	1.087
Vorübergehende Wertminderung der Wertpapiere im Anlagebestand	83	120

(6) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Von den börsenfähigen Wertpapieren sind		
börsennotiert	4	226
nicht börsennotiert	63	10

Der Posten beinhaltet sieben Anteile an ausschließlich von der Helaba gehaltenen Wertpapiersondervermögen (Mischfonds bzw. reine Rentenfonds) mit einem Buchwert von insgesamt 1,4 Mrd. €. Im Rahmen der langfristigen Investitionsabsicht der Helaba investieren diese Sondervermögen überwiegend in zinstragende Wertpapiere. Weitere Anteile entfallen auf 36 % eines Publikumsfonds (Buchwert 22,9 Mio. €) mit einer weltweit und an Aktienmärkten orientierten Anlagestrategie sowie 16 % eines Mischfonds (Buchwert 5 Mio. €). Zum Bilanzstichtag erfolgte die Bewertung bei allen Anteilen zu einem eventuellen niedrigeren Marktwert. Es bestanden keine wesentlichen Kurswertreserven am Bilanzstichtag. Die Erträge aus erhaltenen Ausschüttungen im Jahr 2010 betragen insgesamt 42,4 Mio. €.

(7) Handelsbestand (aktiv)

in Mio. €

	31.12.2010
Derivative Finanzinstrumente	6.703
Forderungen	7.163
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	27.522
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	57
Sonstige Vermögensgegenstände	–
Nachrangige Vermögensgegenstände	19

(8) Beteiligungen

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Von den Wertpapieren sind		
börsenfähig	72	106
börsennotiert	53	86

Sechs Beteiligungen mit einem Gesamtbuchwert von 61 Mio. € (Zeitwert 57 Mio. €), wurden nicht zum vorübergehend niedrigeren Zeitwert angesetzt. Im Wesentlichen ergeben sich Abweichungen aus branchentypischen Anlaufverlusten bei Beteiligungen an Infrastruktur-, Private Equity- und Mezzaninefonds sowie Währungseffekten.

Nach einem teilweisen Anteilsverkauf der Anteile an der HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG sind die direkt gehaltenen Anteile an der HANNOVER LEASING und deren Beteiligungsbesitz nicht mehr als Anteile an verbundenen Unternehmen zu klassifizieren. Sie wurden entsprechend von der Position Anteile an verbundenen Unternehmen in die Position Beteiligungen umgliedert.

(9) Anteile an verbundenen Unternehmen

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Von den Wertpapieren sind		
börsenfähig	150	137
börsennotiert	–	–

(10) Treuhandvermögen

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Das Treuhandvermögen gliedert sich nach Positionen des Gliederungsschemas der RechKredV in		
Forderungen an Kreditinstitute	13	6
Forderungen an Kunden	653	696
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1	–
Beteiligungen	52	52
Anteilsbesitz an verbundenen Unternehmen	203	203
Sonstige Vermögensgegenstände	9	10

(11) Immaterielle Anlagewerte

Der Bilanzausweis beinhaltet im Wesentlichen die Bestände an erworbener standardisierter Software.

(12) Sachanlagen

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
In dieser Position sind enthalten:		
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	16	16
Betriebs- und Geschäftsausstattung	25	24

(13) Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzausweis beinhaltet im Wesentlichen Zinsforderungen aus Swapvereinbarungen im Nichthandel, Verrechnungsansprüche gegenüber Sondervermögen sowie gezahlte Optionsprämien.

(14) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
In dieser Position sind enthalten:		
Agien aus Forderungen	15	4
Disagien aus Verbindlichkeiten und begebenen Schuldverschreibungen	170	172

(15) Echte Pensionsgeschäfte

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
In Pension gegebene Vermögensgegenstände des Handelsbestandes	1.920	1.716

(16) Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Für nachfolgende Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände in angegebener Höhe übertragen:		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.681 ¹⁾	6.836
Handelspassiva	3.301 ¹⁾	–

1) Einschließlich 591 Mio. € (2009: 409 Mio. €) in Pension genommener Wertpapiere, die an Kreditinstitute im Zusammenhang mit echten Pensionsgeschäften weiterübertragen wurden.

(17) Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
	33.686	32.628

(18) Anlagenspiegel

in Mio. €

Anlagevermögen	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Gesamt
Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.2010	78	144	1.178	639	2.064	4.103
Zugänge	6	5	–	64	11	86
Abgänge	8	11	254	106	35	414
Umbuchungen	–	–	–	35	–35	0
Wechselkursveränderungen	1	1	–	–1	14	15
Kumulierte Abschreibungen	61	91	–	110	21	283
Bilanzwert am 31.12.2010	16	48	924	521	1.998	3.507
Bilanzwert Vorjahr	18	50	1.178	560	2.043	3.849
Abschreibungen 2010	8	5	–	36	–	49

(19) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	5.945	8.599
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	4.306	4.196
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9	22
Restlaufzeiten der Unterposition – mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist –		
bis drei Monate	5.133	9.940
mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.969	10.892
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	15.027	12.651
mehr als fünf Jahre	11.446	11.032

(20) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	659	707
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	26	105
Restlaufzeiten der Unterposition – andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist –		
bis drei Monate	4.196	8.747
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.441	3.103
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	7.940	7.377
mehr als fünf Jahre	7.616	9.314

(21) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
In dieser Position sind enthalten:		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	21	5
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	771	716
Restlaufzeiten der Unterposition – begebene Schuldverschreibungen –		
im Folgejahr fällig werdende Beträge	7.784	7.093
Restlaufzeiten der Unterposition – andere verbrieft Verbindlichkeiten –		
bis drei Monate	1.658	8.232
mehr als drei Monate bis ein Jahr	113	3.680
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	–	–
mehr als fünf Jahre	–	–

(22) Handelsbestand (passiv)

in Mio. €

	31.12.2010
Derivative Finanzinstrumente	7.306
Verbindlichkeiten	32.485

(23) Treuhandverbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Die Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich in		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10	11
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	860	894
Sonstige Verbindlichkeiten	61	63

(24) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Wesentliche Posten sind:		
Zinsverpflichtungen aus Swapvereinbarungen des Nichthandelsbestandes	440	555
erhaltene Optionsprämien des Nichthandelsbestandes	39	512
Ausgleichsposten aus der Devisenbewertung	172	196
Zinsen für Genussrechte und Stille Einlagen	130	130

(25) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Die Position enthält im Wesentlichen		
Disagien aus dem Darlehensgeschäft	181	204
Agien aus Verbindlichkeiten	34	31

(26) Rückstellungen

Aufgrund der Anwendung von Artikel 67 Abs. 1 S. 1 EGHGB ergibt sich zum Bilanzstichtag eine Unterdeckung der ausgewiesenen Pensionsrückstellungen in Höhe von 185 Mio. €.

Die Anschaffungskosten der gemäß § 246 Abs. 2 S. 2 HGB mit Rückstellungen verrechneten Vermögensgegenstände betragen 21 Mio. €, der beizulegende Zeitwert 22 Mio. €. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beläuft sich auf 29 Mio. €. In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden Erträge aus diesen Vermögensgegenständen in Höhe von 668 Tsd. € mit Aufwendungen aus den korrespondierenden Schulden in Höhe von 1.270 Tsd. € verrechnet.

Die anderen Rückstellungen wurden im Wesentlichen für dem Personalbereich zuzuordnende Sachverhalte, für Bonitäts- und Länderrisiken im außerbilanziellen Kreditgeschäft gebildet. Weitere Rückstellungsbeträge entfallen auf diverse der Höhe oder dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten.

(27) Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Mittelaufnahmen, die jeweils 10 % der Gesamtposition übersteigen, sind wie folgt ausgestaltet:

Währungsbetrag in Mio. €	Aktueller Zinssatz in %	Fällig im Jahr	Vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung
650	5,50	2015	–
250	4,125	2016	–

Die Bedingungen der Nachrangigkeit dieser Mittel entsprechen den Anforderungen des Kreditwesengesetzes für die Anrechnung als haftendes Eigenkapital. Eine Umwandlung in Kapital oder andere Schuldformen ist weder vereinbart noch vorgesehen.

Im Ausweis sind anteilige Zinsen in Höhe von 10 Mio. € (2009: 10 Mio. €) enthalten. Für nachrangige Mittelaufnahmen betrug der Zinsaufwand im Geschäftsjahr 94 Mio. € (2009: 100 Mio. €).

(28) Von den Schulden lauten auf Fremdwährung

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
	26.156	24.653

(29) Eigene Mittel

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
Die Eigenmittel (ohne Bilanzgewinn) gemäß Bilanz setzen sich zum Jahresende 2010 wie folgt zusammen:		
Gezeichnetes Kapital	3.450	3.450
a) Stammkapital	477	477
b) Einlagen stiller Gesellschafter	2.973	2.973
Kapitalrücklage	658	658
Gewinnrücklagen	1.375	1.252
Einschließlich des Genussrechtskapitals,	729	742
des Fonds für allgemeine Bankrisiken	445	425
sowie nachrangiger Verbindlichkeiten	2.303	2.339
beliefen sich die aus der Bilanz ersichtlichen haftenden Eigenmittel auf	8.960	8.866

Die Bestände der Gewinnrücklagen per 31. Dezember 2010 berücksichtigen eine Rücklagenzuführung in Höhe von 123 Mio. € aus dem Jahresüberschuss 2010.

Der auf den Sonderposten nach § 340e HGB entfallende und damit einer Ausschüttungssperre unterliegende Anteil des Fonds für allgemeine Bankrisiken beträgt 20 Mio. €.

(30) Eventualverbindlichkeiten

	in Mio. €	
	31.12.2010	31.12.2009
In den Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen sind Kreditburgschaften enthalten in Höhe von	3.928	4.428

Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme in den nächsten 30 Tagen wird analog aufsichtsrechtlicher Bestimmungen mit 5 % angesetzt.

(31) Andere Verpflichtungen

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Es bestehen:		
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	2.729	3.003
Unwiderrufliche Kreditzusagen für Buchkredite	17.233	19.167

(32) Pfandbriefe und Deckungsrechnung

Gesamtübersicht gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG

in Mio. €

	Nennwert		Barwert	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Hypothekendarfandbriefe				
Deckungsmasse	8.895	8.389	9.220	8.744
Pfandbriefumlauf	5.794	5.546	6.078	5.853
Überdeckung	3.101	2.843	3.142	2.891
Risikobarwert gemäß Barwertverordnung	–	–	3.004	2.733
Öffentliche Pfandbriefe				
Deckungsmasse	20.514	19.604	21.492	20.380
Pfandbriefumlauf	14.912	13.933	15.801	14.730
Überdeckung	5.602	5.671	5.691	5.650
Risikobarwert gemäß Barwertverordnung	–	–	5.146	5.267

Zum Geschäftsjahresende befinden sich keine Derivate in Deckung.

Der Risikobarwert gemäß Barwertverordnung gibt den barwertigen Deckungssaldo nach Stresstest an. Für die Simulation von Zinsrisiken wurde das interne Modell MaRC² herangezogen. Die Simulation von Währungsrisiken erfolgte auf Basis des dynamischen Verfahrens.

Aufgliederung der Deckungswerte nach Zinsbindungsfristen und Aufgliederung der Pfandbriefe nach Restlaufzeiten gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG

in Mio. €

	Deckungsmasse		Pfandbrief	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Zinsbindungsfristen/Restlaufzeiten				
Hypothekendarfandbriefe				
bis ein Jahr	2.089	2.699	651	1.054
mehr als ein Jahr bis zwei Jahre	1.209	726	1.213	649
mehr als zwei Jahre bis drei Jahre	1.578	807	778	1.052
mehr als drei Jahre bis vier Jahre	1.377	882	968	552
mehr als vier Jahre bis fünf Jahre	971	915	111	155
mehr als fünf Jahre bis zehn Jahre	1.500	2.344	1.559	1.645
über zehn Jahre	172	16	514	439
Öffentliche Darfandbriefe				
bis ein Jahr	2.385	3.260	2.798	1.515
mehr als ein Jahr bis zwei Jahre	2.405	1.701	2.242	2.703
mehr als zwei Jahre bis drei Jahre	2.778	1.960	2.670	1.878
mehr als drei Jahre bis vier Jahre	2.214	2.195	1.239	2.028
mehr als vier Jahre bis fünf Jahre	3.329	1.933	903	1.010
mehr als fünf Jahre bis zehn Jahre	5.216	6.551	3.274	2.983
über zehn Jahre	2.187	2.005	1.787	1.816

Weitere Deckungswerte gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4 DarfandBG

in Mio. €

	Weitere Deckung	
	31.12.2010	31.12.2009
Hypothekendarfandbriefe		
Deckungsmasse	8.895	8.389
davon Weitere Deckung	560	1.181
Öffentliche Darfandbriefe		
Deckungsmasse	20.514	19.604
davon Weitere Deckung	225	69

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarlehen nach Nutzungsart

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Gewerblich	6.653	5.729
Wohnwirtschaftlich	1.682	1.479
Weitere Deckung	560	1.181

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarlehen nach Nutzungsart und Land

Davon Aufgliederung wohnwirtschaftlich genutzt:

Land	Wohnungen		Einfamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Bauplätze/ Rohbauten		Summe	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Deutschland	88	103	106	117	1.486	1.258	2	1	1.682	1.479

Davon Aufgliederung gewerblich genutzt:

Land	Bürogebäude		Handelsgebäude		Industriegebäude		Sonstige Gebäude		Bauplätze/ Rohbauten		Summe	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Deutschland	3.582	3.517	2.088	1.818	180	104	272	246	29	45	6.151	5.730
Frankreich	130	-	-	-	-	-	0	-	-	-	130	-
Luxemburg	73	-	-	-	-	-	-	-	-	-	73	-
Schweden	84	-	42	-	36	-	6	-	-	-	168	-
Niederlande	131	-	-	-	-	-	-	-	-	-	131	-
Gesamt	4.000	3.517	2.130	1.818	216	104	278	246	29	45	6.653	5.730

Aufgliederung der Deckungsmasse der Hypothekendarlehen nach Größenklassen

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
bis 0,3 Mio. €	327	377
bis 5 Mio. €	1.427	1.426
Größer 5 Mio. €	6.581	5.405
Weitere Deckung	560	1.181

Der Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen betrug 0 Mio. € (2009: 0,1 Mio. €) und betraf deutsche Hypotheken. Im Geschäftsjahr traten weder Zwangsversteigerungs- noch Zwangsverwaltungsfälle auf noch mussten Grundstücke zur Vermeidung von Verlusten übernommen werden.

Zinsrückstände aus dem Hypothekengeschäft

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Gewerblich	0,0	0,1
Wohnwirtschaftlich	0,0	0,0
Gesamtbetrag	0,0	0,1

Aufgliederung der Deckungswerte für Öffentliche Pfandbriefe nach Schuldner

Land	Staat		Regionale Gebietskörperschaft		Örtliche Gebietskörperschaft		Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute/Sonstige		Summe	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Deutschland	807	801	2.071	1.601	7.881	6.587	8.162	9.139	18.921	18.128
Frankreich inkl. Monaco	–	–	10	15	–	–	79	1	89	16
Großbritannien/ Nordirland	1	1	–	–	–	–	–	–	1	1
Italien	3	3	–	–	–	–	17	–	20	3
Niederlande	1	1	–	–	–	–	–	–	1	1
Spanien	–	–	1.394	1.453	–	–	11	–	1.405	1.453
Österreich	2	2	–	–	–	–	75	–	77	2
Gesamt	814	808	3.475	3.069	7.881	6.587	8.344	9.140	20.514	19.604

Die mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen beliefen sich bei den öffentlichen Pfandbriefen auf einen Gesamtbetrag von 0 Tsd. € (2009: 0 Tsd. €).

(33) Derivative Finanzinstrumente des Nichthandelsbestandes

Die Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten werden erstmals getrennt nach Handels- und Nichthandelsbeständen vorgenommen.

Die Darstellung des Geschäfts mit derivativen Produkten des Nichthandelsbestandes erfolgt entsprechend den Publizitätsanforderungen gemäß § 285 Nr. 19 HGB i. V. m. § 36 RechKredV. Derivative Finanzinstrumente im Nichthandelsbestand werden zur Absicherung bzw. zur Steuerung von Risiken von Bankbuchgeschäften abgeschlossen (Aktiv-/Passivsteuerung).

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Nichthandelsbestandes hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1 % erhöht. Während das Volumen der Geschäfte mit zinsrisikobehafteten Derivaten nahezu unverändert geblieben ist, wurde das Geschäft mit währungsrisikobehafteten Derivaten leicht gesteigert. Das Volumen der Kreditderivate war gegenüber dem Vorjahr rückläufig.

Derivative Geschäfte des Nichthandelsbestandes – Darstellung der Volumina –

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2010
Zinsrisiken				
Zinsswaps	76.153	75.138	3.431	2.235
FRAs	-	-	-	-
Zinsoptionen	5.510	4.859	11	365
Käufe	512	340	11	0
Verkäufe	4.998	4.519	0	365
Caps, Floors	6.351	1.326	63	44
Börsenkontrakte	6.065	13.116	1	1
sonst. Zinstermingeschäfte	-	-	-	-
Zinsrisiken – insgesamt –	94.079	94.439	3.506	2.645
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	3.603	24	41	24
Währungsswaps/Zinsswaps	11.648	13.077	265	452
Devisenoptionen	-	-	-	-
Käufe	-	-	-	-
Verkäufe	-	-	-	-
Währungsrisiken – insgesamt –	15.251	13.101	306	476
Aktien- und sonst. Preisrisiken				
Aktioptionen	2	-	0	-
Käufe	2	-	0	-
Verkäufe	-	-	-	-
Börsenkontrakte	-	-	-	-
Aktien-, sonst. Preisrisiken – insgesamt –	2	-	0	-
Kreditderivate				
Käufe	51	331	3	2
Verkäufe	2.012	2.428	0	95
Kreditderivate – insgesamt –	2.063	2.759	3	97
Rohwarenrisiken				
Rohwarenswaps	-	-	-	-
Rohwarenrisiken – insgesamt –	-	-	-	-
Gesamtsumme	111.395	110.299	3.815	3.218

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateral-Vereinbarungen finden hier keine Berücksichtigung.

Positive Markt-/Barwerte, die als Indikator für die mit diesen Geschäften verbundenen potenziellen Adressenausfallrisiken dienen können, betragen 3,4 % des Nominalwertes. Die Marktwerte sind aufgrund des Absicherungscharakters der Geschäfte stets im Zusammenhang mit den zugrundeliegenden Geschäften zu sehen.

Den Marktwerten stehen z. T. noch nicht vereinnahmte Prämien- und Sonderzahlungsflüsse sowie Zinsabgrenzungen aus Derivaten gegenüber, die in der Bilanz unter den Sonstigen Vermögensgegenständen/Verbindlichkeiten ausgewiesen sind. Dabei entfallen von den insgesamt im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Aktiva (876 Mio. €) 39 Mio. € auf gezahlte Optionsprämien, von den im Zusammenhang mit Derivaten stehenden Passiva (546 Mio. €) 39 Mio. € auf erhaltene Optionsprämien.

Derivative Geschäfte des Nichthandelsbestandes – Fristengliederung –

in Mio. €

Nominalwerte	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonst. Preisrisiken		Kreditderivate		Rohwarenderivate	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Restlaufzeiten										
bis drei Monate	8.297	16.688	4.262	329	-	-	-	-	-	-
bis ein Jahr	9.069	8.414	1.781	1.458	-	-	25	200	-	-
bis fünf Jahre	51.140	41.878	6.572	8.365	2	-	1.261	1.588	-	-
über fünf Jahre	25.573	27.459	2.636	2.949	-	-	777	971	-	-
Summe	94.079	94.439	15.251	13.101	2	-	2.063	2.759	-	-

Bei den Zinsgeschäften war das Volumen im kurzfristigen Laufzeitbereich bedingt durch Fälligkeiten von Börsenterminkontrakten rückläufig, im mittelfristigen Laufzeitbereich wurde das Volumen moderat gesteigert. Beim Zinsgeschäft beträgt der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbereiches (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 18,5 % (2009: 26,6 %). Die Volumenerhöhung bei den währungsrisikobehafteten Geschäften betrifft den kurzfristigen Laufzeitbereich.

Derivative Geschäfte des Nichthandelsbestandes – Kontrahentengliederung –

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2010
Banken in der OECD	98.004	87.990	3.553	2.976
Öffentliche Stellen in der OECD	24	30	1	0
Sonstige Kontrahenten	13.367	22.279	261	242
Summe	111.395	110.299	3.815	3.218

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken. Die Helaba schließt derivative Geschäfte überwiegend mit erstklassigen Adressen, vornehmlich OECD-Banken, ab.

Der überwiegende Anteil der positiven Marktwerte und damit der Wiedereindeckungsrisiken konzentriert sich wie schon in den Vorjahren auf OECD-Banken.

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt der Anteil 45,4 %.

(34) Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestandes

Die Darstellung des Geschäfts mit derivativen Produkten erfolgt entsprechend den Publizitätsanforderungen gemäß § 285 Nr. 20 HGB i. V. m. § 36 RechKredV.

Das Nominalvolumen derivativer Geschäfte des Handels hat sich gegenüber dem Vorjahr um 17 % erhöht. Die Steigerung betrifft größtenteils die kurzfristigen Zinsterminkontrakte. Währungsbezogene Transaktionen wurden moderat gesteigert, das Volumen der Kreditderivate wurde durch Schließung von gegenläufigen Positionen zurückgeführt.

Derivative Geschäfte des Handelsbestandes – Darstellung der Volumina –

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2010
Zinsrisiken				
Zinsswaps	272.085	266.071	4.786	5.769
FRAs	43.168	1.494	6	8
Zinsoptionen	16.299	7.969	458	451
Käufe	8.029	3.849	457	0
Verkäufe	8.270	4.120	1	451
Caps, Floors	25.320	23.047	207	128
Börsenkontrakte	55.060	40.474	7	7
sonst. Zinstermingeschäfte	294	90	0	0
Zinsrisiken – insgesamt –	412.226	339.145	5.464	6.363
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	29.470	25.023	643	428
Währungsswaps/Zinswährungsswaps	7.631	7.734	413	346
Devisenoptionen	939	2.365	15	20
Käufe	474	1.179	15	0
Verkäufe	465	1.186	0	20
Währungsrisiken – insgesamt –	38.040	35.122	1.071	794
Aktien- und sonst. Preisrisiken				
Aktienoptionen	232	198	20	12
Käufe	135	94	18	1
Verkäufe	97	104	2	11
Börsenkontrakte	631	381	79	45
Aktien-, sonst. Preisrisiken – insgesamt –	863	579	99	57
Kreditderivate				
Käufe	3.929	8.684	42	24
Verkäufe	4.544	9.060	26	67
Kreditderivate – insgesamt –	8.473	17.744	68	91
Rohwarenrisiken				
Rohwarenswaps	19	9	1	1
Rohwarenrisiken – insgesamt –	19	9	1	1
Gesamtsumme	459.621	392.599	6.703	7.306

Neben den Nominalvolumina sind die positiven und negativen Marktwerte getrennt ausgewiesen. Netting- oder Collateral-Vereinbarungen finden hier keine Berücksichtigung.

Positive Markt-/Barwerte, die als Indikator für die mit diesen Geschäften verbundenen potenziellen Adressenausfallrisiken dienen können, betragen 1,5 % des Nominalwertes.

Derivative Geschäfte des Handelsbestandes – Fristengliederung –

in Mio. €

Nominalwerte	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonst. Preisrisiken		Kreditderivate		Rohwarenderivate	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Restlaufzeiten										
bis drei Monate	145.241	97.497	19.597	16.413	183	238	510	386	4	2
bis ein Jahr	72.209	67.434	8.655	9.935	122	141	1.265	1.632	12	3
bis fünf Jahre	118.697	108.448	8.621	7.664	558	200	6.012	14.240	3	4
über fünf Jahre	76.079	65.766	1.167	1.110	–	–	686	1.486	–	0
Summe	412.226	339.145	38.040	35.122	863	579	8.473	17.744	19	9

Die Volumensteigerung bei den Zinsgeschäften betrifft vor allem den kurzfristigen Laufzeitbereich. Beim Zinsgeschäft beträgt der Anteil des kurzfristigen Laufzeitbereiches (bis ein Jahr Restlaufzeit) am gesamten Geschäft dieser Risikokategorie nunmehr 52,8 % (2009: 48,6 %). Bei den Devisengeschäften wurde das Volumen im kurz- und mittelfristigen Laufzeitbereich leicht erhöht, im langfristigen Bereich ist das Volumen nahezu unverändert. Der Volumenanstieg der Geschäfte mit Aktienrisiken betrifft den mittelfristigen Laufzeitbereich.

Derivative Geschäfte des Handelsbestandes – Kontrahentengliederung –

in Mio. €

	Nominalwerte		Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2010
Banken in der OECD	328.611	288.778	3.995	5.969
Banken außerhalb der OECD	115	–	0	0
Öffentliche Stellen in der OECD	17.588	8.704	660	547
Sonstige Kontrahenten	113.307	95.117	2.048	790
Summe	459.621	392.599	6.703	7.306

Die Kontrahentengliederung dient der Darstellung der mit dem derivativen Geschäft verbundenen Adressenausfallrisiken. Die Helaba schließt derivative Geschäfte überwiegend mit erstklassigen Adressen, vornehmlich OECD-Banken, ab.

Der überwiegende Anteil der positiven Marktwerte und damit der Wiedereindeckungsrisiken konzentriert sich wie schon in den Vorjahren auf OECD-Banken.

Ein wesentlicher Teil der Geschäfte mit sonstigen Kontrahenten entfällt auf Börsenkontrakte; bezogen auf das Nominalvolumen beträgt der Anteil 49,2 %.

Der Anteil der Derivate des Handelsbestandes am gesamten Derivatevolumen hat gegenüber dem Vorjahr auf 80,5 % (2009: 78,1 %) leicht zugenommen.

Wie in den vergangenen Jahren bilden Zinskontrakte den Schwerpunkt der Handelstätigkeit. Hier entfallen nunmehr 81,4 % des Gesamtbestandes auf den Handelsbestand (2009: 78,2 %). Bei den Währungsrisiken betreffen 71,4 %, bei den Kreditderivaten 80,4 % der Kontrakte den Handelsbestand.

(35) Handelsprodukte

in Mio. €

	Aktiv	Passiv	Nettoertrag des Handelsbestandes
	31.12.2010	31.12.2010	31.12.2010
Derivative Finanzinstrumente			
Zinshandel	5.464	6.363	-264
Aktienhandel	99	57	-168
Devisenhandel	1.071	794	-9
Kreditderivate	68	91	-8
Rohwaren	1	1	0
Forderungen/Verbindlichkeiten			
Schuldscheindarlehen	2.446	-	172
Tages- und Termingelder	4.067	20.437	-116
Repos/Reverse Repos/Wertpapierleihe	499	3.454	-15
Begebene Geldmarktpapiere/ Verbriefte Verbindlichkeiten	-	8.473	-75
Sonstiges	151	71	13
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	27.522	50	526
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	57	-	172
Sonstiges			
Provisionen			-30
Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e HGB			-20
Summe	41.445	39.791	178

(36) Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB

Die Bewertungseinheiten der Helaba bestehen aus Asset-Swap-Kombinationen in Form von Mikrobewertungseinheiten. Die Absicherung bezieht sich ausschließlich auf Zinsänderungsrisiken. Für die sich zwischen Grundgeschäft und Sicherungsinstrument ausgleichenden Wertänderungen wird die so genannte Einfrierungsmethode angewendet. Die Grundgeschäfte werden stets zu 100 % des Nominalvolumens für die gesamte Restlaufzeit abgesichert. Die prospektive Wirksamkeit der Bewertungseinheiten ist aufgrund der Übereinstimmung wesentlicher wertbestimmender Faktoren gegeben. Die Ermittlung der prospektiven Effektivität erfolgt überwiegend unter Verwendung der Regressionsanalyse, in Einzelfällen kommt der Critical Term Match zur Anwendung.

Per 31. Dezember 2010 beträgt der Buchwert der in Bewertungseinheiten einbezogenen Wertpapiere 2.024 Mio. €.

Für nicht vollständig ausgeglichene Bewertungseffekte aus dem abgesicherten Risiko wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, für bonitätsinduzierte Wertminderungen der Grundgeschäfte wird eine Abschreibung vorgenommen.

in Mio. €

	31.12.2010
Bonitätsinduzierte Abschreibungen auf Wertpapiere	-7
Drohverlustrückstellung für nicht vollständig ausgeglichene zinsinduzierte Bewertungseffekte	-1

Zusätzlich bestehen Effekte aus der Erstanwendung, die im außerordentlichen Ergebnis erfasst werden.

(37) Gliederung nach geographischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Posten Zinserträge, Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, Provisionserträge, Nettoertrag des Handelsbestandes sowie Sonstige betriebliche Erträge verteilt sich auf die folgenden Märkte:

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Inland	4.170	5.222
Europäische Union ohne Deutschland	220	377
Übriges Ausland	228	257

(38) Provisionserträge

Diese Position enthält im Wesentlichen Provisionserträge aus Bürgschaften und Garantien. Weitere Komponenten bilden Provisionserträge aus Dienstleistungen, die gegenüber Dritten für die Verwaltung und Vermittlung von Wertpapiergeschäften und sonstigen Bankdienstleistungen erbracht wurden.

(39) Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

In der Position Sonstige betriebliche Erträge werden in der Bank im Berichtsjahr unter anderem Erträge aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 23 Mio. € (2009: 26 Mio. €) sowie Kostenerstattungen aus Auftragsarbeiten für Dritte in Höhe von 15 Mio. € (2009: 17 Mio. €) ausgewiesen.

Der Aufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen beträgt 47 Mio. €. Die Aufwendungen für nicht eigengenutzte Gebäude belaufen sich im Berichtsjahr auf 13 Mio. € (2009: 6 Mio. €).

(40) Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorgen im Kreditgeschäft werden in dieser Position ausgewiesen. Beim Ausweis der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft haben wir von der Möglichkeit der Überkreuzkompensation gemäß § 340f HGB Gebrauch gemacht.

(41) Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen und Erträge, mit einem Saldo von –34 Mio. €, resultieren ausschließlich aus der erstmaligen Anwendung des BilMoG.

Die Bank macht von dem Wahlrecht Gebrauch, im Jahr 2010 für die Rückstellung für laufende Pensionen oder Anwartschaften auf Pensionen 1/15 des Unterschiedsbetrages aus der geänderten Rückstellungsbewertung zuzuführen. Dies entspricht einem Aufwand von 13 Mio. €.

Aus der erstmaligen Anwendung der durch das BilMoG geänderten Bewertungsvorschriften für andere Rückstellungen resultiert im Saldo ein außerordentlicher Aufwand von –1 Mio. €. Hierzu tragen Einmalaufwendungen für Personalrückstellungen sowie Einmalerträge aus der Auflösung und Abzinsung einzelner Rückstellungen bei.

Die Bewertung zuvor nicht bewerteter, und jetzt dem Handelsbestand zugeordneter Geschäfte führt zu einem außerordentlichen Aufwand in Höhe von –9 Mio. €.

Aus der Bildung von Bewertungseinheiten resultiert ein außerordentlicher Aufwand in Höhe von –11 Mio. €, davon –10 Mio. € Abschreibungen bei Grundgeschäften auf das nicht abgesicherte Risiko, und –1 Mio. € für Sonstige Rückstellungen für Sicherungsinstrumente, die den ineffektiven Teil des abgesicherten Risikos betreffen.

(42) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Ertragsteuern entfallen im Wesentlichen auf die Besteuerung der in den USA steuerpflichtigen Ergebnisse der Niederlassung New York. Im Inland kommt im Jahr 2010 die Mindestbesteuerung zur Anwendung.

(43) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen der Bank auf das gezeichnete Kapital bei 17 Gesellschaften in Höhe von insgesamt 146 Mio. €. Hiervon entfallen 22 Mio. € auf verbundene Unternehmen. Für zwei Unternehmen besteht eine vertragliche Nachschusspflicht der Bank in Höhe von maximal 17 Mio. €. Des Weiteren besteht eine Nachhaft der Helaba für eventuelle Verbindlichkeiten zweier erloschener Gesellschaften gemäß § 159 Abs. 1 HGB in Höhe von maximal 15 Mio. €.

Die Bank ist als unbeschränkt haftender Gesellschafter an der GLB GmbH & Co. OHG, Frankfurt am Main, und der Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Mainz, beteiligt.

Weiterhin ist die Bank in der Mithaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. angehörender Gesellschafter. Für den Fall der Inanspruchnahme eines früheren Gewährträgers der DekaBank im Rahmen der für die Gewährträgerhaftung geltenden Bestandsschutzregelungen gemäß Brüsseler Verständigung I ist die Helaba zu einem internen anteiligen Haftungsausgleich verpflichtet.

Den Sicherungseinrichtungen der deutschen Sparkassenorganisation ist die Bank über ihre Mitgliedschaft in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen. Diese Sicherungseinrichtung hat institutssichernde Wirkung, das heißt, sie ist darauf angelegt, die angeschlossenen Institute selbst in ihrem Bestand zu schützen. Im Fall des Eintritts von Stützungsfällen besteht eine Nachschussverpflichtung in Höhe von ca. 160 Mio. €.

Des Weiteren ist die Helaba dem Reservefonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen angeschlossen. Er gewährleistet eine zusätzliche, neben den bestehenden Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge und entfaltet nicht nur instituts-, sondern auch gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von der Landesbank Hessen-Thüringen und den Sparkassen sukzessive dotiert, bis 5‰ der Bemessungsgrundlage (anrechnungspflichtige Positionen gemäß der Solvabilitätsverordnung) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur erstmaligen vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrages.

Zugunsten der Helaba Dublin, eines verbundenen Unternehmens, hat die Bank eine Patronatserklärung gegenüber der irischen Zentralbank abgegeben. Für die Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, trägt die Helaba dafür Sorge, dass die Gesellschaft, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen kann.

Zur Abwicklung von Clearing-Geschäften sowie für außerbilanzielle Ziehungsrisiken waren Wertpapiere im Wert von 2,8 Mrd. € hinterlegt. Der Kurswert der Papiere für das besicherte Geldhandelsgeschäft betrug 1,2 Mrd. €.

Nach ausländischen Bestimmungen waren Wertpapiere mit einem Kurswert von umgerechnet 2,1 Mrd. € als Sicherheitsleistung gebunden.

Die Helaba hat sich verpflichtet, im Falle der Zahlungsunfähigkeit der LBS Immobilien GmbH bzw. der OFB Projektentwicklung GmbH (beide verbundene Unternehmen) deren Ausgleichsbeträge zur jeweiligen Zusatzversorgungskasse zu tragen.

Aus der Rückzahlung von stillen Einlagen können Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 205 Mio. € entstehen.

Weitere Verpflichtungen im Sinne des § 285 Nr. 3 HGB bestehen insbesondere aus langfristigen Immobilienmiet- und Leasingverträgen bankbetrieblich genutzter Immobilien. Für die von der Helaba mit Vertrags- bzw. Kündigungsfristen von 5,5 bis zu 11,3 Jahren genutzten Immobilien sind für 2011 Zahlungsverpflichtungen für Miet- und Leasingraten in Höhe von 32 Mio. € zu erwarten. Sonstige finanzielle Verpflichtungen entstehen im geschäftsüblichen Rahmen zudem aus diversen Miet-, Nutzungs- und Service-Verträgen sowie aus Beratungsvereinbarungen.

Über das von der Helaba initiierte Asset Backed Commercial Paper-Programm Opus Alpha werden Forderungen aus der Geschäftstätigkeit von und für Kunden verbrieft. Neben den Kundentransaktionen befindet sich in Opus Alpha ein ABS-Portfolio (verbrieft Forderungen mit einem beizulegenden Zeitwert von 112 Mio. € (2009: 121 Mio. €), des nach IAS 27/SIC 12 im Konzernabschluss konsolidiert wird, weil die Chancen und Risiken mehrheitlich der Helaba zustehen. Die für Opus Alpha bereitgestellte Liquiditätslinie beträgt 1,4 Mrd. € (2009: 1,2 Mrd. €), davon sind am 31. Dezember 2010 1,2 Mrd. € (31. Dezember 2009: 0,9 Mrd. €) in Anspruch genommen.

Zum Bilanzstichtag bestehen Verpflichtungen aus bedingten und unbedingten Termingeschäften

- im Währungsbereich (Devisentermin- und -optionsgeschäfte, Währungs- und Zinswährungsswaps),
- im Zinsbereich (Termin- und Optionsgeschäfte mit festverzinslichen Wertpapieren und Schuldscheindarlehen, Forward Rate Agreements, Finanzswaps und Optionen darauf, Zinsfutures einschließlich Optionen auf diese Geschäfte sowie Zinsbegrenzungsvereinbarungen),
- im Bereich sonstiger Preisrisiken (Aktien- und Aktienindex-Terminkontrakte/-Optionen),
- im Bereich von Bonitätsrisiken (Kreditderivate),
- im Bereich von Rohwarenrisiken (Commodity Swaps und Optionen).

Unter Risikogesichtspunkten werden im Handelsbestand überwiegend geschlossene Positionen geführt, die sich aus verschiedenen Geschäftsarten zusammensetzen. Sofern derivative Instrumente im Nichthandelsbuch gehalten werden, dienen die Geschäfte im Wesentlichen der Absicherung von Marktrisiken auf der Zins- bzw. Währungsseite.

(44) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Helaba werden Geschäfte mit nach § 285 Nr. 21 HGB als nahestehend anzusehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen. Ergänzend zu dem nach § 285 Nr. 21 HGB geforderten Mindestumfang berichten wir umfassend über die Geschäftsbeziehungen. Die nachfolgenden Angaben betreffen die Geschäftsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, den assoziierten Unternehmen und Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Helaba-Konzerns, dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen als Gesellschafter sowie den Tochterunternehmen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen. Ebenso sind die Angaben zu den nach § 285 Nr. 21 HGB definierten Personen in Schlüsselpositionen der Helaba und des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen einschließlich deren nahe Familienangehörige sowie von diesen Personen beherrschte Unternehmen in den nachstehenden Aufstellungen enthalten.

Zum 31. Dezember 2010 bestanden folgende Forderungen und Verbindlichkeiten sowie außerbilanzielle Verpflichtungen des Helaba-Konzerns gegenüber nahestehenden Unternehmen und Personen:

	31.12.2010	31.12.2009
	in Mio. €	
Forderungen an Kreditinstitute	3.497	3.058
Verbundene Unternehmen	3.376	2.699
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	5	5
Gesellschafter der Helaba	116	354
Sonstige nahestehende Personen	–	–
Forderungen an Kunden	3.534	2.462
Verbundene Unternehmen	2.054	986
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	436	500
Gesellschafter der Helaba	1.044	922
Sonstige nahestehende Personen	71	54
Handelsaktiva	506	–
Verbundene Unternehmen	59	–
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	15	–
Gesellschafter der Helaba	432	–
Sonstige nahestehende Personen	–	–
Sonstige Aktivposten	2	2
Verbundene Unternehmen	2	2
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	–	–
Gesellschafter der Helaba	–	–
Sonstige nahestehende Personen	–	–

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.312	4.175
Verbundene Unternehmen	4.306	4.169
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	6	6
Gesellschafter der Helaba	-	-
Sonstige nahestehende Personen	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	861	931
Verbundene Unternehmen	659	719
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	16	26
Gesellschafter der Helaba	186	186
Sonstige nahestehende Personen	5	0
Handelspassiva	51	-
Verbundene Unternehmen	42	-
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	1	-
Gesellschafter der Helaba	8	-
Sonstige nahestehende Personen	-	-
Sonstige Passivposten	5	5
Verbundene Unternehmen	5	5
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	-	-
Gesellschafter der Helaba	-	-
Sonstige nahestehende Personen	-	-
Eventualverbindlichkeiten	365	841
Verbundene Unternehmen	177	405
Beteiligungen an Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	77	191
Gesellschafter der Helaba	114	59
Sonstige nahestehende Personen	69	186

Die Forderungen an sonstige nahestehende Personen umfassen Kredite an Vorstandsmitglieder in Höhe von 0,2 Mio. € (2009: 0,2 Mio. €) und Kredite an Verwaltungsratsmitglieder in Höhe von 2,5 Mio. € (2009: 2,2 Mio. €).

Wertberichtigungen für bilanzierte Forderungen an nahestehende Unternehmen und Personen bestehen nicht. Forderungsausbuchungen oder Forderungsverzichte sind 2010, ebenso wie 2009, nicht angefallen.

Die von der Bank gezahlten Gesamtbezüge des Vorstandes beliefen sich auf 5,0 Mio. € (2009: 3,7 Mio. €). Dem Verwaltungsrat wurden 0,6 Mio. € (2009: 0,6 Mio. €) und den Beiräten wie im vorangegangenen Jahr 0,1 Mio. € vergütet. An frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden 3,1 Mio. € (2009: 3,7 Mio. €) gezahlt. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis waren 39,9 Mio. € (2009: 31,6 Mio. €) zurückgestellt.

(45) Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

	weiblich	männlich	Gesamt
Bank	980	1.425	2.405
Landesbausparkasse	181	140	321
WIBank – Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen	214	176	390
Gesamtbank	1.375	1.741	3.116

(46) Organe der Bank

Verwaltungsrat

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident
 Sparkassen- und Giroverband
 Hessen-Thüringen
 Frankfurt am Main/Erfurt
 – Vorsitzender –

Dr. Werner Henning

Landrat
 Landkreis Eichsfeld
 Heiligenstadt
 – 1. stv. Vorsitzender –

Karlheinz Weimar

Mitglied des Hessischen Landtages
 Wiesbaden
 – 2. stv. Vorsitzender –

Dieter Mehlich

Vorsitzender des Vorstandes
 Kasseler Sparkasse
 Kassel
 – 3. stv. Vorsitzender –
 – bis 31.12.2010 –

Hans Adler

Vorsitzender des Vorstandes
 Sparkasse Starkenburg
 Heppenheim
 – bis 30.04.2010 –

Prof. Dr. h.c. Ludwig G. Braun

Vorsitzender des Vorstandes
 B. Braun Melsungen AG
 Melsungen

Bernd Fickler

Vorsitzender des Vorstandes
 Kreissparkasse Groß-Gerau
 Groß-Gerau
 – seit 01.05.2010 –

Robert Fischbach

Landrat
 Kreis Marburg-Biedenkopf
 Marburg

Martin Fischer

Vorsitzender des Vorstandes
 Sparkasse Jena-Saale-Holzland
 Jena

Stefan Gielowski

Oberbürgermeister
 Stadt Rüsselsheim
 Rüsselsheim

Stefan Lauer

Mitglied des Vorstandes
 Deutsche Lufthansa AG
 Frankfurt am Main

Christoph Matschie

Minister
 Thüringer Ministerium für Bildung,
 Wissenschaft und Kultur
 Erfurt

Gerhard Möller

Oberbürgermeister
 Stadt Fulda
 Fulda

Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstandes
 Sparkasse Werra-Meißner
 Eschwege
 – seit 11.11.2010 –

Clemens Reif

Mitglied des Hessischen Landtages
 Wiesbaden

Stefan Reuß

Landrat
 Werra-Meißner-Kreis
 Eschwege

Dr. h.c. Petra Roth

Oberbürgermeisterin
 Stadt Frankfurt am Main
 Frankfurt am Main

Thorsten Schäfer-Gümbel

Mitglied des Hessischen Landtages
 Wiesbaden

Dr. Bernd Scheifele

Vorsitzender des Vorstandes
 HeidelbergCement
 Heidelberg

Wolfgang Schuster

Landrat
 Lahn-Dill-Kreis
 Wetzlar

Dr. Rainer Spaeth

Staatssekretär
 Thüringer Finanzministerium
 Erfurt

Dr. Norbert Vornehm

Oberbürgermeister
 Stadt Gera
 Gera

Dr. Manfred Wagner

Vorsitzender des Vorstandes
 Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg
 Bad Hersfeld
 – bis 31.10.2010 –

Alfred Weber

Vorsitzender des Vorstandes
 Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt
 Saalfeld

Stephan Ziegler

Vorsitzender des Vorstandes
 Nassauische Sparkasse
 Wiesbaden

Ulrich Zinn

Vorsitzender des Vorstandes
 Sparkasse Grünberg
 Grünberg

Von der Belegschaft entsandt

Wilfried Abt
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main
– 4. stv. Vorsitzender –

Dr. Robert Becker
Senior Vice President
New York

Nicole Brandt
Bankangestellte
Kassel

Wilfried Carl
Stv. Abteilungsleiter
Kassel

Thorsten Derlitzki
Bankangestellter
Frankfurt am Main

Gabriele Fuchs
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Anke Glombik
Bankprokuristin
Erfurt

Susanne Noll
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Hans Peschka
Stv. Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Erich Roth
Bankangestellter
Frankfurt am Main

Birgit Sahliger-Rasper
Bankangestellte
Frankfurt am Main

Wolf-Dieter Tesch
Abteilungsleiter
Frankfurt am Main

Kreditausschuss des Verwaltungsrates

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Dr. Werner Henning
Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt
– stv. Vorsitzender –

Wilfried Abt
Abteilungsleiter
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main

Martin Fischer
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Jena-Saale-Holzland
Jena

Claus Kaminsky
Oberbürgermeister
Stadt Hanau
Hanau

Frank Lortz
Mitglied des Hessischen Landtages
Wiesbaden

Dieter Mehlich
Vorsitzender des Vorstandes
Kasseler Sparkasse
Kassel
– bis 31.12.2010 –

Gerhard Möller
Oberbürgermeister
Stadt Fulda
Fulda

Dirk Pfeil
Honorargeneralkonsul
Unternehmensberater
Frankfurt am Main

Clemens Reif
Mitglied des Hessischen Landtages
Wiesbaden

Fritz Schröter
Mitglied des Thüringer Landtages
Erfurt
– seit 19.03.2010 –

Wolfgang Wehner
Erfurt
– bis 14.03.2010 –

Ulrich Zinn
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Grünberg
Grünberg

Bilanzprüfungsausschuss des Verwaltungsrates

Gerhard Grandke

Geschäftsführender Präsident
Sparkassen- und Giroverband
Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt
– Vorsitzender –

Stephan Ziegler

Vorsitzender des Vorstandes
Nassauische Sparkasse
Wiesbaden
– 1. stv. Vorsitzender –

Hans Peschka

Stv. Abteilungsdirektor
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Frankfurt am Main
– 2. stv. Vorsitzender –

Hans Adler

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Starkenburg
Heppenheim
– bis 30.04.2010 –

Dr. Robert Becker

Senior Vice President
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
New York

Wilfried Carl

Stv. Abteilungsdirektor
Landesbank Hessen-Thüringen
Girozentrale
Kassel

Dr. Werner Henning

Landrat
Landkreis Eichsfeld
Heiligenstadt

Frank Nickel

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Werra-Meißner
Eschwege
– seit 01.12.2010 –

Dr. Rainer Spaeth

Staatssekretär
Thüringer Finanzministerium
Erfurt

Karlheinz Weimar

Mitglied des Hessischen Landtages
Wiesbaden

Der Verwaltungsrat hat außerdem im Rahmen seiner Befugnisse Aufgaben an einen Personalausschuss, Bauausschuss sowie Beteiligungsausschuss übertragen.

Vorstand

Hans-Dieter Brenner

– Vorsitzender –

Klaus-Dieter Gröb

Rainer Krick

Dr. Norbert Schraad

Johann Berger

– Stellvertretender Vorsitzender –

Dr. Detlef Hosemann

Gerrit Raupach

(47) Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Die Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 285 Nr. 11 und § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB wird in der Anlage des Anhangs dargestellt.

(48) Liste der Mandate in Aufsichtsgremien gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Mandate der Vorstandsmitglieder

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Hans-Dieter Brenner	DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main	Mitglied
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Vorsitzender
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Präsident
	Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Johann Berger	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender
Klaus-Dieter Gröb	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Erster stellvertretender Vorsitzender
	DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main	Mitglied
	Thüringer Aufbaubank, Erfurt	Mitglied
Dr. Detlef Hosemann	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
Rainer Krick	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland (bis 31. Dezember 2010)	Mitglied
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland (bis 28. Februar 2011)	Vorsitzender
	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	Mitglied
	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Stellvertretender Vorsitzender
Gerrit Raupach	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	Mitglied
	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Norbert Schraad	Bundesdruckerei GmbH, Berlin	Mitglied

Mandate anderer Mitarbeiter

Mandatsträger	Kapitalgesellschaft	Funktion
Hartmut Bieneck	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	Mitglied
Dr. Winfried Franke	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz (bis 31. Dezember 2010)	Mitglied
Jörg Hartmann	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Herbert Hirschler	Bürgschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	Mitglied
Jürgen Hofer	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dieter Kasten	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Dr. Ulrich Kirchhoff	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Mitglied
Claudio Miguel Lagemann	Pirelli Deutschland GmbH, Höchst	Mitglied
Dr. Ulrich Pähler	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland	Vorsitzender
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Mitglied
Lothar Steinborn-Reetz	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland	Mitglied
	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	Mitglied

Frankfurt am Main/Erfurt, den 1. März 2011

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Berger	Gröb	Dr. Hosemann
Krick	Raupach	Dr. Schraad	

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale beschrieben sind.“

Frankfurt am Main/Erfurt, den 1. März 2011

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner

Berger

Gröb

Dr. Hosemann

Krick

Raupach

Dr. Schraad

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
1	1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH, Frankfurt am Main	100,00			7,1	0 ¹⁾
2	AARON Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Oberursel	50,00	50,00		-0,7	-14
3	AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	5
4	AGENORAS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Frankfurt am Main	89,80			-0,5	-47
5	Bankservicegesellschaft Rhein-Main mbH, Krieffel	100,00			2,9	257
6	BGT-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0 ¹⁾
7	BGT Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG für Citybauten, Frankfurt am Main	100,00	100,00		78,4	-850
8	BHT Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	0,4	52
9	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt FBM Freizeitbad Mühlhausen KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,3	797
10	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbe- schaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt GZH Gemeindezentrum Hünstetten KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,4	120
11	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt MGK Marstall-Gebäude Kassel KG, Kassel	50,00	50,00	66,67	0,2	26
12	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Sparkassenfiliale Seeheim-Jugenheim KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,8	102
13	BHT-Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Bauland- beschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt TFK II Tiefgarage Kassel 2. BA KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	0,6	127
14	BHT Baugrund Hessen-Thüringen GmbH, Kassel	100,00			0,0	0 ¹⁾
15	BIL Leasing GmbH & Co. Objekt Verwaltungsgebäude Halle KG, München	100,00		0,21	0,0	3
16	BM H Beteiligungs-Managementgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,6	405
17	BS Projektverwaltung GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
18	Bürgerschaftsbank Hessen GmbH, Wiesbaden	21,25	21,25		12,0	325
19	Bürgerschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt	31,50	31,50		16,6	1.162
20	Bürogebäude Darmstädter Landstraße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	15
21	BWT Beteiligungsgesellschaft für den Wirtschaftsaufbau Thüringens mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,4	48
22	Cargo Immobilien GmbH & Co. Projekt 2 KG, Wiesbaden	25,00			-0,4	149
23	Cargo Immobilien GmbH & Co. Projekt 3 KG, Wiesbaden	25,00			0,0	53
24	CEREUS Verwaltungsgesellschaft mbH & Co Vermietungs KG, Pullach	33,33			2,8	-477
25	CORPUS SIREO Holding GmbH, Köln	25,00			0,1	7
26	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln	25,00			75,4	-23.355

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
27	CP Campus Projekte GmbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	0
28	CPC Cellular Process Chemistry GmbH, Frankfurt am Main	33,33		33,33	0,0	-782
29	Div Deutsche Immobilienfonds Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,1	0 ¹⁾
30	DKB Wohnimmobilien Beteiligungs GmbH & Co. KG, Potsdam	94,89			36,2	1.653
31	Dorotheenhöfe Grundstücks-GmbH & Co. KG, Berlin	30,00			0,9	23
32	Dritte Projektentwicklungs-GmbH & Co. Schulen Landkreis Kassel KG, Kassel	100,00			0,1	198
33	Dritte Schulen Landkreis Kassel Verwaltungs-GmbH, Kassel	100,00			0,0	3
34	Erste Veritas Frankfurt GmbH & Co. KG, Kriftel	100,00			70,4	124
35	Fachmarktzentrum Fulda GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,9	-290
36	FAM-Grundstücksverwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	-7
37	Fellnerstraße 5 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,1	-122
38	Francilienne Investments I S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg	23,41			0,2	243
39	Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt am Main	100,00			24,0	1.357
40	Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG, Zürich, Schweiz	100,00	100,00		105,6	8.174
41	Frankfurter Sparkasse, Frankfurt am Main	100,00	100,00		725,7	60.000
42	Franziskanerhof Bonn GmbH & Co. KG, Köln	100,00			2,0	20
43	Franziskanerhof Bonn Verwaltungsgesellschaft mbH, Köln	100,00			0,0	0
44	FRAWO Frankfurter Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,2	0 ¹⁾
45	G & O Alpha Hotelentwicklung GmbH, Eschborn	50,00			0,1	-2
46	G & O Alpha Projektentwicklungs-GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,0	-36
47	G & O Alpha Verwaltungsgesellschaft mbH, Eschborn	50,00			0,0	8
48	G & O Baufeld Alpha 2. BA GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,4	-6
49	G & O Gateway Gardens Dritte GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,0	k. A.
50	G & O Gateway Gardens Erste GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,3	1.687
51	G & O Gateway Gardens Zweite GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,0	k. A.
52	G & O Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,0	-1
53	G+S Bauen und Wohnen GmbH, Frankfurt am Main	100,00			2,6	11
54	G+S Wohnen in Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main	100,00			6,8	418
55	gatelands Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Schönefeld	75,00			-0,7	-268
56	gatelands Verwaltungs GmbH, Schönefeld	75,00			0,0	4
57	GGM Gesellschaft für Gebäude-Management mbH, Erfurt	100,00			0,3	0 ¹⁾
58	GHT Gesellschaft für Projektmanagement Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0 ¹⁾
59	GIB Gesellschaft für Immobilienbewertung mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	k. A.
60	GIMPRO Beteiligungs- und Geschäftsführungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,2	3
61	GOB Dritte E & A Grundbesitz GmbH, Eschborn	47,00			-1,1	-322

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
62	GOB Projektentwicklung E & A GmbH & Co. Vierte Rhein-Main KG, Eschborn	55,00			-0,5	-559
63	GOB Projektentwicklungsgesellschaft E & A mbH, Eschborn	50,00			0,0	3
64	GOB Werfthaus GmbH & Co. KG, Eschborn	50,00			0,1	4.376
65	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33			1,5	530
66	Grundstücksgesellschaft Limes-Haus Schwalbach II GbR, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-20
67	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei GmbH & Co. Projektentwicklung Epinayplatz KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-1.607
68	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Kaiserlei mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,1	16
69	GSG Siedlungsgesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Frankfurt am Main	100,00	5,10		51,9	4.041
70	GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main	100,00			350,7	43.397
71	GWH Immobilien Holding GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		949,9	0 ¹⁾
72	H/H-Capital Management GmbH i. L., Luxemburg, Luxemburg	50,00			7,6	-395
73	HaemoSys GmbH, Jena	38,33			-4,8	-524
74	Hafenbogen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		4,9	-483
75	HANNOVER LEASING GmbH & Co. KG, Pullach	44,79	44,79		19,8	-9.579
76	HANNOVER LEASING Private Invest Beteiligungs GmbH, Pullach	100,00			40,0	422
77	HANNOVER LEASING Private Invest II GmbH & Co. KG, Pullach	91,25			51,7	-1.623
78	HANNOVER LEASING Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	44,79	44,79		0,0	2
79	HANNOVER LEASING Wachstumswerte Asien 1 GmbH & Co. KG, Pullach	54,50			50,2	-1.419
80	Haus am Brüsseler Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-120
81	Haus am Zentralen Platz GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,0	117
82	Helaba-Assekuranz-Vermittlungsgesellschaft mbH, Wiesbaden	50,00	50,00		0,5	221
83	Helaba Beteiligungs-Management-Gesellschaft mbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,5	0 ¹⁾
84	Helaba Dublin Landesbank Hessen-Thüringen International, Dublin, Irland	100,00	100,00		125,0	9.247
85	Helaba International Finance plc, Dublin, Irland	100,00	100,00		5	174
86	Helaba Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		13,0	0 ¹⁾
87	Helaba Projektbeteiligungsgesellschaft für Immobilien mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,9	89
88	HELY Immobilien GmbH & Co. Grundstücksgesellschaft KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00		-4,6	-6.486
89	HELY Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	50,00	50,00		0,0	0
90	Hessen Kapital I GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		16,6	-1.128
91	Hessen Kapital II GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		2,6	-244
92	Hessische Landgesellschaft mbH Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Kassel	36,39	36,39		43,4	766
93	HeWiPPP II GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			2,5	50

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
94	Horrido-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs OHG, Mainz	95,00	95,00	24,00	-16,0	1.661
95	HTB Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	-17
96	IHB Investitions- und Handels-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	100,00	100,00		3,5	165
97	IKT Westhafen GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			-0,2	24
98	Innovationsfonds Hessen Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG i.L., Frankfurt am Main	86,66	86,66		-0,2	-228
99	Innovationsfonds Hessen-Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,1	-1
100	KHR Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Kulturhalle Rödermark KG, Frankfurt am Main	50,00	50,00	66,67	0,9	199
101	LBS Immobilien GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,8	102
102	LB(Swiss) Investment AG, Zürich, Schweiz	100,00			7,1	1.384
103	LHT MSIP, LLC, Wilmington, USA	100,00			5,2	0
104	LHT Power Three LLC, Wilmington, USA	100,00	100,00		0,7	0
105	LHT TCW, LLC, Wilmington, USA	100,00			15,4	0
106	LHT TPF II, LLC, Wilmington, USA	100,00			17,7	0
107	Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs KG, Mainz	21,62			-1,7	1.138
108	Logistikzentrum Rodgau GmbH, Schönefeld	25,00			-0,8	134
109	Magnolia GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,8	-15
110	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	50,00			0,1	5
111	Marienbader Platz Projektentwicklungsgesellschaft mbH & Co. Bad Homburg v. d. H. KG, Frankfurt am Main	50,00			0,3	61
112	MAVEST Vertriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main	100,00			0,0	0 ¹⁾
113	MAVEST Wohnungsbaugesellschaft mbH, Frankfurt am Main	74,59			3,7	585
114	MBG H Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main	32,52	32,52		6,3	180
115	Merian GmbH Wohnungsunternehmen, Frankfurt am Main	90,70			16,3	1.136
116	MIG Immobiliengesellschaft mbH, Mainz	22,73	22,73		-6,7	-151
117	Mittelhessenfonds GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		-0,4	-460
118	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	38,60	38,60		16,9	1.420
119	Multi Park Mönchhof GmbH & Co. KG, Walldorf	50,00			2,9	-32
120	Multi Park Verwaltungs GmbH, Walldorf	50,00			0,0	k. A.
121	NIBU Grundstücksverwaltungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	100,00		5,1	473
122	NORMAN BERRY DRIVE LLC, Norcross, USA	100,00	100,00		2,0	-5
123	Nötzli, Mai & Partner AG, Zürich, Schweiz	70,00			0,5	71
124	NVZ Teltow GmbH, Berlin	100,00			0,3	1.019
125	OFB Beteiligungen GmbH, Frankfurt am Main	100,00			4,9	217
126	OFB Projektentwicklung GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		1,1	0 ¹⁾

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
127	Palladium Praha s.r.o., Prag, Tschechien	83,00			-92,6	-84.502
128	Projektentwicklung BS GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00			-0,4	-427
129	Projektentwicklung Taunusstein GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-1
130	Projektgesellschaft Darmstadt Goethestraße 36 mbH, Frankfurt am Main	51,00			0,0	1
131	Projektgesellschaft Darmstadt Goethestraße 36 mbH & Co. Bauträger KG, Frankfurt am Main	51,00			0,1	33
132	Projektgesellschaft ehem. JVA Erfurt mbH & Co. KG, Erfurt	100,00			0,1	-16
133	Projektgesellschaft Gesundheitszentrum Frauengasse – Jena mbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	-2
134	PVG GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,5	-679
135	Riedemannweg 59-60 GbR, Berlin	32,00	32,00		-4,8	47
136	Rotunde – Besitz- und Betriebsgesellschaft der S-Finanzgruppe bR, Erfurt	60,00	60,00	33,00	0,2	-46
137	SAB-HPI Immobilien GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe	49,04			0,1	-1
138	S-Beteiligungsgesellschaft Hessen-Thüringen mbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		6,0	0
139	Schlossgalerie Eschwege GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,1	0
140	SDS Sparkassen-Dienstleistungs-Zentrum Südhessen GmbH, Darmstadt	25,10	25,10	10,00	1,4	143
141	SDZ Sparkassen-Dienstleistungszentrum Nordhessen GmbH, Homburg/Efze	44,00	44,00		1,0	17
142	Second Millennium GmbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	2
143	SKYGARDEN Arnulfpark GmbH & Co. KG, Grünwald	50,00			3,4	-460
144	SKYGARDEN Arnulfpark Verwaltungs GmbH, Grünwald	50,00			0,0	-2
145	S-Landesimmobilien GmbH, Erfurt	100,00			0,0	0 ¹⁾
146	STRATUS Verwaltungsgesellschaft mbH, Pullach	94,80			0,0	-114
147	sys-T-matic Automations AG in Insolvenz, Schaaflheim	30,00			k.A.	k.A.
148	TE Atlas GmbH i. L., Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	1
149	TE Atlas Holding Limited i. L., Pieta, Malta	100,00			0,0	-24
150	TE Atlas Limited i. L., Pieta, Malta	100,00			0,0	-9
151	TE Beta GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,3	110
152	TE Kronos GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	-2
153	TF H Technologie-Finanzierungsfonds Hessen Gesellschaft mit beschränkter Haftung (TF H GmbH), Frankfurt am Main	66,66	66,66		4,0	-1.187
154	TFK Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG, Kassel	33,33	33,33	66,67	0,9	119
155	Uknow GmbH, Heidenrod	25,09			-0,4	13
156	Unterstützungseinrichtung der Landesbank Hessen-Thüringen GmbH, Frankfurt am Main	100,00	100,00		0,0	0
157	Vermögensverwaltung „Emailierwerk“ GmbH, Fulda	100,00			0,5	29
158	Versicherungsservice der Frankfurter Sparkasse GmbH, Frankfurt am Main	100,00			0,3	0 ¹⁾

Anteilsbesitzliste

Lfd. Nr.	Name/Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in % gem. § 16 Abs. 4 AktG		Vom Kapitalanteil abweichende Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
		gesamt	davon unmittelbar	%	Mio. €	Tsd. €
159	Vierte Airport Bureau-Center KG Airport Bureau Verwaltungs GmbH & Co., Berlin	31,98	31,98		-2,2	335
160	Vision Verpackungstechnik GmbH, Grünberg	25,14			-0,8	-483
161	VRMI Gesellschaft zur Verwertung von Rechten im Bereich der medizinischen Information mbH i.L., Friedrichsdorf	34,00			-4,9	2.379
162	Westhafen Haus GmbH & Co. Projektentwicklungs-KG, Frankfurt am Main	50,00			-0,3	0
163	Westhafenkontor GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00			0,0	41
164	Westhafen Tower GmbH & Co. Projektentwicklungs-KG, Frankfurt am Main	90,00			-0,5	-2

1) Die Gesellschaft führt ihr Jahresergebnis aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags ab.
k.A.: Es liegt kein festgestellter Jahresabschluss vor.

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 2. März 2011

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Markus Burghardt
Wirtschaftsprüfer

Wolfgang Weigel
Wirtschaftsprüfer

Lagebericht der
Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

Lagebericht der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland ist im Jahr 2010 den ersten Schätzungen zufolge um 3,6 % gestiegen. Nach einem mäßigen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu Jahresbeginn beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal 2010 deutlich. Im zweiten und dritten Quartal erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt um 2,3 % und 0,7 % gegenüber dem Vorquartal. Entscheidend für die wirtschaftliche Erholung war die anziehende Nachfrage aus dem In- und Ausland. Zum einen hat die deutsche Wirtschaft von der höheren Nachfrage nach hochwertigen Investitionsgütern und langlebigen Konsumgütern auf den Weltmärkten profitiert. Ebenso nahmen die privaten Konsumausgaben deutlich zu. Begünstigt wurde der private Verbrauch von der vorteilhaften Arbeitsmarktentwicklung. Die Arbeitslosenquote belief sich im Dezember saisonbereinigt auf 7,5 % und lag somit um 0,6 %-Punkte unter dem Vorjahreswert.

Die Sparneigung der Deutschen ist angesichts der günstigen Perspektiven am Arbeitsmarkt gesunken. Wohneigentum und Altersvorsorge nahmen jedoch nach wie vor die Spitzenposition der Sparziele der Bundesbürger ein. Der Wohnungsbau profitierte von historisch niedrigen Finanzierungskosten und dem Mangel an rentablen und zugleich sicheren alternativen Anlagemöglichkeiten. Die Baugenehmigungen für den Wohnungsbau sind bis November 2010 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nach Rückgängen in Vorjahren um 11.436 Baugenehmigungen (7,1 %) wieder gestiegen. Darüber hinaus stiegen die Modernisierungsinvestitionen in einem zunehmend alternden Wohnungsbestand sowie die Investitionen in eine energetische Grundsanierung. Der finanzielle Vorteil im Alter durch eigene vier Wände sowie die Einbeziehung des Bausparens und der Baufinanzierung in die staatlich geförderte Altersvorsorge, die eine Nutzung der Bausparverträge und Darlehen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum ermöglicht, wirkten sich im Geschäftsjahr positiv aus.

Der Baufinanzierungsmarkt war auch in diesem Jahr geprägt durch große Konkurrenz und starke Wettbewerber bei spürbar zunehmender Marktpräsenz von Direktbanken, Internetanbietern und der KfW sowie zunehmenden Konditionenwettbewerb bei einem starken Rückgang der Kreditzinsen in den ersten acht Monaten gefolgt von einem ebenso starken Zinsanstieg bis zum Jahresende auf einem insgesamt historisch niedrigen Zinsniveau. Die Verbundstrategie der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) bietet allerdings aufgrund der tiefen regionalen Verwurzelung sowie des enormen Kundenpotenzials der Sparkassen gute Wachstumsaussichten, die Marktpotenziale auf dem Bausparmarkt im Rahmen des Gemeinschaftsgeschäftes noch stärker auszuschöpfen.

Vertragsentwicklung

Das Bruttoneugeschäft der LBS entwickelte sich im vergangenen Jahr außerordentlich positiv. Mit insgesamt 114.948 (2009: 82.427) neu abgeschlossenen Verträgen über eine Bausparsumme von 2.733 Mio. € (2009: 2.240 Mio. €) übertraf die LBS ihr Vorjahresergebnis um 39,5 % bzw. 22,1 %. Die LBS erzielte damit hinsichtlich der Anzahl der Vertragsabschlüsse im Jahr 2010 die höchste Zuwachsrate ihrer Geschichte.

In Hessen wurden 82.667 Bausparverträge (2009: 61.684) mit einem Bausparvolumen von 2.122 Mio. € (2009: 1.802 Mio. €) vermittelt. In Thüringen wurden 32.281 Bausparverträge (2009: 20.743) über ein Bausparvolumen von 611 Mio. € (2009: 438 Mio. €) akquiriert. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einer Steigerung nach Stückzahlen von 34,0 % in Hessen und 55,6 % in Thüringen. Damit lag die LBS im Bruttoneugeschäft deutlich über der gesamten Bausparbranche.

Das eingelöste Neugeschäft mit 103.809 Bausparverträgen (2009: 83.904) über eine Bausparsumme von 2.480 Mio. € (2009: 2.170 Mio. €) lag ebenfalls deutlich über dem Vorjahreswert. In Hessen wurden 74.213 Neuverträge (2009: 61.031) über 1.917 Mio. € (2009: 1.708 Mio. €) eingelöst, in Thüringen 29.596 Neuverträge (2009: 22.873) über 563 Mio. € (2009: 462 Mio. €).

Infolge des gesunkenen Anteils der Finanzierertarife zugunsten des Tarifs „Classic Young“ fiel die durchschnittliche Bausparsumme 2010 auf 23.890 € (2009: 25.859 €).

Im Jahr 2010 wurden mehr als die Hälfte der Erstverträge mit Bausparern abgeschlossen, die unter 25 Jahre alt sind. Damit erhöhte sich der Anteil von jugendlichen Bausparern am Vertragsbestand der LBS deutlich.

Die LBS konnte 2010 ihre Marktanteile erheblich ausbauen. Mit den stückzahlbezogenen Marktanteilen von 33,5 % und 34,7 % in ihren Geschäftsgebieten Hessen und Thüringen behauptete die LBS eine Spitzenposition in der Branche. Mithin wurde jeder dritte im heimischen Geschäftsgebiet neu vermittelte Bausparvertrag mit der LBS abgeschlossen.

Rechtliche und organisatorische Struktur

Die LBS ist eine rechtlich unselbstständige, aber selbstständig bilanzierende Einrichtung der Helaba Landesbank Hessen-Thüringen. Sie ist in die Organisation der Helaba eingebunden und wird gemäß der Aufbauorganisation der Sparte Produkte zugeordnet.

Gemäß den „Grundsätzen für die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen“ besteht ein Bausparkassen-Fachbeirat, dem Vertreter der hessischen und thüringischen Sparkassen angehören, der die Zusammenarbeit der Bausparkasse mit dem Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen sowie den Sparkassen im Geschäftsgebiet fördern soll. Die Aufbauorganisation der LBS berücksichtigt die Funktionstrennung von Markt und Marktfolge bis einschließlich zur Ebene der Geschäftsleitung und ist in zwei Teilbereiche gegliedert.

Die LBS ist Bestandteil des im Zusammenhang mit dem „Neuen Verbundkonzept“ der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen gegründeten Geschäftsfeldes Verbundgeschäft. In diesem Geschäftsfeld werden die Verbundaktivitäten der Helaba gebündelt.

Erfolgreicher S-Verbund

Für Neuabschlüsse haben sich traditionell die hessischen und thüringischen Sparkassen als wichtigste Vertriebspartner erwiesen. Mit 2,04 Mrd. € Bausparsumme steigerten die Sparkassen ihren Vermittlungsanteil des Vorjahres auf 82,1 % (2009: 78,6 %). Darin enthalten ist das Neugeschäft der neu aufgebauten Vertriebschiene Bezirksleiter Bausparen für das Gemeinschaftsgeschäft mit den Sparkassen. Nach dem starken Wachstum im Jahr 2010 wird das Gemeinschaftsgeschäft als zusätzliches strategisches Geschäftsfeld der LBS weiter ausgebaut, um die vorhandenen Kundenpotenziale der Sparkassen noch intensiver zu nutzen.

Zukunftsweisende Neugestaltung des Tarifwerks

Die markt- und zielgruppengerechte Ausgestaltung der Tarifpalette orientiert sich am Marktumfeld mit Optionierung zukünftiger Marktentwicklungen. Mit dem neuen Tarif „Classic Young“ brachte die LBS 2010 ein ideales Einsteigerprodukt für Nachwuchsbausparerer auf den Markt, um frühzeitig den Auswirkungen der demographischen Entwicklung zu begegnen. Zudem führte die LBS den

neuen, flexiblen Riester-Bauspartarif „Classic SR“ ein. Im Hinblick auf die staatliche Förderung (Riester-Zulage, Steuervorteile, Wohnungsbauprämie, Vermögenswirksame Leistung) hat sich der Riester-Bausparvertrag als eine ideale Ergänzung für die Finanzierung einer selbst genutzten Immobilie erwiesen.

Vertragsbestand

Das durch die LBS betreute Bausparvolumen lag mit 18.153 Mio. € (2009: 18.073 Mio. €) und 787.947 Bausparverträgen (2009: 796.652) auf Vorjahresniveau.

Zuteilungsentwicklung

Seit über zehn Jahren liegt die für eine Zuteilung notwendige Zielbewertungszahl der LBS konstant bei 224 und ist damit gleich der in den ABB verankerten Mindestbewertungszahl. Im Berichtsjahr wurden 56.605 Verträge über eine Bausparsumme von 1.064 Mio. € zugeteilt.

Von den Zuflüssen zur Zuteilungsmasse entfielen auf den Spargeldeingang einschließlich Vermögenswirksamer Leistungen, Wohnungsbauprämie und Zinsgutschriften 789,0 Mio. € (+ 3,3 %) und auf Tilgung 234,7 Mio. € (+ 3,6 %). Insgesamt wurden der Zuteilungsmasse 1.023,7 Mio. € (+ 3,4 %) zugeführt. Diesen Zuführungen standen Entnahmen in Höhe von 830,6 Mio. € (–6,5 %) gegenüber. Damit erhöhte sich die Zuteilungsmasse zum Jahresende um 193,1 Mio. €.

II. Ertragslage

Der Zinsüberschuss inklusive Wertpapierspezialfonds lag mit 67,0 Mio. € um 1,4 Mio. € (2,2 %) über dem Vorjahreswert. Dazu trugen der originäre Zinsüberschuss mit einem Plus von 0,1 Mio. € und die um 1,3 Mio. € gestiegenen Fondserträge bei. Die Effekte aus der erstmaligen Anwendung des BilMoG belasten die Ertragslage mit 0,2 Mio. €.

Zinserträge

Auf die Zinserträge wirkte mildernd der im Jahresdurchschnitt rückläufige Bestand an Bauspardarlehen sowie an Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. Der Jahresdurchschnittsbestand an Bauspardarlehen ist um 70,1 Mio. € (–9,2 %) gefallen. Darüber hinaus ist die durchschnittliche Verzinsung der Bauspardarlehen für das Jahr 2010 leicht auf 4,58 % (2009: 4,60 %) gesunken. Die negativen Mengen- und Zinseffekte führten zu einem Rückgang der Zinserträge aus Bauspardarlehen. Die Zinserträge im außerkollektiven Kreditgeschäft reduzierten sich um 2,9 Mio. € auf 23,8 Mio. € aufgrund des um 35,0 Mio. € (–6,6 %) gesunkenen Jahresdurchschnittsbestandes an Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten sowie des Rückgangs der Durchschnittsverzinsung der außerkollektiven Darlehen auf 4,73 % (2009: 4,95 %). Belastend wirkte insbesondere die Mengenkomponekte auf die Zinserträge aus kollektivem und außerkollektivem Kreditgeschäft; sie führte zu einem Rückgang um 8,1 %.

Zusätzlich zum Anstieg der Fondsausschüttungen um 1,3 Mio. € erhöhten die um 90,2 Mio. € gestiegenen Bauspareinlagen und der daraus resultierende gestiegene Anlagebedarf am Kapitalmarkt die Zinserträge aus diesen Positionen um insgesamt 3,4 Mio. €.

Zinsaufwand

Positiv wirkte die Tarifpolitik der letzten Jahre (Einführung der Tarifgeneration IV in den Jahren 2003–2006 sowie zuletzt der Tarifgeneration V zum 1. September 2007) auf den Zinsaufwand. Der Jahresdurchschnittsbestand an Bauspareinlagen ist 2010 auf 3,3 Mrd. € gestiegen. Die durchschnittliche Verzinsung der Bauspareinlagen für das Jahr 2010 ging dagegen gegenüber dem Vorjahr um 0,08 %-Punkte auf 2,28 % zurück. Die gegenläufigen Mengen- und Zinseffekte führten zum nahezu gleichbleibenden Zinsaufwand für Bauspareinlagen.

Provisionsüberschuss

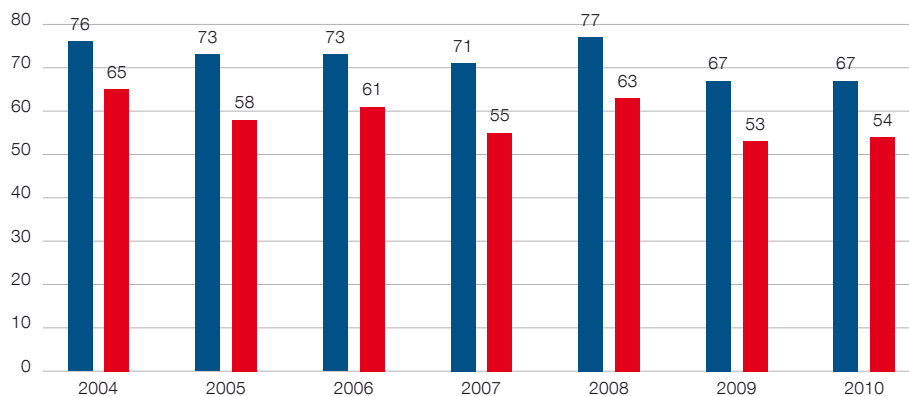
Das Provisionsergebnis lag mit –5,4 Mio. € deutlich unter dem Ist-Wert des Vorjahres. Die Provisionsaufwendungen aus der Vertragsvermittlung stiegen aufgrund der positiven Neugeschäftsentwicklung im Berichtsjahr um 9,3 Mio. € (36,9 %) und überkompensierten somit den Anstieg der Provisionserträge um 4,0 Mio. € auf 29,2 Mio. €.

Verwaltungsaufwendungen

Den Erträgen in Höhe von 66,9 Mio. € (–0,6 %) standen 54,3 Mio. € (+3,2 %) an Aufwendungen gegenüber. Der Personalaufwand reduzierte sich um 2,4 Mio. €. Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen dagegen um 4,4 Mio. € auf 7,2 Mio. €. Der Anstieg resultiert aus dem auf das BilMoG zurückzuführenden erstmaligen Ausweis des Zinsanteils aus der Zuführung zu Pensionsrückstellungen, der bisher in den Personalaufwendungen ausgewiesen wurde. Der Sachaufwand verminderte sich um 0,2 Mio. € von 22,3 Mio. € auf 22,1 Mio. €. Die Abschreibungen auf Anlagen entsprachen mit 0,1 Mio. € dem Vorjahreswert.

Wesentliche GuV-Komponenten

in Mio. €



- Zins-/Provisionsergebnis/sonstige Erträge (inkl. Spezialfonds)
- Verwaltungsaufwand/AfA/sonstige Aufwendungen (ohne Steuerumlage)

Das Betriebsergebnis vor außerordentlichem Ergebnis aus der Umsetzung des BilMoG und vor Steuern beträgt 6,7 Mio. €. Nach Steuern ergibt sich ein Jahresüberschuss von 1,0 Mio. €. Das erwartete Betriebsergebnis aus dem Prognosebericht des Vorjahres wurde nicht erreicht. Die Abweichung resultiert aus dem geringeren Zinsüberschuss aufgrund der entgegen den Erwartungen weiter anhaltenden Niedrigzinsphase und der damit verbundenen hohen Attraktivität der LBS-Altтарife als sichere und rentable Geldanlage. Die Cost-Income-Ratio, die den Verwaltungsaufwand ins Verhältnis zu der Summe aus Zins-, Provisionsüberschuss und Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge/Aufwendungen setzt, erhöhte sich auf 78,9 % (2009: 77,2 %).

III. Finanzlage

Als Nichthandelsbuchinstitut ordnet die LBS ihre gesamten Geschäftspositionen dem Anlagebuch zu. Als Bausparkasse unterliegt die LBS im Rahmen des Spezialbankenprinzips neben den allgemeinen Bestimmungen des KWG den Regelungen des Bausparkassengesetzes (BSpKG). Insbesondere wird durch § 4 Abs. 3 BSpKG die Anlage verfügbarer Gelder geregelt. Die Bausparkasse ist verpflichtet, zur Gewährleistung ihrer Liquidität flüssige Mittel in ausreichender Höhe zu halten. Zum Zeitpunkt der Anlage verfügbarer Gelder erfolgen diese Geldanlagen daher ausschließlich im Sinne des BSpKG als Liquiditätsreserve im Rahmen einer „buy and hold“-Strategie. Verkäufe vor Fälligkeit erfolgen ausschließlich zur Optimierung der Depotstruktur, zur aktiven Steuerung des Zinsänderungsrisikos, zur Einhaltung vorgegebener Limite der Geschäftsleitung zur Begrenzung von Marktpreisrisiken oder unter Liquiditätsgesichtspunkten.

Die Eigenkapitalstruktur ist durch die Gewinnrücklagen als größten Posten geprägt. Im Eigenkapital der LBS sind keine stillen Einlagen oder nachrangiges Haftkapital enthalten. Die Ausstattung mit Eigenmitteln ist für weiteres Wachstum im Aktivgeschäft ausreichend.

Die Solvabilitätskennzahl gemäß § 2 Abs. 6 Solvabilitätsverordnung (SolvV) ist 2010 auf 32,1 % (2009: 29,4 %) gestiegen. Die Kernkapitalquote hat sich ebenfalls um 2,8 %-Punkte auf 31,4 % erhöht.

Die Ermittlung des Anrechnungsbetrages für das Kreditrisiko basiert auf dem Kreditrisiko-Standardansatz.

Die Liquiditätskennziffer nach Liquiditätsverordnung (LiqV) bewegte sich 2010 zwischen 1,51 und 2,66 (Basis wöchentliche Ermittlung) und wurde per 31. Dezember 2010 mit 1,51 erfüllt. Liquiditätsprobleme gab es nicht. Die LBS konnte ihre Zahlungsverpflichtungen jederzeit erfüllen.

Die Finanzlage der LBS ist geordnet. Die Bausparkasse kann jederzeit ihrer Verpflichtung zur planmäßigen Zuteilung der Bausparsummen gerecht werden.

IV. Vermögenslage

Die Bilanzsumme entspricht mit 4,1 Mrd. € dem Vorjahreswert. Die Bauspareinlagen erhöhten sich auf 3.325 Mio. €. Der Rückgang an Baudarlehen auf 1.102 Mio. € wurde durch Geldanlagen kompensiert. Die geringere Nachfrage nach Baukrediten ließ den Anteil der Baudarlehen an der Bilanzsumme auf 26,8 % sinken. Die Vor- und Zwischenfinanzierungskredite sind weitgehend fristenkongruent refinanziert. Die Vermögenslage der LBS ist geordnet. Insgesamt haben sich in der Vermögensstruktur bei nahezu unverändertem Geschäftsvolumen keine nennenswerten Strukturverschiebungen ergeben.

V. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

VI. Risikobericht

Das strategische Risikomanagement der LBS ist darauf ausgerichtet, ihr konservatives Risikoprofil zu sichern bzw. nach Möglichkeit weiter zu optimieren. Die Übernahme von Risiken erfolgt grundsätzlich unter Beachtung der Risikotragfähigkeit mit dem Ziel des Erwirtschaftens eines angemessenen und nachhaltigen Ertrages.

Das Risikomanagement der LBS umfasst mit der Risikoidentifikation, -quantifizierung, -steuerung, sowie dem -controlling/-reporting vier aufeinander aufbauende prozessuale Elemente. Im Rahmen der Risikoidentifikation werden die für die LBS wesentlichen Risiken identifiziert und davon ausgehend klassifiziert. Die Risikoquantifizierung umfasst die quantitative und qualitative Messung und Bewertung von Risiken mittels geeigneter Modelle und Methoden. Die Risikosteuerung stellt sich als Gesamtheit der Maßnahmen dar, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der von der Geschäftsleitung vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen. Im Rahmen des Risikocontrollings findet ein ausführliches und objektives Reporting hinsichtlich der bestehenden Risiken an die jeweils zuständigen Kompetenzträger statt. Dazu wurde ein Risikoausschuss, bestehend aus den Geschäftsleitern der LBS sowie den zuständigen Risikobeauftragten, gebildet. Vierteljährlich wird die Geschäftsleitung mittels eines umfassenden Risikoberichts über die Gesamtrisikolage und -tragfähigkeit, Ergebnisse aus Stressszenarien aller wesentlichen Risiken, eventuelle Maßnahmen im Risikomanagement, Besonderheiten im Berichtszeitraum, Entwicklungen zum Vorquartal, Limitauslastungen und Änderungen wesentlicher Parameter, die den Verfahren zur Risikobeurteilung zugrunde liegen, informiert. Für definierte bedeutende Vorkommnisse und Schadensfälle ist ein Ad-hoc-Meldeverfahren eingerichtet, um Geschäftsleitung, Vorstand und Revision umgehend zu informieren.

Die Risikoüberwachung, das heißt die Wahrnehmung der Identifikations-, Quantifizierungs- und Überwachungsfunktion, die die Reportingpflicht einschließt, sowie die jeweilige Methodenkompetenz obliegt der Organisationseinheit LBS-Unternehmenssteuerung. Die aufbauorganisatorische Trennung von Risikosteuerung und Risikocontrolling wird durch zusätzliche Überwachungseinheiten der Helaba (Risikocontrolling Handel sowie Kreditrisiko- und Konzerncontrolling) gewährleistet.

Die LBS unterscheidet mit Blick auf die unterschiedlichen Steuerungserfordernisse zwischen den Hauptrisikogruppen Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts-, operationellen und sonstigen Risiken. Diesen Hauptrisikogruppen sind folgende Einzelrisiken zugeordnet:



Risikostrategie

Die Risikostrategie legt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen, satzungsmäßig und bankaufsichtsrechtlich zu beachtenden Anforderungen den grundsätzlichen Umgang mit Risiken in der LBS fest.

Die Risikostrategie leitet sich aus der Unternehmensphilosophie ab. Sie ist Teil der Geschäftsstrategie und gestaltet diese bezüglich des Umgangs mit Risiken aus.

Die Risikostrategie konkretisiert sich in den Teilrisikostrategien der Risikoarten Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationelle Risiken. Für die sonstigen als nicht wesentlich eingestufteten Risiken bestehen strategische Leitlinien.

In einem ergänzenden Risikohandbuch sind Definitionen, Organisation, Instrumente zur Risikofassung, -bewertung und -steuerung, Reporting sowie die zugrundeliegenden schriftlich fixierten Regelungen für die einzelnen Hauptrisikogruppen dokumentiert. Außerdem sind hier der Risikomanagementprozess und die Risikomanagementstruktur beschrieben.

Risiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der aktuell gültigen Risikostrategie im Einklang mit der Erreichung der Unternehmensziele – insbesondere der Gewährleistung der nachhaltigen Ertragskraft bei bestmöglichem Schutz des Vermögens der LBS und der Erfüllung der Aufgaben – eingegangen werden.

Zur ordnungsgemäßen Durchführung des Geschäftsbetriebes und damit auch als Grundlage für die Umsetzung der Risikostrategie hat die LBS ihren Mitarbeitern Richtlinien, Arbeitsanweisungen und -anleitungen vorgegeben.

Adressenausfallrisiko

Grundlage für die Übernahme von Risiken aus dem Kreditgeschäft als ein wesentliches Geschäftsfeld der LBS ist die Kreditrisikostategie.

Sie legt die qualitativen Standards der Kreditpolitik der LBS im Kreditgeschäft fest. Sie enthält Vorgaben für die geplante Entwicklung des gesamten Kreditgeschäftes insbesondere nach Kreditarten, Verteilung der Engagements in den Risikoklassifizierungsverfahren sowie der Größenklassenverteilung, und trägt der Begrenzung von Risikokonzentrationen Rechnung. Kreditrisiken dürfen grundsätzlich nur im Rahmen der Kreditrisikostategie eingegangen werden.

Die Übernahme von Kreditrisiken erfolgt mit dem Ziel, unter Beachtung der Risikotragfähigkeit einen angemessenen Ertrag zu erwirtschaften. Die Kreditrisikostategie wird jährlich bzw. Ad-hoc bei gravierenden Änderungen überprüft und an die aktuellen Gegebenheiten angepasst. Diese Anpassungen werden von der LBS-Geschäftsleitung beschlossen und anschließend vom zuständigen Dezernenten genehmigt.

Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft

Die LBS betreibt als Geschäftsschwerpunkt die private Baufinanzierung als standardisiertes Kundengeschäft. Der Gesamtkreditbestand einschließlich Handelsgeschäften beträgt 4.121 Mio. €. Davon entfallen mit 625 Mio. € Bauspardarlehen und 477 Mio. € außerkollektiven Krediten insgesamt 1.102 Mio. € mit einem Anteil von 26,8 % an der Bilanzsumme auf das traditionelle Kreditgeschäft. 89,7 % der Baudarlehen wurden an unselbstständige Privatpersonen vergeben. 72,5 % der Baudarlehen sind gegen Grundpfandrechte gesichert. Die Ermittlung des Sicherheitenwertes erfolgt durch Abzug der Vorlasten sowie eines Abschlages vom Beleihungswert. Die Beleihungswerte werden nach dem Ertragswert- und Sachwertverfahren ermittelt und für Problemkredite im dreijährigen Überprüfungsrythmus aktualisiert.

Im risikorelevanten Kreditgeschäft erfolgt im Zuge des Kreditbewilligungsprozesses eine Kreditentscheidung durch die Gruppe LBS-Spezialkreditbearbeitung im Teilbereich 2 (Marktfolge). In diesen Fällen nimmt die LBS die prozessabhängige Erleichterungsregel nach BTO 1.1 TZ 4 der Mindestanforderung an das Risikomanagement (MaRisk) bei Drittinitiierung in Anspruch und verzichtet auf das Markt votum. Des Weiteren werden die in der Intensivbetreuung befindlichen Kreditengagements in einer Watch-List geführt.

Im Kreditbewilligungsprozess wurden die Kredite des Mengengeschäftes einer Eingangsbewertung durch das Antragsscoring oder das Online-Bestandsscoring sowie nach vollständiger Auszahlung jeweils zum Monatsende einem Bestandsscoring unterzogen. Zum 27. Dezember 2010 wurde das LBS-Kundenscoring als Weiterentwicklung des Antrags- und Bestandsscorings in LBS-NEU implementiert. Ergebnis des Bestandsscorings ist eine Risikoklassifizierung in Form einer Rating-Stufe (Scoreklasse) und somit einer mittleren Ausfallwahrscheinlichkeit auf Einzelkreditenebene. Im Rahmen der Steuerungsfunktion werden von LBS-Controlling Analysen des Bonitäts-/Adressenausfallrisikos anhand fester oder dynamischer Auswertungen des Datenbestandes der LBS vorgenommen. Die Bewilligung und Verwaltung von Krediten der LBS durch die hessischen und thüringischen Sparkassen sowie durch die für die LBS im Verbandsgebiet Rheinland-Pfalz tätige Sparkasse im Rahmen der „Finanzierung aus einer Hand“ erfolgt im Treuhandwege auf der Basis der geschlossenen Verträge und ergänzenden Richtlinien unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben.

Das Gesamtvolumen an Einzelwertberichtigungen für Baudarlehen verringerte sich um 2,9 Mio. € auf 18,3 Mio. €. Die Ausfallquote ist die Summe aus Direktabschreibungen und Verbrauch von Risikovorsorgen im Verhältnis zum Kreditvolumen und belief sich auf 0,3 %. Die größte 2010 neu vorgenommene Einzelwertberichtigung für ein Engagement betrug 130 Tsd. € Ausfälle im Rahmen von Handelsgeschäften waren nicht zu verzeichnen.

Emittentenrisiko

Der Anteil der Handelsgeschäfte im Sinne der MaRisk an der Bilanzsumme zum 31. Dezember 2010 beträgt mit 2.918 Mio. € 71,1%. Davon sind 68,6% in mittel- und langfristigen Termingeldern angelegt. Zur Vermeidung von Risiken aus dem Adressenausfall eines Emittenten beschränkt sich deren Auswahl bei Schuldscheindarlehen und Namenspapieren fast ausschließlich auf Landesbanken, Förderinstitute sowie den Bund und seine Länder und bei festverzinslichen Wertpapieren zum größten Teil auf Bundestitel.

Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiken beschränken sich für die LBS speziell auf Risiken aus der Veränderung von Lage und Struktur der Zinskurve. Marktpreisrisiken wie Währungs- oder Aktienkursrisiken dürfen nach dem BSpKG nicht eingegangen werden. Dem Marktpreisrisiko werden die Einzelrisiken Zinsänderungs-, Wiederanlage- und Abschreibungsrisiko zugeordnet.

Die Geldanlagepolitik der LBS ist konservativ.

Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko bezieht sich auf das handelsrechtliche und betriebswirtschaftliche Risiko, das aufgrund von Zinsveränderungen auftreten kann.

Die Risikomessung erfolgt unter GuV-bezogener und barwertiger Sichtweise.

Das zinsbuchinduzierte Zinsänderungsrisiko beschreibt das Risiko einer negativen Unternehmenswertentwicklung, das bei sich verändernden Kapitalmarktzinsen aufgrund von Fristeninkongruenzen zwischen der Aktiv- und Passivseite eintritt.

Zur Erfassung, Bewertung und Steuerung des Risikos werden sämtliche Cashflows der Bilanzpositionen ermittelt, diskontiert und daraus der Basis-Point-Value errechnet.

Das kollektivinduzierte Zinsänderungsrisiko beschreibt die Gefahr, dass insbesondere kollektive Darlehenszusagen unerwartet in Anspruch genommen bzw. Bauspareinlagen unerwartet abgerufen werden. Das insbesondere zinsensitive Kundenverhalten findet durch entsprechende Cashflow-Darstellung der kollektiven Geldabflüsse (Guthabenauszahlung nach Kündigung, Guthabenauszahlung nach Zuteilung, Auszahlung Bauspardarlehen) und kollektiven Geldzuflüsse (Eingang Spargeld, Eingang Tilgung) Berücksichtigung im Zinsbuch.

Regelmäßig im Anschluss an die Bewertungsstichtage der LBS (Quartalsenden) wird eine Kollektivprognose erstellt. Hierbei beträgt der Prognosezeitraum bis zu fünf Jahre. Um veränderte Tendenzen im Verhalten der Bausparer frühzeitig zu erkennen, wird jeweils die Vorquartalsprognose mit den Ist-Daten verglichen und analysiert.

Wiederanlagerisiko

Das Wiederanlagerisiko resultiert aus der Fälligkeit von Geldanlagen, die aus der Trägheitsreserve finanziert wurden, sowie der Anlage von Geldern, die aus einer Änderung der Trägheitsreserve resultieren. Werden die Anlagen fällig, kann die frei werdende Liquidität in Abhängigkeit der Entwicklung des Zinsniveaus am Kapitalmarkt unter Umständen nur zu einem geringeren Zinssatz wiederangelegt werden.

Die Steuerung des Risikos, dass bei einem niedrigen Zinsniveau viel Liquidität und bei einem hohen Zinsniveau wenig freie Gelder zur Anlage zur Verfügung stehen, erfolgt über die jährliche Festlegung der Anlagestrategie.

Abschreibungsrisiko

Das Abschreibungsrisiko umfasst das Risiko, aufgrund eines Zinsanstiegs und der daraus resultierenden Kursverluste handelsrechtliche Niederstwertabschreibungen sowohl auf den eigenen festverzinslichen Wertpapierbestand als auch auf die Fondsanteile der Wertpapierspezialfonds zum Jahresende vornehmen zu müssen. Modellgestützt werden Simulationen des voraussichtlichen Abschreibungsbedarfs unter Berücksichtigung des aktuellen Zinsniveaus und verschiedener Worst-Case-Zinsszenarien vorgenommen.

Alle Vorgaben und Limite wurden eingehalten. Auffällige Entwicklungen der Marktpreisrisiken wurden nicht festgestellt.

Liquiditätsrisiko

Die kurz- und langfristige Liquiditätsplanung bildet die Grundlage zur Sicherstellung einer jederzeitigen Zahlungsfähigkeit sowie zur Vermeidung unerwarteter Verluste aus dem Fehlen und notwendigen Beschaffen von Geldmitteln zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen.

Als kurzfristiges Liquiditätsrisiko wird die Gefahr bezeichnet, dass die LBS in den nächsten Monaten aufgrund von fehlenden liquiden Mitteln den Zahlungsverpflichtungen (Kreditauszahlungsverpflichtung, Zinszahlungen, Tilgung von Refinanzierungsmitteln) gar nicht oder nicht vollständig nachkommen könnte oder die Liquiditätskennziffer nach LiqV unter 1,2 läge. Risikoerfassung, -bewertung und -steuerung erfolgen modellgestützt im Rahmen einer kurzfristigen Liquiditätsprognose, die auf die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung mindestens der nächsten neun Monate abstellt. Dabei werden sämtliche definitiv bekannten Liquiditätszuflüsse und -abflüsse (u. a. Fälligkeiten, Zinszahlungen, Geldanlagen/-aufnahmen) sowie auf Erfahrungswerten basierenden Liquiditätsgrößen (u. a. Spargeldzugang/-abgang, Kreditauszahlungen) betrachtet.

Die Überwachung der LiqV erfolgt modellgestützt durch Prognose der voraussichtlichen Entwicklung der Liquiditätskennziffer nach LiqV. Des Weiteren wird modellgestützt die Wirkung verschiedener Geldanlagen oder Refinanzierungsmittelaufnahmen auf die Kennziffer simuliert.

Im Rahmen der Risikosteuerung wird auf Basis dieser Informationen abgewogen, ob und in welcher Form zusätzliche Liquidität benötigt wird und wie gegebenenfalls die Beschaffung erfolgen kann.

Ergänzt wird dieses Instrumentarium durch eine langfristige Liquiditätsvorausschau, die alle Geld-
einzüge und -ausgänge über einen Zeithorizont von fünf bis sechs Jahren erfasst. Sie berücksichtigt
sowohl die aus der Kollektivprognose übernommenen Daten (Spargeld- und Tilgungseingang,
Guthaben- und Darlehensauszahlungen) als auch Liquiditätszuflüsse und -abflüsse aus Tages- und
Termingeldanlagen sowie Wertpapieren und Wertpapierspezialfonds, Refinanzierungsaufnahmen
und -rückzahlungen einschließlich der zuzuordnenden Zinserträge und -aufwendungen sowie be-
triebsbedingte Zahlungen. Im Rahmen der Liquiditätsplanung werden die aus der Kollektivprog-
nose übernommenen Prognosewerte mittels einer Abweichungsanalyse mit den Ist-Werten vergli-
chen und aktualisiert.

Das Refinanzierungsrisiko beinhaltet die Verschlechterung der eigenen Refinanzierungsbedingungen
im Sinne einer ausreichenden und kostengünstigen Refinanzierungsbasis.

Als Bausparkasse refinanziert sich die LBS insbesondere über die kollektiven Bauspareinlagen und
über den Kapitalmarkt. Als rechtlich unselbstständige Einheit der Gesamtbank trägt die Helaba
über ihr Rating maßgeblich zur Sicherung der ausreichenden und kostengünstigen Refinanzie-
rungsbasis der LBS am Kapitalmarkt bei.

Das Liquiditätsrisiko reduziert sich in diesem Sinne letztendlich auf ein Bonitätsrisiko. Werden Risi-
ken (Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelle und sonstige Risiken) schlagend, wirkt sich dies
nachteilig auf die Bonität und damit auf den Zugang zum Kapitalmarkt aus. Das Management der
anderen Risiken beeinflusst damit gleichzeitig das Liquiditätsrisiko.

Das Marktliquiditätsrisiko birgt die Gefahr einer unzureichenden Marktliquidität, das heißt, dass
Positionen aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder wegen Marktstörungen nicht zu fairen oder
nahezu fairen Preisen liquidiert werden können. Die LBS wählt bei einer Anlage in festverzinslichen
Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen den Emittenten sowie
das Produkt unter anderem mit Blick auf die Fungibilität des Assets aus, wobei eine Investition
generell mit der Absicht erfolgt, diese nicht vorzeitig zu liquidieren.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken resultieren insbesondere aus bankalltäglichen betrieblichen Aktivitäten und
sind somit immanenter Bestandteil des geschäftlichen Handelns. Im Einklang mit dem Baseler
Ausschuss definiert die LBS das operationelle Risiko als die „Gefahr von Verlusten, die infolge der
Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von
externen Ereignissen eintreten“. Diese Definition beinhaltet insbesondere IT- und Rechtsrisiken,
nicht aber eventuelle strategische oder Reputationsrisiken.

Das Risikomanagementsystem für operationelle Risiken ist durch eine strikte Trennung von dezentralem Risikomanagement und zentralem Risikocontrolling gekennzeichnet. Das dezentrale Risikomanagement wird durch die Fachbereiche vorgenommen. Die Verantwortung liegt beim jeweiligen Fachbereichsleiter, der von einem Risikobeauftragten für operationelle Risiken unterstützt wird. Als rechtlich unselbstständige Einheit der Helaba ist die LBS in das Risikomanagement der Helaba als dezentral verantwortlicher Fachbereich eingebunden. Gleichzeitig sind aber auch das Management und das Controlling operationeller Risiken im Gesamtansatz der LBS disziplinarisch und organisatorisch getrennt.

Operationelle Risiken werden in der LBS im Rahmen einer Risikoinventur gemeinsam mit den Organisationseinheiten der LBS erhoben und grundsätzlich regelmäßig im Rahmen einer Risikobewertung durch die Organisationseinheiten der LBS in Abstimmung mit dem Risikobeauftragten für operationelle Risiken aktualisiert. Gegebenenfalls werden die Maßnahmen zur Risikosteuerung angepasst.

Grundlage für die systematische Klassifizierung von operationellen Risiken ist das Helaba-Risikomodell, das zwischen den vier Risikoklassen Interne Verfahren, Menschen, Systeme sowie Externe Ereignisse differenziert.

Basierend auf den Anforderungen der Bankenaufsicht verfolgt die LBS einen integrierten Gesamtansatz für das Management von operationellen Risiken mit dem Ziel, diese auf Basis der drei Komponenten Risiken, Risikoindikatoren und Schadensfälle zu messen und zu steuern.

Risikotragfähigkeit

Ziel der Risikotragfähigkeitsrechnung ist die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals zur Unterlegung unerwarteter Verluste aus drohenden Risiken. Zum Nachweis werden mögliche Risikopotenziale und verfügbare Risikodeckungspotenziale quantifiziert und gegenübergestellt.

Zur Beurteilung ihrer Risikotragfähigkeit unterscheidet die LBS zwischen einer aufsichtsrechtlichen und einer periodischen (bilanziellen) Sichtweise.

Das Risikodeckungspotenzial bestimmt sich auf Basis erwarteter Ergebnis- und bilanzieller Eigenkapitalgrößen. Die Komponenten des Risikodeckungspotenzials werden priorisiert entsprechend ihrer Verfügbarkeit, ihres Vorsorgecharakters und regulatorischer Mindestanforderungen.

Um die Risikotragfähigkeitsrechnung auf Stabilität zu überprüfen, führt die LBS gezielte Stressszenarien bezüglich der Modellannahmen und des Marktumfeldes zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit in speziellen Extremsituationen durch.

Risikoart	Normalszenario (lfd. Geschäftstätigkeit)	Gestresstes Normalszenario	Extremszenario
Adressenausfallrisiko	Maximum aus Durchschnitt der letzten fünf Jahre und prognostiziertem Bewertungsergebnis Kreditgeschäft (inklusive Eingänge auf abgeschriebene Forderungen).	Der im Normalszenario erwartete Verlust wird um 20 % erhöht.	8 % der gewichteten Risikoaktiva (KSA).
Emittentenrisiko			
– Ausfall des Emittenten	Aufgrund der ausgewählten Emittenten geht die LBS davon aus, dass sich weder die Bonität eines Emittenten verschlechtert noch der Ausfall eines Emittenten eintritt.	Es wird die einfache theoretische Ausfallwahrscheinlichkeit des Gesamtbestandes (außer Termingeldern) sowie die einfache durchschnittliche Verlustquote gemäß Basel II (12,5 % für gedeckte und 45 % für ungedeckte Papiere) unterstellt. Annahme: Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeit je Rating-Klasse gemäß Mappingtabelle 2 Helaba/Durchschnitts-Rating des Bestandes.	Es wird die zweifache theoretische Ausfallwahrscheinlichkeit des Gesamtbestandes (außer Termingeldern) sowie die zweifache durchschnittliche Verlustquote gemäß Basel II (12,5 % für gedeckte und 45 % für ungedeckte Papiere) unterstellt. Annahme gemäß gestresstem Normalszenario.
– Bonitätsverschlechterung		Zinsspread zwischen den Rating-Klassen = 0,05 %, wobei 10 % der Emittenten im Rating herabgestuft werden.	Zinsspread zwischen den Rating-Klassen = 0,15 %, wobei 25 % der Emittenten im Rating herabgestuft werden.
Marktpreisrisiko			
(Zinsänderungs-, Wiederanlage-, Abschreibungsrisiko)	Voraussichtliche Entwicklung der Marktzinssätze (in Abhängigkeit von der durchschnittlichen Restlaufzeit der Risikopositionen) auf Basis historischer Volatilitäten (Konfidenzniveau 84,1 %, Haltezeit ein Jahr, Datenhorizont von fünf Jahren).	Konfidenzniveau von 99,9 % bei sonst gleichen Annahmen aus Normalszenario.	Konfidenzniveau von 99,9 % bei sonst gleichen Annahmen aus Normalszenario.
Operationelle Risiken	Durchschnitt aus den durchschnittlichen Nettoschäden der in den vergangenen drei Jahren aufgetretenen Schadensfälle und dem erwarteten Verlust der Risikoszenarien (jeweils exklusive Kredit- und Marktrisiken bzw. Opportunitäten), die im aktuellen Berichtsjahr aufgetretenen Schadensfälle bleiben unberücksichtigt.	Erwarteter Verlust der Risikoszenarien (exklusive Kredit- und Marktrisiken bzw. Opportunitäten).	Produkt aus Eintrittshäufigkeit (Poisson-Verteilung mit 99,9 % Konfidenzniveau) und maximaler Schadenshöhe laut Risikoszenarien, zusätzlicher Abgleich/Anpassung des Ergebnisses mit Gesamtwert des Helaba-Instituts.

Die Spezifikation der Szenarien erfolgt auf Basis historischer Daten bzw. Ad-hoc-Annahmen für alle Risikoarten separat. Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, wenn das Risikopotenzial durch das Risikodeckungspotenzial jederzeit unter Berücksichtigung der regulatorisch benötigten Eigenmittel abgedeckt ist.

Aufgrund der besonderen kollektiven Mechanismen und deren in der Regel erst langfristigen Auswirkungen wird die Risikotragfähigkeitsbetrachtung durch mögliche Entwicklungsszenarien auf der Basis alternativer Kollektivszenarien ergänzt.

Für die operative Steuerung der Risikotragfähigkeit und die damit verbundene dauerhafte Sicherung der Unternehmensfortführung wird ausgehend vom ermittelten Risikodeckungspotenzial der Anteil festgelegt, der zur Absorption von Risiken eingesetzt werden soll. Dieser festgelegte Anteil am Risikodeckungspotenzial, die Risikodeckungsmasse, entspricht dem Gesamtrisikolimit der LBS, das auf die einzelnen Risikoarten allokiert wird.

Die Entscheidung zur Festlegung des Anteils am Risikodeckungspotenzial kann dabei direkt auf die Kennzahlen des Risikomonitorings im Rahmen des Haftungsverbundes der LBS-Gruppe und damit auf die dort definierten einzelnen Ampelstufen wirken. Im Umkehrschluss sind die im Rahmen des Risikomonitorings festgelegten Ziele auch im Entscheidungsprozess zur Festlegung des Anteils am Risikodeckungspotenzial von Bedeutung.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Zur Sicherstellung der langfristigen Erfüllbarkeit der abgeschlossenen Bausparverträge erstellt die LBS vierteljährlich eine Kollektivprognose (Quartalsprognose) sowie jährlich eine laufende Kollektivüberwachung (LKÜ). Die LKÜ und der zugehörige kollektive Lagebericht werden der BaFin übermittelt und enthalten eine Beschreibung der Ausgangslage, Szenarien mit Ergebnisdarstellung und deren Analyse sowie eine Gesamtbewertung. Gemäß dem kollektiven Lagebericht 2010 ist die Verfügbarkeit über ausreichende Mittel für die Zuteilung der Bausparverträge dauerhaft sichergestellt.

Insgesamt ergibt sich aus Simulations-, Szenarien- und Prognoserechnungen, die die Auswirkungen verschiedener Risikoparameter auf die Vermögens- und Ertragslage der LBS quantifizieren, für die dargestellten Risiken derzeit keine Bestandsgefährdung für die LBS.

Die Auslastung des Gesamtinstitutslimits in der Risikotragfähigkeitsrechnung lag im abgelaufenen Jahr zwischen 37,2 % und 54,4 % (Quartalsbasis), per 31. Dezember 2010 bei 37,2 %. Die Kennzahl nach LiqV lag per 31. Dezember 2010 bei 1,51. Die Gesamtkennziffer nach SolvV betrug 32,14 %. Das zur Risikoabdeckung vorhandene Eigenkapital war ausreichend.

Die Handlungsfelder aus der zum 15. Dezember 2010 veröffentlichten MaRisk-Novelle sind in der LBS identifiziert und werden 2011 umgesetzt.

VII. Prognosebericht

Für das Jahr 2011 erwartet die LBS ein lediglich moderates Wachstum der Wirtschaftsleistung. Wir gehen davon aus, dass der private Verbrauch von der vorteilhaften Arbeitsmarktentwicklung und der Aussicht auf steigende Entgelte begünstigt wird. Aufgrund des Mangels an rentablen und zugleich sicheren Anlagemöglichkeiten wird mit steigenden Investitionen im Wohnungsbau gerechnet. Bei den öffentlichen Investitionen werden dagegen wegen des Auslaufens der Konjunkturprogramme und der angespannten Haushaltslage der Kommunen Rückgänge erwartet. Das Bedürfnis der Mieterhaushalte, das Wohnen im Eigenheim zu verwirklichen, um sich damit die notwendige finanzielle Sicherheit im Alter durch die von der ersparten Miete ausgehende Entlastungswirkung

zu schaffen, befindet sich auf ungebrochen hohem Niveau. Aufgrund der verbesserten Konjunkturaussichten werden höhere Zinsen erwartet. Mit steigenden Zinsen wird auch die Bausparneigung zunehmen, da durch Bausparen die Eigenheimfinanzierung planbar und zinssicher wird.

Die finanzielle Vorsorgeform Bausparen ist für einen großen Teil der Bevölkerung, der die beste Altersversorgung in der entschuldeten Immobilie sieht, nach wie vor attraktiv. Die vergleichsweise niedrige Eigentumsquote in Deutschland und die Integration des Wohneigentums in die Förderung der privaten Altersvorsorge („Wohn-Riester“) eröffnet aufgrund des vorhandenen Interesses ein hohes Potenzial für das Bausparen. Darüber hinaus werden die Klimaschutzinteressen sowie die zu erwartenden energetisch erforderlichen Modernisierungsinvestitionen aufgrund des alternden Wohnbestandes die Finanzierungsnachfrage beleben.

Insbesondere aufgrund der Riester-Förderung von Bausparverträgen und des Trends zu sicheren Finanz- und Vorsorgeprodukten erwartet die LBS für die kommenden zwei Jahre ein Neugeschäft jeweils oberhalb des Vorjahresniveaus. Aufgrund der erwarteten steigenden Nachfrage nach Bauspardarlehen und des Abbaus der übersparten höherverzinslichen Altverträge rechnet die LBS mit einem Zinsüberschuss leicht über dem Vorjahresniveau.

Risiken können sich vor allem aufgrund der kritischen Lage der öffentlichen Finanzen in einigen Industrieländern ergeben, die die Konjunkturaussichten für die deutsche Wirtschaft erheblich verschlechtern könnten. Die LBS sieht sich aufgrund eigener Kraftanstrengung und eingebunden in den funktionsstarken Sparkassenverbund gerüstet für die kommenden Herausforderungen. Bestärkt durch die guten Ergebnisse im Neugeschäft wird die LBS den Ausbau ihres Vertriebs fortführen und das Gemeinschaftsgeschäft mit den Sparkassen weiter intensivieren. Infolge der steigenden Vertriebsleistungen wird auch für 2011 ein negatives Provisionsergebnis erwartet.

Zusammengefasst gehen wir davon aus, dass die LBS in den Jahren 2011 und 2012 trotz der hinzutretenden Belastung durch die Bankenabgabe ein Vorsteuerergebnis jeweils über dem Vorjahresniveau ausweisen wird.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 23. Februar 2011

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Berger	Gröb	Dr. Hosemann
Krick	Raupach	Dr. Schraad	

Jahresabschluss der
Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

Jahresbilanz der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main/Erfurt,

zum 31. Dezember 2010

– in der Bilanz der Gesamtbank enthalten –

Aktivseite

in Tsd. €

			2010	2009
Barreserve				
Kassenbestand			2	1
Forderungen an Kreditinstitute				
a) Bauspardarlehen		1		5
b) andere Forderungen		2.706.915		2.517.472
darunter: täglich fällig	86.090			(281.309)
			2.706.916	2.517.477
Forderungen an Kunden				
a) Baudarlehen				
aa) aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)	625.032			727.606
ab) zur Vor- und Zwischenfinanzierung	469.382			489.922
ac) Sonstige	7.269			7.997
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	798.449			(928.755)
		1.101.683		1.225.525
b) andere Forderungen		54.903		98.265
			1.156.586	1.323.790
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			238.353	238.879
Immaterielle Anlagewerte			31	65
Sachanlagen			263	292
Sonstige Vermögensgegenstände			2.883	1.399
Rechnungsabgrenzungsposten			777	1.744
Summe der Aktiva			4.105.811	4.083.647

Passivseite

in Tsd. €

			2010	2009
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) Bauspareinlagen		18.284		17.834
darunter: auf zugeteilte Verträge	4.774			(4.679)
b) andere Verbindlichkeiten		414.558		493.515
darunter: täglich fällig	9.572			(8.278)
			432.842	511.349
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Einlagen aus dem Bauspargeschäft				
aa) Bauspareinlagen	3.306.818			3.216.954
darunter:				
auf gekündigte Verträge	71.543			(43.581)
auf zugeteilte Verträge	89.377			(88.316)
		3.306.818		3.216.954
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	19.972			502
		19.972		502
			3.326.790	3.217.456
Sonstige Verbindlichkeiten			7.186	5.625
Rechnungsabgrenzungsposten			7.747	9.150
Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		77.228		74.097
b) andere Rückstellungen		11.109		17.099
			88.337	91.196
Fonds zur baupartechnischen Absicherung			9.020	9.020
Fonds für allgemeine Bankrisiken			25.000	25.000
Eigenkapital				
a) Gewinnrücklagen		207.900		207.900
b) Bilanzgewinn		989		6.951
			208.889	214.851
Summe der Passiva			4.105.811	4.083.647
Andere Verpflichtungen				
Unwiderrufliche Kreditzusagen			14.865	16.225

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main/Erfurt,

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

– in der GuV der Gesamtbank enthalten –

in Tsd. €

				2010	2009
Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften					
aa) Bauspardarlehen	31.814				35.205
ab) Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	23.457				26.271
ac) sonstigen Baudarlehen	345				400
ad) sonstigen Kredit- und Geldmarktgeschäften	101.676				99.592
		157.292			161.468
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		18			–
			157.310		161.468
Zinsaufwendungen					
a) für Bauspareinlagen		74.537			74.478
b) andere Zinsaufwendungen		18.017			22.340
			92.554		96.818
				64.756	64.650
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren				2.200	887
Provisionserträge					
a) aus Vertragsabschluss und -vermittlung		23.448			19.484
b) aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung		1.707			2.161
c) aus Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten		1			0
d) andere Provisionserträge		4.088			3.603
			29.244		25.248
Provisionsaufwendungen					
a) Provisionen für Vertragsabschluss und -vermittlung		31.958			23.349
b) andere Provisionsaufwendungen		2.665			1.934
			34.623		25.283
				– 5.379	– 35
Sonstige betriebliche Erträge				5.356	1.839
Übertrag:				66.933	67.341

in Tsd. €

				2010	2009
Übertrag:				66.933	67.341
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter	19.464				19.488
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5.405				7.807
darunter: für Altersversorgung	2.207	24.869			27.295 (4.343)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		22.119			22.334
				46.988	49.629
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				145	171
Sonstige betriebliche Aufwendungen				12.662	8.004
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				5.956	2.586
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				1.182	6.951
Außerordentliche Erträge				2.548	-
Außerordentliche Aufwendungen				2.741	-
Außerordentliches Ergebnis				-193	-
Jahresüberschuss				989	6.951
Einstellung in Gewinnrücklagen				-	-
Bilanzgewinn				989	6.951

Anhang der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main/Erfurt, zum 31. Dezember 2010

Allgemeine Angaben, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Landesbausparkasse Hessen-Thüringen (LBS) ist eine rechtlich unselbstständige Einrichtung der Helaba Landesbank Hessen-Thüringen und ist verpflichtet, nach § 18 Abs. 3 Bausparkassengesetz (BSpKG) einen gesonderten Jahresabschluss zu erstellen. Der vorliegende Geschäftsabschluss wurde nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) sowie den ergänzenden Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt unter Beachtung aller zulässigen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Im amtlichen Formblatt vorgesehene, aber nicht belegte Positionen sind nicht aufgeführt.

Forderungen sind mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Rückstellungen sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt worden. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst worden.

Der Bestand an nicht festverzinslichen Wertpapieren ist wie Umlaufvermögen nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die immateriellen Anlagewerte und das Sachanlagevermögen werden zu Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, ausgewiesen. Die im Berichtsjahr angeschafften geringwertigen Wirtschaftsgüter bis 150 € (seit 01. Juli 2010 bis 410 €) wurden gemäß § 6 Abs. 2 Einkommensteuergesetz (EStG) voll abgeschrieben. Seit dem Jahr 2008 wird für Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen 150 € (seit 01. Juli 2010 zwischen 410 €) und 1.000 € ein Sammelposten gemäß § 6 Abs. 2a EStG gebildet, der über die Dauer von fünf Jahren linear abgeschrieben wird.

Sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert ausgewiesen.

Die von Ausfallrisiken betroffenen Forderungen an Kunden sind durch Einzelwertberichtigungen in ausreichender Höhe berücksichtigt. Für latent vorhandene Kreditrisiken bestehen darüber hinaus Pauschalwertberichtigungen. Für die besonderen Risiken von Kreditinstituten bestehen Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB. Alle Wertberichtigungen und Vorsorgereserven sind aktivisch abgesetzt.

Für Einnahmen bzw. Ausgaben vor dem Bilanzstichtag, die Erträge bzw. Aufwendungen in Folgejahren darstellen, hat die LBS Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.

Die Pensionsverpflichtungen werden jährlich durch externe versicherungsmathematische Gutachter ermittelt. Die Bewertung erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren, wobei neben biometrischen Annahmen (Richttafeln 2005 von Prof. Dr. Heubeck) künftig zu erwartende Gehalts- und Rentenerhöhungen sowie der von der Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt werden.

Die angewandten Bewertungsparameter sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	31.12.2010
Zinssatz	5,16 %
Gehaltstrend	1,00 %
Rententrend	2,00 %
Fluktuationsrate	3,00 %

Für einen Teil der Pensionsverpflichtungen bestehen Vermögenswerte, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen (Deckungsvermögen). Sie werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB n. F. mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet und mit den korrespondierenden Pensionsverpflichtungen verrechnet. Sofern der beizulegende Zeitwert dieser Vermögensgegenstände den Wertansatz der Rückstellungen übersteigt, ist dieser Betrag auf der Aktivseite als Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung auszuweisen.

Der erfolgswirksam zu erfassende Pensionsaufwand umfasst im Wesentlichen den Vorsorgeaufwand und den Zinsaufwand. Der Vorsorgeaufwand stellt die Erhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, die auf die von den Mitarbeitern im Geschäftsjahr erbrachte Arbeitsleistung zurückzuführen ist; er wird im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand stellt die Barwerterhöhung der Pensionsverpflichtungen dar, der sich aus dem Näherrücken des Erfüllungszeitpunktes und somit der Verkürzung der Abzinsungsperiode ergibt. Der Zinsaufwand wird mit den Aufwendungen und Erträgen aus dem Deckungsvermögen vermindert. Sowohl der Zinsaufwand als auch das Ergebnis aus dem Deckungsvermögen sind im Sonstigen betrieblichen Ergebnis enthalten.

Die noch nicht fälligen Forderungen aus Abschlussgebühren der LBS-Wohn-Riester-Verträge (Tarif Classic FR und seit Juni 2010 Classic SR) wurden laufzeitgerecht abgezinst. Der Barwert der Gebühren wird vollständig im Jahr des Vertragsabschlusses vereinnahmt. Zum 31. Dezember 2010 wurden noch nicht fällige Forderungen aus Riesterabschlussgebühren in Höhe von 3,3 Mio. € aktiviert.

Die in der Bilanz, der GuV und dem Anhang dargestellten Beträge des Jahres 2010 sind nicht mit denen zum 31. Dezember 2009 vergleichbar. In Übereinstimmung mit Art. 67 Abs. 8 EGHGB wurden die Vorjahreszahlen im Jahr der Erstanwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) nicht angepasst.

Angaben und Erläuterungen zur Bilanz und GuV

Gegenüber der Helaba bestehen Forderungen in Höhe von 2.430,0 Mio. € und Verbindlichkeiten in Höhe von 405,0 Mio. €.

Gliederung nach Restlaufzeiten

in Mio. €

	31.12.2010	31.12.2009
Andere Forderungen an Kreditinstitute		
bis drei Monate	247,9	405,8
mehr als drei Monate bis ein Jahr	207,5	152,7
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	856,5	834,0
mehr als fünf Jahre	1.395,0	1.125,0
Forderungen an Kunden		
bis drei Monate	83,4	91,9
mehr als drei Monate bis ein Jahr	132,9	152,0
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	547,8	578,6
mehr als fünf Jahre	392,5	501,3

Die Zins- und Tilgungsrückstände mit mehr als drei Monatsraten betragen bei Baudarlehen einschließlich der gekündigten Engagements 10,7 Mio. €.

Die Position Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere beinhaltet fünf Spezialfonds. Die gemäß § 285 Nr. 26 HGB erforderlichen Angaben hierzu sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	Buchwert in Mio. € (BW)	Marktwert in Mio. € (MW)	σ (MW) – (BW)	Ausschüttung in Mio. €	Tägl. Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibungen
	31.12.2010	31.12.2010		2010		
Spezialfonds						
Spezialfonds 1	48,1	48,1	0,0	0,4	Ja	Nein
Spezialfonds 2	49,3	49,3	0,0	0,4	Ja	Nein
Spezialfonds 4	49,8	49,8	0,0	0,5	Ja	Nein
Spezialfonds 5	42,5	42,5	0,0	0,4	Ja	Nein
Spezialfonds 6	48,7	48,7	0,0	0,5	Ja	Nein
	238,4	238,4	0,0	2,2		

Die Deka-Fonds-Anteile aus der Entgeltumwandlung und zur Absicherung der Rückstellung für Altersteilzeit, die im Vorjahr noch in dieser Position ausgewiesen wurden, werden gemäß § 246 Abs. 2 S. 2 HGB n. F. seit 2010 als Deckungsvermögen mit den entsprechenden Rückstellungen verrechnet.

Die immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen haben sich – ausgehend von den gesamten Anschaffungs- und Herstellungskosten – wie folgt entwickelt:

Anlagespiegel			in Tsd. €
	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen (BGA)	
Anschaffungs-/Herstellungskosten 01.01.2010	21.840	5.287	
Zugänge 2010	0	87	
Umbuchungen 2010	0	0	
Abgänge 2010	0	183	
Abschreibungen insgesamt	21.809	4.928	
Restbuchwert am 31.12.2010	31	263	
Abschreibungen 2010	(34)	(112)	

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthält noch nicht aufgelöste Beträge in Höhe von 0,7 Mio. € aus den über dem Nennbetrag erworbenen Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefen.

Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ohne Bauspareinlagen			in Mio. €
	31.12.2010	31.12.2009	
bis drei Monate	37,8	43,0	
mehr als drei Monate bis ein Jahr	80,7	113,6	
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	242,7	266,4	
mehr als fünf Jahre	53,3	70,5	

Die aufgenommenen Fremdgelder in Höhe von 405,0 Mio. € dienen ausschließlich der Refinanzierung des außerkollektiven Geschäftes.

In der Position Passive Rechnungsabgrenzungsposten sind 3,1 Mio. € Disagio aus Forderungen enthalten.

Aufgrund der Anwendung von Art. 67 Abs. 1 S. 1 EGHGB ergibt sich zum Bilanzstichtag eine Unterdeckung der ausgewiesenen Pensionsrückstellungen in Höhe von 28,4 Mio. €.

Die Anschaffungskosten der gemäß § 246 Abs. 2 S. 2 HGB n. F. mit Rückstellungen verrechneten Vermögensgegenstände betragen 1,9 Mio. €, der beizulegende Zeitwert liegt bei 2,2 Mio. €. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beläuft sich auf 2,7 Mio. €. In der Gewinn- und Verlustrechnung wurden Aufwendungen in Höhe von 122 Tsd. € mit Erträgen in Höhe von 72 Tsd. € aus diesen Vermögensgegenständen bzw. Schulden verrechnet.

Die Rückstellungen für die Rückerstattung der Abschlussgebühren bei Darlehensverzichten und für die Abschlussvergütungen weisen den größten Anteil an den anderen Rückstellungen auf. Die Rückstellung für die Transaktionssicherung wurde per 31. Dezember 2010 aufgelöst.

Der Fonds zur baupartechnischen Absicherung dient der langfristigen Sicherung des Kollektivs. Der Fonds ist versteuert und mit 9,0 Mio. € dotiert.

Die rechtsverbindlichen Auszahlungsverpflichtungen setzen sich zusammen		in Mio. €
		31.12.2010
aus Zuteilungen		3,2
zur Vor- und Zwischenfinanzierung		11,6
sonstigen Baudarlehen		0,1
Summe		14,9

Aus diesen wird die LBS mit hoher Wahrscheinlichkeit nahezu vollständig in Anspruch genommen.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge enthalten vor allem die Erträge aus der Zeitschrift „Das Haus“ und Auflösungen von Rückstellungen. Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen bestehen im Wesentlichen aus der Steuerumlage und dem erstmals in dieser Position ausgewiesenen Aufwand aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 6,7 Mio. €.

Mit Wirkung auf das außerordentliche Ergebnis hat die LBS von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, im Jahr 2010 für die Rückstellung für laufende Pensionen oder Anwartschaften auf Pensionen 1/15 des Unterschiedsbetrages aus der geänderten Rückstellungsbewertung zuzuführen; dies entspricht 2,0 Mio. €. Der Effekt aus der erstmaligen Anwendung der durch das BilMoG geänderten Bewertungsvorschriften für Rückstellungen beträgt –0,2 Mio. €. Dies entspricht dem Saldo aus –2,7 Mio. € Zuführungen zu den Personalrückstellungen und 2,5 Mio. €, die im Wesentlichen Erträge aus der erstmaligen Abzinsung von langfristigen Rückstellungen betreffen.

Sonstige Angaben

Die Kosten für die Prüfung des Jahresabschlusses im Geschäftsjahr 2010 betragen 147 Tsd. €, für sonstige Leistungen wurden 6 Tsd. € aufgewendet.

Die Bezüge der Mitglieder der Organe der Helaba, die auch für die LBS zuständig sind, wurden von der Bank gezahlt. Die Mitglieder der Organe sind im Anhang der Bank aufgeführt. An Mitglieder des Verwaltungsrates (Personen im Sinne des § 34 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 RechKredV) wurden von der LBS Kredite in Höhe von 8 Tsd. € gewährt.

Die Bezüge für die Mitglieder des LBS-Fachbeirates beliefen sich auf insgesamt 25 Tsd. €.

Die LBS beschäftigte 2010 im Jahresdurchschnitt 321 Mitarbeiter, davon 181 weibliche und 140 männliche.

Frankfurt am Main/Erfurt, den 23. Februar 2011

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

Der Vorstand

Brenner	Berger	Gröb	Dr. Hosemann
Krick	Raupach	Dr. Schraad	

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main/Erfurt, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 23. Februar 2011

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Wolfgang Weigel	i.V. Dorothea Merz
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüferin

Beirat der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen

im Geschäftsjahr 2010

Vorsitzender

Gerhard Grandke
Geschäftsführender Präsident des
Sparkassen- und Giroverbandes
Hessen-Thüringen

Stv. Vorsitzender

Rüdiger Dohndorf
Landrat
des Kreises Sömmerda

Mitglieder

Wolfgang Asche
Mitglied des Vorstandes
der Kreissparkasse Nordhausen

Jürgen Bockholt
Mitglied des Vorstandes
der Nassauischen Sparkasse,
Wiesbaden

Stephan Bruhn
Mitglied des Vorstandes
der Frankfurter Sparkasse

Ingo Buchholz
Mitglied des Vorstandes
der Kasseler Sparkasse

Erhard Bückemeier
Mitglied des Vorstandes
der Sparkasse Jena-Saale-Holzland

Wilhelm Kröll
Bürgermeister
Stadt Schwalmstadt

Kai Lorenzen
Mitglied des Vorstandes
der Rhön-Rennsteig-Sparkasse

Mitglieder

Reiner Mück
Stv. Vorsitzender
der Sparkasse Fulda
(bis 31.01.2010)

Lothar Theis
Vorsitzender des Vorstandes
der Sparkasse Dillenburg

Manfred Vögtlin
Stv. Vorsitzender des Vorstandes
der Sparkasse Bensheim

Wolfgang Wilke
Mitglied des Vorstandes
der Sparkasse Werra-Meißner
(seit März 2010)

Bernd Woide
Landrat
des Kreises Fulda

Jürgen Zich
Mitglied des Vorstandes
der Kreissparkasse Schlüchtern

Statistische Angaben zum Bauspargeschäft

Bewegung der Zuteilungsmasse im Jahr 2010

A. Zuführungen	Tsd. €
I. Vortrag aus dem Vorjahr (Überschuss): noch nicht ausgezahlte Beträge	2.516.106
II. Zuführungen im Geschäftsjahr	
1. Sparbeträge (einschl. verrechneter Wohnungsbauprämien)	712.132
2. Tilgungsbeträge ¹⁾ (einschl. verrechneter Wohnungsbauprämien)	234.661
3. Zinsen auf Bauspareinlagen	76.652
4. Fonds zur baupartechnischen Absicherung	0
5. Sonstige	
a) Fremdgeld und eigene Mittel	280
insgesamt	3.539.830
B. Entnahmen	Tsd. €
I. Entnahmen im Geschäftsjahr	
1. Zugeteilte Summen, soweit ausgezahlt	
a) Bauspareinlagen	403.753
b) Baudarlehen	129.965
2. Rückzahlung von Bauspareinlagen auf noch nicht zugeteilte Bausparverträge	294.717
3. Fonds zur baupartechnischen Absicherung	0
4. Sonstige	
a) Fremdgeld und eigene Mittel	2.117
II. Überschuss der Zuführungen (noch nicht ausgezahlte Beträge) am Ende des Geschäftsjahres ²⁾	2.709.279
insgesamt	3.539.830

Anmerkungen:

1) Tilgungsbeträge sind auf die reine Tilgung entfallende Anteile der Tilgungsbeiträge.

2) In dem Überschuss der Zuführungen sind unter anderem enthalten:

- a) die noch nicht ausgezahlten Bauspareinlagen auf zugeteilte Verträge
- b) die noch nicht ausgezahlten Baudarlehen aus Zuteilungen

Tsd. €

94.151

Tsd. €

3.244

Statistische Angaben zum Bauspargeschäft

Bestandsbewegung im Jahr 2010

Alle Tarife

I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeteilten und zugewiesenen Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugewieilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	685.502	15.439.775	111.150	2.632.966	796.652	18.072.741
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	103.809	2.479.997	–	–	103.809	2.479.997
2. Übertragung	1.687	42.745	207	5.485	1.894	48.230
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	21.806	321.812	–	–	21.806	321.812
4. Teilung	368	–	8	–	376	–
5. Zuteilung	–	–	56.605	1.064.001	56.605	1.064.001
6. Sonstiges	2.715	84.657	195	4.710	2.910	89.367
insgesamt	130.385	2.929.211	57.015	1.074.196	187.400	4.003.407
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	56.605	1.064.001	–	–	56.605	1.064.001
2. Herabsetzung	–	154.779	–	2.084	–	156.863
3. Auflösung	63.265	1.200.599	25.730	507.917	88.995	1.708.516
4. Übertragung	1.687	42.745	207	5.485	1.894	48.230
5. Zusammenlegung	1.164	–	1	–	1.165	–
6. Vertragsablauf	–	–	22.813	535.370	22.813	535.370
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	21.806	321.812	21.806	321.812
8. Sonstiges	2.717	85.855	110	2.543	2.827	88.398
insgesamt	125.438	2.547.979	70.667	1.375.211	196.105	3.923.190
D. Reiner Zugang/Abgang	4.947	381.232	–13.652	–301.015	–8.705	80.217
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	690.449	15.821.007	97.498	2.331.951	787.947	18.152.958
davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebietes	1.275	39.268	172	5.053	1.447	44.322
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 01.01.2010 (Geschäftsjahr)					5.019	183.556
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2010					27.317	744.061
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestandes						
bis 10.000 €					273.585	2.464.588
über 10.000 bis 25.000 €					271.631	4.732.266
über 25.000 bis 50.000 €					92.405	3.577.391
über 50.000 bis 150.000 €					48.305	3.963.176
über 150.000 bis 250.000 €					3.613	679.729
über 250.000 bis 500.000 €					791	257.084
über 500.000 €					119	146.773
insgesamt					690.449	15.821.007
IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 23.038 €						

Tarifgruppe I (Tarife A, B, C, D)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeweilten und zugeweilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeweiht		Zugeweiht		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	5.933	159.710	4.538	132.372	10.471	292.082
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	2	58	–	–	2	58
2. Übertragung	12	441	8	297	20	738
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	119	4.238	–	–	119	4.238
4. Teilung	4	–	–	–	4	–
5. Zuteilung	–	–	293	10.187	293	10.187
6. Sonstiges	9	299	8	352	17	651
insgesamt	146	5.036	309	10.836	455	15.872
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	293	10.187	–	–	293	10.187
2. Herabsetzung	–	585	–	136	–	721
3. Auflösung	308	7.175	208	6.561	516	13.736
4. Übertragung	12	441	8	297	20	738
5. Zusammenlegung	–	–	–	–	–	–
6. Vertragsablauf	–	–	1.522	42.912	1.522	42.912
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	119	4.238	119	4.238
8. Sonstiges	9	298	5	238	14	536
insgesamt	622	18.686	1.862	54.382	2.484	73.068
D. Reiner Zugang/Abgang	–476	–13.650	–1.553	–43.546	–2.029	–57.196
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	5.457	146.060	2.985	88.826	8.442	234.886
davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebietes	106	2.388	14	327	120	2.715
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 01.01.2010 (Geschäftsjahr)					–	–
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2010					–	–
III. Größenklassengliederung des nicht zugeweilten Vertragsbestandes						
bis 10.000 €					1.175	6.627
über 10.000 bis 25.000 €					2.035	29.805
über 25.000 bis 50.000 €					1.336	42.808
über 50.000 bis 150.000 €					871	59.619
über 150.000 bis 250.000 €					38	6.489
über 250.000 bis 500.000 €					2	712
über 500.000 €					–	–
insgesamt					5.457	146.060

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 27.824 €

Tarifgruppe II (Tarife Classic, Classic V, Vario 1, 2, 3)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeteilten und zugewiesenen Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugewieilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	44.961	998.744	58.431	1.386.656	103.392	2.385.400
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	5	123	–	–	5	123
2. Übertragung	142	2.769	63	1.397	205	4.166
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	1.384	30.900	–	–	1.384	30.900
4. Teilung	57	–	3	–	60	–
5. Zuteilung	–	–	3.756	96.203	3.756	96.203
6. Sonstiges	70	1.794	56	1.562	126	3.356
insgesamt	1.658	35.586	3.878	99.162	5.536	134.748
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	3.756	96.203	–	–	3.756	96.203
2. Herabsetzung	–	6.448	–	271	–	6.719
3. Auflösung	3.966	77.909	2.489	64.877	6.455	142.786
4. Übertragung	142	2.769	63	1.397	205	4.166
5. Zusammenlegung	–	–	1	–	1	–
6. Vertragsablauf	–	–	14.527	320.278	14.527	320.278
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	1.384	30.900	1.384	30.900
8. Sonstiges	110	2.952	41	1.160	151	4.112
insgesamt	7.974	186.281	18.505	418.883	26.479	605.164
D. Reiner Zugang/Abgang	–6.316	–150.695	–14.627	–319.721	–20.943	–470.416
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	38.645	848.049	43.804	1.066.935	82.449	1.914.984
davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebietes	235	4.937	92	2.386	327	7.323
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 01.01.2010 (Geschäftsjahr)					1	10
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2010					–	–
III. Größenklassengliederung des nicht zugewiesenen Vertragsbestandes						
bis 10.000 €					7.294	46.459
über 10.000 bis 25.000 €					19.999	293.581
über 25.000 bis 50.000 €					7.755	247.682
über 50.000 bis 150.000 €					3.495	235.589
über 150.000 bis 250.000 €					84	14.905
über 250.000 bis 500.000 €					12	4.116
über 500.000 €					6	5.717
insgesamt					38.645	848.049
IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 23.226 €						

Tarifgruppe III (Tarife Classic S, L, Vario E, U, R)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeweilten und zugeweilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeweiht		Zugeweiht		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	137.270	2.793.262	35.961	819.287	173.231	3.612.549
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	28	590	–	–	28	590
2. Übertragung	448	8.861	75	2.268	523	11.129
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	11.655	173.604	–	–	11.655	173.604
4. Teilung	125	–	3	–	128	–
5. Zuteilung	–	–	26.705	548.304	26.705	548.304
6. Sonstiges	204	3.608	87	2.005	291	5.613
insgesamt	12.460	186.663	26.870	552.577	39.330	739.240
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	26.705	548.304	–	–	26.705	548.304
2. Herabsetzung	–	28.245	–	660	–	28.905
3. Auflösung	24.390	413.268	12.843	280.198	37.233	693.466
4. Übertragung	448	8.861	75	2.268	523	11.129
5. Zusammenlegung	2	–	–	–	2	–
6. Vertragsablauf	–	–	5.179	130.274	5.179	130.274
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	11.655	173.604	11.655	173.604
8. Sonstiges	489	12.627	41	805	530	13.432
insgesamt	52.034	1.011.305	29.793	587.809	81.827	1.599.114
D. Reiner Zugang/Abgang	–39.574	–824.642	–2.923	–35.232	–42.497	–859.874
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	97.696	1.968.620	33.038	784.055	130.734	2.752.675
davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebietes	236	6.087	48	1.492	284	7.579
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 01.01.2010 (Geschäftsjahr)					62	2583
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2010					–	–
III. Größenklassengliederung des nicht zugeweilten Vertragsbestandes						
bis 10.000 €					33.305	269.285
über 10.000 bis 25.000 €					46.097	741.520
über 25.000 bis 50.000 €					11.590	408.745
über 50.000 bis 150.000 €					6.422	480.848
über 150.000 bis 250.000 €					230	42.267
über 250.000 bis 500.000 €					43	13.828
über 500.000 €					9	12.127
insgesamt					97.696	1.968.620

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 21.056 €

Tarifgruppe IV (Tarife Classic S1, L1, N1, F1, Vario E1, U1, R1)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeteilten und zugewiesenen Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugewieilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	315.477	7.054.275	11.363	268.856	326.840	7.323.131
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	379	15.498	–	–	379	15.498
2. Übertragung	721	21.178	55	1.257	776	22.435
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	8.530	109.560	–	–	8.530	109.560
4. Teilung	135	–	2	–	137	–
5. Zuteilung	–	–	24.443	370.782	24.443	370.782
6. Sonstiges	552	14.934	39	734	591	15.668
insgesamt	10.317	161.170	24.539	372.773	34.856	533.943
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	24.443	370.782	–	–	24.443	370.782
2. Herabsetzung	–	72.628	–	898	–	73.526
3. Auflösung	20.706	411.138	9.827	146.244	30.533	557.382
4. Übertragung	721	21.178	55	1.257	776	22.435
5. Zusammenlegung	2	–	–	–	2	–
6. Vertragsablauf	–	–	1.502	39.493	1.502	39.493
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	8.530	109.560	8.530	109.560
8. Sonstiges	1.420	42.647	19	293	1.439	42.940
insgesamt	47.292	918.373	19.933	297.745	67.225	1.216.118
D. Reiner Zugang/Abgang	–36.975	–757.203	4.606	75.028	–32.369	–682.175
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	278.502	6.297.072	15.969	343.884	294.471	6.640.956
davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebietes	461	14.758	16	727	477	15.485
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 01.01.2010 (Geschäftsjahr)					436	29.570
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2010					–	–
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestandes						
bis 10.000 €					118.174	1.009.233
über 10.000 bis 25.000 €					106.387	1.881.519
über 25.000 bis 50.000 €					32.758	1.316.426
über 50.000 bis 150.000 €					19.143	1.632.465
über 150.000 bis 250.000 €					1.645	309.518
über 250.000 bis 500.000 €					363	117.728
über 500.000 €					32	30.183
insgesamt					278.502	6.297.072
IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 22.552 €						

Tarifgruppe V (Tarife Classic S, B, F, N, Young)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeweilten und zugeweilten Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeweiht		Zugeweiht		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	177.008	4.270.596	857	25.795	177.865	4.296.391
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	96.616	2.243.581	–	–	96.616	2.243.581
2. Übertragung	364	9.496	6	266	370	9.762
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	118	3.510	–	–	118	3.510
4. Teilung	47	–	–	–	47	–
5. Zuteilung	–	–	1.407	38.495	1.407	38.495
6. Sonstiges	1.740	60.021	5	57	1.745	60.078
insgesamt	98.885	2.316.608	1.418	38.818	100.303	2.355.426
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	1.407	38.495	–	–	1.407	38.495
2. Herabsetzung	–	46.705	–	119	–	46.824
3. Auflösung	13.599	280.920	363	10.037	13.962	290.957
4. Übertragung	364	9.496	6	266	370	9.762
5. Zusammenlegung	1.130	–	–	–	1.130	–
6. Vertragsablauf	–	–	83	2.413	83	2.413
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	–	–	118	3.510	118	3.510
8. Sonstiges	549	23.217	4	47	553	23.264
insgesamt	17.049	398.833	574	16.392	17.623	415.225
D. Reiner Zugang/Abgang	81.836	1.917.775	844	22.426	82.680	1.940.201
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	258.844	6.188.371	1.701	48.221	260.545	6.236.592
davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebietes	232	10.942	2	121	234	11.063
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 01.01.2010 (Geschäftsjahr)					3.351	120.135
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2010					23.468	625.063
III. Größenklassengliederung des nicht zugeweilten Vertragsbestandes						
bis 10.000 €					112.509	1.121.868
über 10.000 bis 25.000 €					93.227	1.707.540
über 25.000 bis 50.000 €					34.301	1.382.035
über 50.000 bis 150.000 €					16.755	1.452.288
über 150.000 bis 250.000 €					1.609	305.194
über 250.000 bis 500.000 €					371	120.700
über 500.000 €					72	98.746
insgesamt					258.844	6.188.371

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 23.937 €

Tarifgruppe Riester (Tarife FR, SR)

I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeteilten und zugewiesenen Bausparverträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugewieilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Tsd. €
A. Bestand am Ende des Vorjahres	4.853	163.188	-	-	4.853	163.188
B. Zugang im Geschäftsjahr durch						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	6.779	220.147	-	-	6.779	220.147
2. Übertragung	-	-	-	-	-	-
3. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	-	-	-	-	-	-
4. Teilung	-	-	-	-	-	-
5. Zuteilung	-	-	1	30	1	30
6. Sonstiges	140	4.001	-	-	140	4.001
insgesamt	6.919	224.148	1	30	6.920	224.178
C. Abgang im Geschäftsjahr durch						
1. Zuteilung	1	30	-	-	1	30
2. Herabsetzung	-	168	-	-	-	168
3. Auflösung	296	10.189	-	-	296	10.189
4. Übertragung	-	-	-	-	-	-
5. Zusammenlegung	30	-	-	-	30	-
6. Vertragsablauf	-	-	-	-	-	-
7. Zuteilungsverzicht u. Widerruf d. Zuteilung	-	-	-	-	-	-
8. Sonstiges	140	4.114	-	-	140	4.114
insgesamt	467	14.501	-	-	467	14.501
D. Reiner Zugang/Abgang	6.452	209.647	1	30	6.453	209.677
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	11.305	372.835	1	30	11.306	372.865
davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebietes	5	157	-	-	5	157
II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen						
a) Abschlüsse vor dem 01.01.2010 (Geschäftsjahr)					1.169	31.258
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr 2010					3.849	118.998
III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Vertragsbestandes						
bis 10.000 €					1.128	11.115
über 10.000 bis 25.000 €					3.886	78.302
über 25.000 bis 50.000 €					4.665	179.696
über 50.000 bis 150.000 €					1.619	102.366
über 150.000 bis 250.000 €					7	1.356
über 250.000 bis 500.000 €					-	-
über 500.000 €					-	-
insgesamt					11.305	372.835

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 32.979 €

Adressen der Landesbank Hessen-Thüringen

Hauptsitze

Frankfurt am Main
MAIN TOWER
Neue Mainzer Straße 52–58
60311 Frankfurt am Main
Telefon 0 69/91 32-01
Telefax 0 69/29 15 17

Erfurt
Bonifaciusstraße 16
99084 Erfurt
Telefon 03 61/2 17-71 00
Telefax 03 61/2 17-71 01

Bausparkasse

**Landesbausparkasse
Hessen-Thüringen**

Offenbach am Main
Strahlenbergerstraße 14
63067 Offenbach
Telefon: 0 69/91 32-02
Telefax: 0 69/91 32-29 90

Erfurt
Bonifaciusstraße 19
99084 Erfurt
Telefon: 03 61/2 17-60 2
Telefax: 03 61/2 17-70 70

Förderbank

**Wirtschafts- und
Infrastrukturbank Hessen**
Strahlenbergerstraße 11
63067 Offenbach am Main
Telefon 0 69/91 32-01
Telefax 0 69/91 32-24 83

Niederlassungen

Kassel
Ständeplatz 17
34117 Kassel
Telefon 05 61/7 06-60
Telefax 05 61/7 06-8 65 72

Dublin
PO Box 3137
5 George's Dock
IFSC
Dublin 1
Irland
Telefon +35 31/6 46 09 02
Telefax +35 31/6 46 09 99

London
3rd Floor
95 Queen Victoria Street
London EC4V 4HN
Großbritannien
Telefon +44 20/73 34-45 00
Telefax +44 20/74 89-03 76

New York
420, Fifth Avenue
New York, N. Y. 10018
USA
Telefon +12 12/7 03-52 00
Telefax +12 12/7 03-52 56

Paris
118, avenue des Champs Elysées
75008 Paris
Frankreich
Telefon +33 1/40 67-77 22
Telefax +33 1/40 67-91 53

Repräsentanzen

Madrid
(für Spanien und Portugal)
General Castaños, 4
Bajo Dcha.
28004 Madrid
Spanien
Telefon +34 91/39 11-0 04
Telefax +34 91/39 11-1 32

Moskau
Naberezhnaya Tarasa
Shevchenko 23a
Sektor B, 20th Floor
121151 Moskau
Russland
Telefon +7 49 57 30-08-01
Telefax +7 49 57 30-08-02

Shanghai
Unit 022, 6th Floor
Hang Seng Bank Tower
1000 Lujiazui Ring Road
Shanghai, 200120
China
Telefon +86 21 6877 7707
Telefax +86 21 6877 7701

Immobilienbüros

Berlin
Potsdamer Platz 9
10117 Berlin
Telefon 0 30/2 06 18 79-50
Telefax 0 30/2 06 18 79-69

München
Brienner Straße 29
80333 München
Telefon 0 89/5 99 88 49-11
Telefax 0 89/5 99 88 49-10

Auswahl der Beteiligungs- und Tochtergesellschaften

Frankfurter Sparkasse

Neue Mainzer Straße 47–53
60311 Frankfurt am Main
Telefon 0 69/26 41-0
Telefax 0 69/26 41-29 00

1822direkt Gesellschaft der Frankfurter Sparkasse mbH

Borsigallee 19
60388 Frankfurt am Main
info@1822direkt.com
Telefon 0 69/9 41 70-0
Telefax 0 69/9 41 70-71 99

Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG

JUNGHOF
Junghofstraße 26
60311 Frankfurt am Main
Telefon 0 69/1 56 86-0
Telefax 0 69/1 56 86-140

Frankfurter Bankgesellschaft (Schweiz) AG

Börsenstrasse 16, Postfach
CH-8022 Zürich
Telefon +41 44 265 44 44
Telefax +41 44 265 44 11

Helaba Invest

Kapitalanlagegesellschaft mbH
JUNGHOF
Junghofstraße 24
60311 Frankfurt am Main
Telefon 0 69/2 99 70-0
Telefax 0 69/2 99 70-6 30

GWH

Gemeinnützige
Wohnungsgesellschaft mbH
Hessen
Westerbachstraße 33
60489 Frankfurt am Main
Telefon 0 69/9 75 51-0
Telefax 0 69/9 75 51-1 50

OFB Projektentwicklung GmbH

Speicherstraße 55
60327 Frankfurt am Main
Telefon 0 69/9 17 32-01
Telefax 0 69/9 17 32-7 07

GGM

Gesellschaft für Gebäude-
Management mbH
Neue Rothofstraße 12
60313 Frankfurt am Main
Telefon 0 69/77 01 97-0
Telefax 0 69/77 01 97-77

Helaba Dublin

Landesbank
Hessen-Thüringen
International
PO Box 3137
5 George's Dock
IFSC
Dublin 1
Irland
Telefon +35 31/6 46 09 00
Telefax +35 31/6 46 09 99

Helaba International Finance plc

PO Box 3137
5 George's Dock
IFSC
Dublin 1
Irland
Telefon +35 31/6 46 09 01
Telefax +35 31/6 46 09 99

Impressum

Herausgeber

Helaba
Landesbank Hessen-Thüringen
Frankfurt am Main/Erfurt

Konzeption und Gestaltung

3st kommunikation, Mainz

Druck

Offsetdruck Raff, Riederich

Copyright

© Helaba Landesbank Hessen-Thüringen, 2011
Alle Rechte, insbesondere das Recht zur Vervielfältigung
(auch auszugsweise), vorbehalten. Der Jahresfinanz-
bericht 2010 darf nicht ohne schriftliche Genehmigung
der Helaba Landesbank Hessen-Thüringen reprodu-
ziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
vervielfältigt werden.

Helaba
Landesbank Hessen-Thüringen

MAIN TOWER
Neue Mainzer Straße 52–58
60311 Frankfurt am Main
Telefon 069/91 32-01

Bonifaciusstraße 16
99084 Erfurt
Telefon 03 61/2 17-71 00

www.helaba.de